

ESSAY

- 5 *Rainer Bremer*
»Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus« – die bürgerliche Ökonomie auf neuen Abwegen

NACHLESE

- 27 *Michael Tischer*
Bitte recht freundlich
Albert O. Hirschmans Verteidigung des Kapitalismus und der Demokratie

DOKUMENTATION

- 35 *Max Horkheimer*
Wir sind pleite!

DAS HISTORISCHE LEHRSTÜCK

- 36 *Karl-Heinz Dammer*
Condorcet
Über einen Klassiker der Pädagogik und die Gründe für seine Unvergänglichkeit

DIDAKTIKUM

- 52 *Michael Franke/Andreas Gruschka*
Didaktische Bilder als Bilder der Didaktik

AUS DEN MEDIEN I

- 63 *Oskar Klemmert*
Liebe als Markt
Wie Partnerschaftsträume vermittelt werden

AUS DEN MEDIEN II

- 77 *Peter Moritz*
Mißlungene Aufklärung
Die doppelte Umkehr eines Konzerns

AUS DEM GESTRÜPP DES INSTITUTIONALISMUS

- 86 *Rainer Bremer*
Landesspartage

- 90 **VERMISCHTES**

Rainer Bremer

»Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus« – die bürgerliche Ökonomie auf neuen Abwegen

Die Geschichte ist, nach dem Bilde der letzten ökonomischen Phase, die Geschichte von Monopolen. Nach dem Bilde der manifesten Usurpation, die von den einträchtigen Führern von Kapital und Arbeit heute verübt wird, ist sie die Geschichte von Bandenkämpfen, Gangs und Rackets.¹

I

Die Schulen der bürgerlichen Ökonomie haben Mühe mit dem Verständnis dessen, was »hinter dem Rücken der Subjekte« fortschreitet. Angesichts von kaum rapiden, aber gleichwohl beharrlichen Veränderungen an der Oberfläche kapitalistischer Entwicklung dulden ihre theoretischen Deutungsversuche keinen Stillstand. Im Unterschied zur *Kritik der politischen Ökonomie* Marxens hat die bürgerliche Ökonomie freilich mit einer durchaus eigentümlichen Schwierigkeit zu kämpfen. Da sie nach ihrer auch wissenschaftstheoretischen Ausformulierung längst der Unterscheidung von »Wesen« und »Erscheinung« abgeschworen hat – um sich mit einem denkmöglichen Widerspruch zwischen beiden gar nicht erst abgeben zu müssen –, band sie sich einerseits auf gut Glück an die Phänomene, ohne doch andererseits sich so dumm machen zu wollen, letztlich nur die Oberfläche des unter wissenschaftlicher Beobachtung stehenden wirtschaftlichen Handelns registrieren zu dürfen. Empirische Daten und die sie avisierenden Theoreme weisen in der bürgerlichen Ökonomie einen Zwitterstatus auf: Der Aufschwung, den die die Wirtschaftspolitik beratenden Wirtschaftswissenschaften nahmen, als sie auf die Idee verfielen, *Parameter* des Wirtschaftens einzuführen, um mittels ihrer zu rein quantitativen Analysen der Wirtschaftsnotstandslage zu gelangen, stagniert seit Ende der 70er genau wie die wirtschaftliche Entwicklung selbst – die berüchtigten Prognosen der »fünf Weisen« zum Niveau zukünftiger Wirtschaftsdaten liegen selten dichter bei der ein Jahr später Realität gewordenen Lage, als es sich durch ein Würfelspiel oder offen okkulte Praktiken erzielen ließe. Schlimmer noch als eine substanzlose Theorie über die Wirtschaft an sich verfehlen quantitative Analysen und Prognosen die Wirklichkeit – sie bleibt ihnen verschlossen, sie behandeln sie wie eine Black box.

Allerdings verstehen die »fünf Weisen« mit Beamtenstatus, ihre Gutachten mit nicht-quantitativen Aussagen und Annahmen zu würzen. Den *Parametern* werden je nach Gusto *Paradigmen* zur Seite gestellt, die die »richtigen« Wirtschaftstheoretiker ihnen liefern. Ein bißchen Theorie gehört schon aus methodologischen Gründen zu

einer Deutung von per Messung erhobenen Daten. Zwangsläufig muß man also durch die schillernde Oberfläche hindurchschielen, die dazu notwendigen Hypothesen verschaffen fundamentale Annahmen, die sich unschwer jenen beiden Paradigmen zurechnen lassen, die in der hiesigen wirtschaftspolitischen Diskussion dominieren. Angesichts stagnierenden Wachstums und wachsender Arbeitslosigkeit melden sich stets die Monetaristen, also die Angebotstheoretiker, und die Keynesianer, also die Protagonisten des »Deficit spending«², zu Wort:

- ▶ Die Unternehmen seien steuerlich zu entlasten, was außer fiskalpolitisch durch Einsparung bei öffentlichen Haushalten zu ermöglichen wäre und vor allem durch Lohnsenkungen. Dann entwickle sich bei steigenden Gewinnaussichten ein günstiges Investitionsklima, das die Nachfrage nach Arbeitskraft und Anlagen anwachsen lasse. Die Empfehlung lautet: Steuern senken, Staatshaushalt einschränken.
- ▶ Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen müsse durch staatliche Intervention angeregt werden, damit die Beschäftigung zunimmt. In der Folge würde dieser auf die beschriebene Weise stimulierte Wachstumszyklus zur mindestens teilweise kompensatorischen Refinanzierung der wachstumsauslösenden Staatsausgaben führen. Die Empfehlung lautet: Staatsquote steigern, Steuern erhöhen.

Die ökonomischen Schulen streiten: Angebotstheoretiker verdächtigen die Keynesianer, ein ökonomietheoretisches Perpetuum mobile zu propagieren. Andererseits können sie jene »Wachstumsimpulse«, von staatlichen Investitionen ausgehend, nicht völlig leugnen. Jenseits scholastischer Fragen der Art, wieviel Staatsschulden (in Billionen) auf einer Stecknadel Platz finden bzw. wieviel Nachfrage (in Pfennigstücken) das Angebot einer zusätzlichen Stecknadel am Kurzwarenmarkt schaffen wird, hat der Pragmatismus die wirtschaftspolitisch beratende »Kompetenz« eingeholt. So haben die Monetaristen ihr Dogma abschwächen müssen, demzufolge jedes Angebot seine Nachfrage schaffe. Die monetaristische Quadratur des keynesianischen Kreislaufs von Verschuldung und Refinanzierung ergibt in allen denkbaren Spielarten solche schönen Weisheiten der gutachterlich bestellten deutschen Ökonomieprofessoren wie die, daß die Staatsverschuldung drastisch zu reduzieren sei, um Raum für neue, wachstumsfördernde Impulse zu schaffen, die auf Pump finanziert werden müssen, damit sie nicht allzu lange auf sich warten lassen. Die Forderung nach Schuldenabbau wird – streng logisch und seriös – hierzulande damit begründet, daß endlich wieder Spielraum für investionswirksame staatliche Schuldenpolitik gewonnen werden müsse.

Die armen Politiker verstehen die Botschaft: Egal was ihr macht, ihr macht es falsch. Dadurch gewinnt die »wirtschaftsberatende Kompetenz« einen Schein von Realismus, ist aber noch keinen Pfifferling wert. Es fragt sich, worin dann die Leistungsfähigkeit bürgerlicher Ökonomie überhaupt liegt.

Methodologisch ist die Frage durch eine zwar aufrecht komplizierten Überlegungen beruhende Antwort, aber nichtsdestoweniger knapp zu beantworten: Keine Theorie kann rationaler sein als ihr Gegenstand, ohne kritisch zu werden. Eine Theorie, die Kritik ausschließen will, um dem Verdacht der Normativität zu entgehen, verpflichtet sich auf deskriptive Mittel zum Verständnis ihres Gegenstandes. Dies bindet sie auf Gedeih und Verderb an vorfindliche Rationalität, ja zwingt sie sogar, das Vorfindliche zu rationalisieren, ihm einen höheren Sinn inmitten der Trivialität von Pro-

fit und Verwertung zu unterscheiden. Monetaristen wie Keynesianer mögen im Anblick quantifizierten, »realen« Wirtschaftens dies und nur dies für die Betrachtung methodologisch zulassen, doch können sie nicht anders als »verallgemeinerbare« Prinzipien daraus zu destillieren, die einen den abstrakten Markt, die anderen den idealen Zusammenhang zwischen »Beschäftigung, Zins und Geld«³.

Daß dies dann doch nur wenig weiterführt, hat mit dem schon bezeichneten Zwittercharakter ökonomischer Theoreme bürgerlicher Provenienz zu tun. Die Vernunftlosigkeit der herrschenden Wirtschaftsordnung läßt sich ebenso schwer verstehen wie auf die einfachsten Sachverhalte in ihrem Kern zurückführen. Zwar gilt, daß geldwirtschaftlich formierte, weitgehend dem Wertgesetz enthobene Mehrwertproduktion immer noch an das organische, auf Reproduktion ruhende Grundmuster des auf Tauschwerten basierten Warenverkehrs gebunden bleibt, doch in ihrer hochentwickelten Form eignet ihr zugleich etwas Artefaktisches, eine nur durch die eigene Existenz begründete Logik, die dazu neigt, Gebrauchswerte in nicht enden wollenden marktförmigen Tauschakten bis zum reinen Gebrauchswert des Geldes zu verdampfen. Übrig bleibt eine Schimäre ökonomischen Handelns, das sich jedes Bedürfnisses nach Gebrauchswerten entschlagen hat und diese nur noch im Geldausdruck betrachtet – damit wären wir sozialpsychologisch alle zu Kapitalisten geworden, obwohl bald niemandem mehr Produktionsmittel gehören. Die Idolatrie des Kapitals hat Marx zwar prophezeit, aber dann doch gehofft, daß die Mehrheit der Menschen diesen Irrsinn rechtzeitig durchschaut.

Der Kapitalismus überdauert zwar organisch im Sinne jener wertgesetzlichen Logik, die Marx zur Prognose seines Untergangs ausformulierte, aber seine Resistenz gegen gesellschaftliche Rationalität und individuelles Interesse an vernünftiger Einrichtung der Gesellschaft läßt durch keine Logik sich begründen außer durch die Paraphrase der ihm eigenen – sich um jeden Preis zu erhalten. Und diese residuale Logik der Selbsterhaltung führt schnurstracks in die Trivialitäten der akademischen Lehrgebäude.

II

Die bürgerliche Gesellschaft mußte schon immer einen Preis für die Aufrechterhaltung der Eigentumsverhältnisse zahlen. Heute scheint er, gemessen an den Potentialen von Technik und Wissenschaft, ungeheuer hoch, wenn auch inmitten des Wohlstands unsichtbar. Anders früher, als die Klassengegensätze – so steht es mittlerweile in den Geschichtsbüchern, formuliert als die »soziale Frage des 19. Jahrhunderts« – das Unrecht der Surplus-Verteilung unübersehbar ausdrückten. Damals schon gab es Ökonomen, deren moralisches Bewußtsein gerade soweit reichte, daß sie vielleicht fürchteten, der Antagonismus zwischen Proletariern und Produktionsmittelbesitzern könnte bis zum sozialen Konflikt sich steigern, während sie ansonsten fleißig der Logik von Akkumulation huldigten, die sich wissenschaftlich der Frage widmeten, wie denn der Reichtum entstanden sein kann, den ein einzelner anhäuft, indem er andere für sich arbeiten läßt. In der moralisch vollends entschärften Fassung lautet diese Frage: Warum tut einer überhaupt etwas? Die Antwort fanden sie unter Absehung des sie umgebenden Elends schnell: »Weil er seinen Nutzen mehren möchte.«

Flugs entstand eine Tradition ökonomischer Theorie, die »subjektive« Ökonomie. Der »homo oeconomicus«, eine das Ganze des ökonomischen Handelns unter bürgerlichen Produktionsverhältnissen individuierende Kategorie, verkommt zu einem punktförmig zusammengezogenen Interesse der Subjekte am maximalen Nutzen ihrer für den Tausch deformierten Lebensmittel.

Der Gipfel der im Kern trivialen bürgerlichen Theorien ökonomischen Handelns ist in der »Grenznutzentheorie« zu betrachten, die das reine ökonomische Kalkül unpsychologisch in ein hypothetisches Gleichgewicht zweier Vertragspartner übersetzt: Jedes Angebot eines Anbieters hat einen Preis, den derjenige mit dem von ihm erwarteten Nutzen abwägt, der ihn zahlen soll. »Grenznutzen« bedeutet zur Seite des Anbieters, daß er im Falle von Verhandlungen, die der Reflektant vielleicht vorschlägt, überlegt, zu welchem Preis er überhaupt sein Angebot noch zu realisieren bereit sein soll. Er wird eine »Grenze« setzen, ebenso wie der, der den Preis zahlen soll. Ihm wird unterstellt, daß er nicht jeden Preis zu entrichten bereit ist, daß er sich also seinerseits überlegt, was ihm das Angebot seines Alter ego wert ist. Auf den Markt angewandt, den auch diese Theorie wie eine Black-box behandelt, besagt der Ausgang von einem alle Tauschakte determinierenden »Grenznutzen« nicht weniger,

als daß alle Preise für alle über den Markt befriedigten Bedürfnisse in dem Sinne gerecht ausgehandelt wurden, daß die Vertragsseiten rational ihren Nutzen in den Grenzen ihrer Interessen zu realisieren trachten.⁴ Dazu brauchen sie eben einen Markt, jenes Phänomen, das die bürgerliche Ökonomie bis heute beschäftigt.

Für eine theorieförmige Beschreibung der Marktphänomene das subjektivistische Rationalitätskalkül des Grenznutzens heranzuziehen, schafft freilich mehr Probleme als dieser Kunstgriff löst. Untergründig bleibt eine Nutzenvorstellung dieser Provenienz immer an ein subjektiv begründetes, zwischen Rationalität und Irrationalität oszillierendes Bedürfnis gefesselt, das zahllose Marktaktivitäten weder empirisch noch theoretisch erschließt. Wenn die Daimler-Benz AG in den 50er Jahren durch Intervention beim Hauptgläubiger der Firma Borgward erreicht, daß deren Kreditlinien gekürzt werden, damit der damals einzige ernsthafte Konkurrent auf dem nationalen Markt in Konkurs zu gehen gezwungen wird, dann steht zwar der »Nutzen« des sich zum Monopolisten mausernden Konzerns fest, nicht aber wird er auf einem ernsthaft so zu nennenden Markt realisiert. In der Sprache der frühen Luhmannschen Systemtheorie ausgedrückt, ging es statt um »Wirtschaft« um »Politik«, nicht um Geld, sondern um Macht, die sich freilich in Geld auszahlen sollte. Die »Grenznutzentheorie« scheidet daran, daß sie den Begriff des »Nutzens« als eine Kategorie ökonomischer Rationalität einführt, dabei aber auf Phänomene stößt, die nicht auf marktförmige Tauschakte zurückgehen. Zuletzt bleibt die tautologische Erkenntnis, daß Nutzen nun einmal Nutzen sei, denn nach der Prämisse dieser Theorie handelt es sich nur, um seinen Nutzen zu mehren. Das erhabene Theoriegebäude fußt auf Allerweltsweisheiten.

Das strukturelle Defizit dieser Theorie vermag die »Spieltheorie«⁵ um den Preis auszugleichen, daß ihr tieferreichendes Verstehen marktrationalen Handelns vollends den Sektor ökonomischer Rationalität verläßt. Ihr zufolge bewährt sich in diesem ein Verhalten (»Aktion«), das, vom jeweiligen »Nutzen« der Akteure ausgehend, Strategien ersinnt und verfolgt, denen freilich definitive Grenzen gesetzt sind, was die Ökonomie zum Spezialfall des Spiels degradiert. Die Grenzen von Strategien liegen zum einen in prinzipiell knappen Informationen, zum anderen und vor allem jedoch in einer grundlegenden Paradoxie begründet, in die jeder gerät, der in der Verfolgung seines Nutzens das Verhalten anderer kalkulieren muß. Morgenstern spricht vom Moriarty-Paradoxon: Sherlock Holmes verfolgt einen Verbrecher namens Moriarty. Er weiß, daß dieser mit dem Abendzug von London nach Dover fliehen will. Der sicherste Ort einer Verhaftung wäre dieser Zug. Holmes will Moriarty also stellen, bevor er Dover erreichen kann. Nun fahren aber zwei Züge an diesem Abend nach Dover, an einer Zwischenstation könnte Moriarty aussteigen und einen schnelleren Extrazug nehmen. Dies sieht Holmes voraus und nimmt den Zug, in dem er Moriarty auch vermutet. Der Verfolger hätte diesem ein Schnippchen schlagen können, indem er einfach in dem langsameren Zug weitergefahren wäre. Das hätte Holmes seinerseits einkalkulieren können. Was aber wäre, wenn Moriarty auch diese Absicht Holmes antizipierte und in der Erwartung, Holmes werde im ersten Zug weiterfahren, umsteigen würde? Dies wiederum könnte Holmes veranlassen, auszusteigen, was, ebenfalls von Moriarty antizipiert, diesen zur Weiterfahrt bewegen müßte. Morgenstern schließt daraus, daß bei vollständiger Vorhersagbarkeit Moriarty sich hätte

gleich, schon in London, ergeben können – aber der bürgerliche Ökonom kann sich damit trösten, daß ja noch der »Willkürakt« bleibt, um die Vorausberechenbarkeit zu vereiteln. Schließlich können Holmes und Moriarty die List des anderen zwar unterstellen, aber nicht zu einem zwangsläufigen Ergebnis durchrechnen.

Die Spieltheorie nimmt umstandslos die strukturelle Irrationalität von Handlungen unter Konkurrenzbedingungen⁶ als Gegenstand ihres theoretischen Interesses an, ihre Haltung zum ökonomischen Handeln ist identisch mit der jener Spötter, die triumphierend verkünden: »Planung ersetzt den Zufall durch den Irrtum«, denen demnach der Markt lieber ist als die über Bedürfnisbefriedigung rationalisierte Produktion. Allerdings gilt für die zentrale Pointe der Morgensternschen Theorie, daß nämlich eine Planung auf der Basis vollständiger Information das Ende jeder spieltheoretisch analysierten Aktion oder unmöglich sei, die freilich fatale Einschränkung, daß damit nur strategische Aktionen erfaßt sind: Eine Rationalität, die sich nicht nur im strategischen Kalkül zur Realisierung eines letztlich ephemeren Nutzens erschöpft, wird sich jenseits strategischer Raffinesse um so unzweifelhafter einstellen, je kommensurabler die Nutzeneffekte den Interessen aller Akteure sein werden. Dies betrifft wieder jene objektive Seite ökonomischen Handelns, die bereits der Grenznutzentheorie abhanden kam.

III

In der Schulbildung haben sich neben Analytikern vom Rang eines Pareto oder Morgenstern auch andere Ökonomen einen Namen gemacht, insofern sie ebenfalls Paradigmen veränderten. Freilich kann sich dabei nicht jeder rühmen, zu dergleichen durch immerhin intellektuell anspruchsvolle Analyse gelangt zu sein. Manchmal reichte es zwar zum neuen Paradigma, aber leider nur durch empirisch angeschmutzte Dogmen. Den Preis für die höhere Evidenz entrichten Theoretiker wie Friedman in der Form, daß sie des logisch-analytischen Glanzes einer »Grenznutzen-« oder »Spieltheorie« ermangeln. Für die radikale Marktlogik mag alles mögliche sprechen, bloß nicht Logik oder Denknötwendigkeit. Dafür sind solche Theorien politischer, sie enervieren an den logisch »reinen« Theoriekonstruktionen ein legitimatorisches, ein nachgerade normatives Potential.

In »Grenznutzen-« und »Spieltheorie« wird zwar nicht ausgesprochen, aber immanent um so klarer, daß die Verfolgung von Nutzen nicht durch Zwang behindert werden darf, und sogar die bloße strategische Rationalität eines Kalküls schließt einen Eingriff durch Macht in der Gestalt von Willkür aus, die strategisches Handeln brutal überflüssig macht. Die »Akteure« müssen insofern immer auch auf einer gemeinsamen Basis stehen, als sie mindestens auf strategische Handlung angewiesen bleiben und nicht etwa eine Strategie durch pure Gewalt ersetzen können: Wer seinen unmittelbaren Nutzen darin betrachtet, innerhalb von 30 Minuten in den Besitz von 50 DM zu kommen, wird spieltheoretisch erst disqualifiziert, wenn er eine alte Dame von hinten erschießt, um ihr die Handtasche mit 50 DM zu rauben, ganz so wie der Schachspieler, der seinem Gegner nach einem K.o.-Schlag den König stiehlt und behauptet, er habe die Partie gewonnen.

Zu den Eigentümlichkeiten der Spieltheorie gehört eben, daß sie nicht Nutzen qualifiziert, geschweige denn moralisch bewertet, sondern eine anonyme Autorität von

Spielregeln privilegiert, bei denen gleichgültig ist, wer sie aufstellt und ihre Einhaltung überwacht. Damit ist sie genauso egalitär wie eine demokratische Gesellschaft in ihrer geldwirtschaftlichen Verfassung, egalitär also im Nutzen, in der Legitimität, sich endlos zu bereichern, nicht egalitär im Resultat, den wider alle gesellschaftliche Rationalität perennierenden Eigentumsverhältnissen, unter denen diejenigen, die den Reichtum produzieren, zugleich am wenigsten vom ihm erhalten. – Der Blick auf die implizit normativen Randbedingungen strategischen Handelns zur Mehrung eines beliebigen eigenen Nutzens fällt, eigentlich einer Theorie des kapitalistischen Marktes fremd und äußerlich, auf den Staat resp. auf dessen Rechtsordnung, Straf- und Zivilrecht gleichermaßen. Und nicht nur das, dieser Blick gerade der Spieltheorie ist von ausnehmender Naivetät, einer Naivetät, die heute nicht einmal mehr der Organisation von Sportwettkämpfen angemessen wäre. Besonders in Amerika, wo die Automobilgesellschaften schon vor Jahrzehnten das Eisenbahnnetz in ihre Hände brachten, um es verfallen zu lassen, damit der Automobilabsatz anwachse, sind Gepflogenheiten von Trusts und Kartellen bekannt, die nur noch wenig mit Competition gemein haben, eher mit Usurpation. Nach Marx sind Konzentration und Zentralisation des Kapitals unvermeidliche Erscheinungen der stets gesteigerten Subsumtion aller Tätigkeiten unters Kapital und nicht zuletzt der Steigerung der Produktivkräfte geschuldet. Die »falschen Brüder« vermehren schließlich nicht sich, sondern ihren Reichtum gemäß den ehernen Verwertungsgesetzen. Daß der Kapitalismus nicht anders kann, hat man in Amerika sehr früh bemerkt und entsprechende Gesetze wie die gegen Trustbildung erlassen.

Unter welchen genauen Umständen die von Marx als Entwicklungsstufen und –prinzipien beschriebenen Effekte einer ins maßlose gesteigerten Akkumulation eintreten würden, hat den genialen Kritiker der politischen Ökonomie wenig beschäftigt, er begnügte sich mit der Formulierung des vom »Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate« und fügte einige »entgegenwirkende Ursachen« an. Damit beließ er es bei einem Schema des Für und Wider, die prospektive Wirkung der von ihm benannten widersprüchlichen Entwicklungslogik schien ihm angesichts der Gewißheit, daß die fallende Profitrate das System kapitalistischer Verwertung sprengen würde, müßig.

Heute wissen wir es besser. Die empirische Erscheinung von ökonomischer Macht- und Monopolbildung hat nicht wenige das Fürchten gelehrt und unglaubliches Leid wie in den Zeiten der Depression verursacht, von politischen Krisen zu schweigen. Immerhin hat sich drüben die demokratische Verfassung gehalten, eine Verfassung, die die zuständigen bürgerlichen Ökonomen nur als Apparatur zur Einhaltung der Spielregeln wahrnehmen. Sogar ihre Apologeten scheinen keine Ahnung davon haben zu wollen, wie immens wichtig Restriktionen ökonomisch hochpotenter Agenten für die soziale Stabilität ihrer politischen Verfassung geworden sind: Es ist schließlich weder eine Phantasie noch ein Witz, daß aus höchster Not an amerikanischen Börsen Insider-Geschäfte verboten wurden, weil diese die Grundlagen der auf dem Dollar beruhenden Geldwirtschaft hätten zerstören können, was im Zusammenhang mit der schwelenden drittweitweiten »Schuldenkrise« in den letzten 10 Jahren zweimal fast zum währungswirtschaftlichen GAU geführt hätte.

Die Realität kapitalistischer Verwertung entbehrt wegen der starken währungswirtschaftlichen Einflüsse mehr denn je jener Reinheit, die die »neoklassische Theorie«

ursprünglich dem Ganzen ökonomischen Handelns unterstellte, zunehmend nun aber als geschwundene beklagt. In ihrer Tradition sind Theorien entstanden, die die Regulierung durch staatliche oder sonstige verfassungsmäßige Instanzen für einen krisenauslösenden Faktor erklärt haben, nachdem sie gewahr wurden, daß Politik den ökonomieförmigen Gegenstand ihrer Erkenntnis im Wortsinn an den Rand ihrer zum politischen Geschäft ausfransenden theoretischen Bemühungen gedrängt hat. M. Friedman etwa läutete eine Phase objektivistischer makroökonomischer Theorie ein, er konzidierte dem Begriff des »Marktes« einen höheren Rang als dem des Nutzens oder einer Strategie. Ihm zufolge würde eine strikte Monetarisierung aller »Aktionen« jene Probleme effektiv lösen, deren Handhabung in Schutz- und sonstigen Vorschriften mißlinge und zusätzliche schaffe, die die »Bürokratie« wiederum kontrollieren müsse, wodurch deren Kosten und sie selbst weiter wachsen müßten. Die Kritik seiner Forderung, über die Abschaffung aller Steuern staatlichen Einfluß auf die Marktökonomie abzuschaffen, ist hinlänglich bekannt. Er traut dem Markt zu, daß dieser nach egalitärem Muster Macht verteile, statt sie in den Händen weniger zu konzentrieren. So etwas mag für einen Nobelpreis gut sein, taugt aber wenig als Modell der Wirtschaftspolitik. Dies ist wahrscheinlich die einzige sympathische Seite an seiner monetaristischen Theorie: Sie will die Wirtschaftspolitik abschaffen. – Ansonsten richtet sie sich intentional gegen die verdeckte normative Grundlage der analytischen Tradition. Diese kann gar nicht anders, als ihre – sei sie noch so exzessiv subjektivistisch – subjektgebundene Vorstellung von Nutzen oder Strategie, durch die ökonomische Monadologie verschleiert, als zwangsläufig den Widerspruch theoretisch aufzuwerfen, in den Menschen zueinander geraten, eben wenn sie monadologisch ihren Nutzen oder ihre Strategien gegeneinander ausspielen. Die Verlierer sind zwar nicht Thema solcher Theorien, aber gleichwohl greifbar als Produkt eines Handelns, das sich der jeweils empfohlenen Theorien bedient. Solche Apologie hat ihre moralische Grenze an jener empirischen Moral, die noch verhindert, daß gemeinste Strategien in den kulturellen Besitz aller übergehen. Die funktionalistische Wendung ökonomischen Handelns hat den alten, fast ehrwürdig zu nennenden Parameter »Nutzen« durch den des »Marktes« ersetzt. Danach mauert solche Theorie die Verlierer der Marktwirtschaft ein. Ökonomisches Unrecht explodiert theoretisch ins Nichts der Marktideologie, die den Verlierer als nicht marktkonform verhöhnen muß: Wer empirisch ausscheidet, hat das theoretisch verdient. Einen skrupellosen Nutzen kann es gar nicht geben.

IV

Außer Friedman sind Oliver E. Williamson und die von ihm gegründete Schule⁷ im Begriff, aus der Sicht von »Grenznutzen« und »Spieltheorie« unerläßliche Schutzsicherungen der am Markt agierenden Subjekte des Tausches in Frage zu stellen, allerdings von ganz anderer Warte. Er bricht mit dem sonst die bürgerliche Ökonomie kennzeichnenden Dogma der strukturellen Überlegenheit des Marktes über alle anderen denkbaren Organisationsformen von Produktion und Zirkulation. In seinem Hauptwerk »Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus« (Tübingen 1990) exponiert er seinen zentralen Begriff der »Transaktionskosten«:

»Kenneth Arrow definierte Transaktionskosten als »Betriebskosten des Wirtschaftssystems« ... Solche Kosten sind zu unterscheiden von Produktionskosten, jener Kostenkategorie, mit der sich die neoklassische Analyse vornehmlich beschäftigt. Die vielfältigen Erfolge der Physik bei der Ermittlung der Eigenschaften komplexer Systeme unter der Annahme der Reibungslosigkeit brauchen hier kaum erwähnt zu werden ... Während aber Physiker von ihren Laborgeräten und ihrer Umwelt rasch daran erinnert werden, daß Reibung überall auftritt und häufig ausdrücklich zu berücksichtigen ist, zeigten die Ökonomen kein entsprechendes Interesse an den Betriebskosten der Volkswirtschaft. So findet sich auch nicht der leiseste Hinweis auf Transaktionskosten, geschweige denn auf Transaktionskosten als ökonomisches Gegenstück zur Reibung, in Milton Friedmans berühmtem methodologischen Aufsatz ... oder anderen Arbeiten zur positiven Wirtschaftstheorie aus der Nachkriegszeit. Obwohl also die positive Wirtschaftstheorie zugab, daß Reibung im Prinzip wichtig sei, fehlte ihr das Vokabular, um Reibungserscheinungen in der Praxis zu beschreiben« (a. a. O., S. 21).

Bezeichnet man Geschäfte, die durch Kauf und komplementären Verkauf am Markt zustande kommen, als Transaktionen, dann kann man alle Kosten, die zum Zustandekommen dieser Geschäfte notwendig werden, als »Transaktionskosten« bezeichnen. Wer hierbei an den Kauf einer Packung Zigaretten denkt, die sowohl im Angesicht eines Verkäufers als auch ohne einen solchen an einem Automaten gehandelt werden, wird sich zunächst wundern, worum es bei der Theorie gleichen Namens gehen soll. Der Automat oder der Verkaufsladen kann ja nun nicht gemeint sein, solche Kosten sind nicht nur rechnungsmäßig der Volks- wie Betriebswirtschaftslehre geläufig. Auch ist beim Zigarettenkauf nicht recht einzusehen, wie »Reibung« entstehen können soll. Geht man aber nicht von einem Händler, der die Ware auf dem Konsumentenmarkt absetzt, sondern vom Hersteller aus, der in teure Anlagen investieren muß, um überhaupt zu konkurrenzfähigen Preisen Zigaretten produzieren zu können, dann stellt sich die Frage nach dem Absatz und den Kosten seiner Organisation anders: Ehe er Millionen in ein neues Werk investiert, wünscht er sich möglichst Gewißheit über seinen Absatz, bei dem eben der Preis auch einen Ausschlag gibt. Er muß bestimmte Dinge kalkulieren, die bei Williamson (hier nur in einer Auswahl wiedergegeben) folgendermaßen benannt werden:

- ▶ **Faktorspezifität:** Mit Maschinen zur Zigarettenproduktion kann man nur Zigaretten und keine Staubsauger, tiefgefrorene Pizze, Hustenpastillen oder Lastkraftwagen herstellen.
- ▶ **Vertikale Integration:** Wer sich eine Zigarettenfabrik zulegt, besitzt ein Produktionspotential von n Zigaretten monatlich. Nach hinten betrachtet (Rückwärtsintegration) hängt sein Geschäft (Absatz über Preisbildung beeinflußt) von der Verfügbarkeit des Tabaks, des Papiers und der Betriebsstoffe ab. So könnte der Zigarettenfabrikbesitzer den Wunsch hegen, selber Tabak anzubauen, um von Zulieferern unabhängig zu werden. Er könnte in der gleichen Logik auch einen Wald kaufen, dazu eine Papierherstellung aufziehen und last but not least ein Kraftwerk bauen, um sicheren und eventuell auch preiswerten Strom zu produzieren. Mit solchen Maßnahmen integriert er seinen Produktionsablauf nach hinten bis zur ersten Stufe. Ebenso stellt sich ihm die Frage, ob er nicht auch den Vertrieb (Vorwärts-

integration) in eigene Regie nehmen sollte. Dabei könnte er einerseits verhindern, daß sein Produkt an der jeweiligen Verkaufsstelle zugleich mit anderen angeboten wird und andererseits den Zwischenhandel ausschalten. Er würde ein vertikales Monopol aufbauen, ein quasinatürliches Markenmonopol, das z. B. auch Daimler-Benz sein eigen nennt: Nur Daimler-Benz baut Mercedes-Autos, BMW etwa baut hauptsächlich BMW und nur Opel und VW bauen auch Mazda und Toyota. Alternativ böte sich ihm sog. Franchising an, dabei müßte er nicht Besitzer aller Verkaufsstellen werden, aber hätte über Verträge trotzdem die Möglichkeit, die Vertriebsagenturen zu zwingen, ausschließlich seine Zigaretten zu verkaufen.

- ▶ Effiziente Beherrschungs- und Überwachungssysteme (mit Blick auf die Geschäftswelt, wie sie leibt und lebt, rubriziere ich hierunter auch die sehr wichtigen Vertragsregelungen): Nicht alles, was man in dieser schlechten Welt kauft und bezahlt, entspricht auch dem, was der jeweilige Kontrahent, vornehm Vertragspartner genannt, verspricht oder versprochen hat. Der Zigarettenfabrikant bezieht eine Tabaksorte zum vereinbarten Preis, aber er kann nicht immer sicher sein, daß die gelieferte Ware seinen Spezifikationen entspricht. Also muß er prüfen, was ihm geliefert wird. Er kann auch Verträge mit den Lieferanten machen und diese verklagen, wenn deren Leistungen nicht der Vereinbarung entsprechen. Aber er wird niemals einen Vertrag abschließen können, der jeden denkbaren erlittenen Folgeschaden aus minderer Lieferung abdeckt, solch einen Vertrag würde niemand unterschreiben, weil er nach Williamson vor dem gleichen Problem der Kosten für ein Beherrschungs- und Überwachungssystem steht. Schließlich und endlich bezahlt er Arbeitskräfte, die auch nicht immer das tun, was sie sollen oder können.

Diese Auswahl führt in die Terminologie der Transaktionskostentheorie Williamsons ein, die kaum von der üblichen seines Faches abweicht, gleichwohl aber den Kostenaspekt verdeutlicht, den herauszustellen ihm am Herzen liegt. Unter den gegebenen Bedingungen von Märkten, Konkurrenzverhältnissen und staatlichen Restriktionen verursachen Geschäfte (*Transaktionen*), die mindestens ein von Williamson beschriebenes Merkmal aufweisen, Kosten, die weder technisch noch betriebswirtschaftlich bedingt sind. Manchmal ist der Kostenaspekt evident wie bei »Beherrschungs- und Überwachungssystemen«, manchmal nicht, »Faktorspezifität« läßt sich nur schwer quantifizieren, nicht einmal von der Kapitalseite aus. Seinem eigenen Beispiel, dem eines Kraftwerks, vulgo Energieversorgungsunternehmens, eignet eine extrem hohe Faktorspezifität bei gleichzeitig teurer Technologie. Damit kann man außer Energie umzuwandeln wirklich nichts anfangen.

Nach Friedman wäre eine »Monopolrente« zu unterstellen und in einer Art Beweissicherung herauszurechnen. Berechnet werden müßte dann die Differenz zwischen dem in bezug auf den »eigentlichen«, im Falle eines Monopols hypothetischen Marktpreis und dem tatsächlichen Preis, der nur unter Monopolbedingungen durchgesetzt wird – so die Unterstellung derer, die vom Markt als dem gerechten Allheilmittel schwärmen. Diese Differenz entspräche genau der »Rente«, die der Monopolist sich vom Markt bezahlen läßt, den er beherrscht. Aber dies gelingt nicht einmal in grober Schätzung. Schließlich würde eine Berechnung der »Sozialen Kosten« nach William S. Kapp möglicherweise ergeben, daß die Energiepreise unter den gesell-

schaftlichen Kosten liegen – laienhaft stellt sich dann die Frage, wie eine Monopolrente möglich sein soll, wenn nicht einmal verteilbare Erträge vorliegen. Doch die bilanzmäßig nachgewiesenen Profite könnten auch durch einfachen Diebstahl oder Unterschlagung entstanden sein. Dann besäße die Rede von »Monopolrente« wieder einige Plausibilität, insofern nicht der Markt, sondern kriminelle Energie die Preisbildung beeinflußt hätte.

Monetaristische Monopolkritiker müßten sich hingegen an der gesetzlichen Verpflichtung erfreuen und gleichzeitig an ihr stoßen, die besagt, daß in ursprünglich großtechnisch entworfene Netze jeder den von ihm produzierten Strom zum fixierten Preis einspeisen darf. Stören dürfte sie, daß es dazu staatlicher Eingriffe bedarf – wer soll für das Bundesgesetzblatt bezahlen, in dem die gesetzliche Verpflichtung verkündet wurde, jedem einen Preis zu zahlen, der Strom abliefern, wenn keine Steuern mehr erhoben werden dürfen? Hält man an der Behauptung fest, Energiepreise enthielten eine Monopolrente, führt dies aus monetaristischer Sicht dazu, daß diese auf alle Kleinproduzenten verteilt würde, statt zu verschwinden. Aus Sicht von Williamson betrachtet, gehen die Windkraftwerksbetreiber keine vergleichbare Faktorspezifität mit dem Risiko von Transaktionskosten ein. Zwar können auch sie mit ihren windbetriebenen Strommühlen nichts anderes als Strom herstellen, jedoch folgt wegen der gesetzlichen Preis- und Absatzgarantie daraus eben kein Risiko. Ergo würden sie nach Williamson nicht eine Monopolrente abschaffen, sondern nur die Transaktionskosten der EVU in die Höhe treiben. Bei Williamson gibt es die Monopolrente bis zum gesicherten Beweis des Gegenteils nicht. Immerhin können sich beide Schulen darauf berufen, den Fall zwangsweise subventionierter, eingespeister

Stromlieferungen zu interpretieren. Leider kommt dabei nur heraus, daß beide recht haben, obwohl die eine Erklärung logisch die andere ausschließt.

Natürlich gibt es eine »Monopolrente«, weil es Monopole gibt. Die Sache wird sowohl aus Sicht der Monetaristen als auch der Transaktionskostentheoretiker völlig konfus. Im Beispiel der EVU wird Friedman den Fortbestand der Monopolrenten infolge gesetzlicher, i. e. staatlicher Intervention als Erklärungsproblem los. Es gibt eben noch keinen »freien« Energiemarkt. Williamson wird darauf antworten, daß es keinen geben könnte, da die Faktorspezifität einfach zu hoch ist – um überhaupt Energie liefern und verkaufen zu können, müßten sichere Absatzmärkte vertraglich festgelegt werden. Friedman könnte sich vielleicht auf Maos Programm vom »Großen Sprung« berufen – bei aller Antipathie gegen die »blauen Ameisen« – und fordern, damit endlich ein freier Energiemarkt herrsche, müsse jeder eben selbst Strom produzieren, wie seinerzeit jeder Chinese seinen Hochofen (in der Form eines aus der Eisenzeit bekannt gewordenen beheizten Erdhügels) zum Zwecke der Eisengewinnung sein eigen nennen sollte. Dann hätte man zwar einen freien Energiemarkt, aber keiner mehr Energie, höchstens so viel, wie er selbst erzeugen kann, also brauchte er keine zu tauschen. Außerdem wäre er den ganzen Tag damit beschäftigt, sie zu erzeugen. Also bliebe ihm keine Zeit mehr, sie zu verbrauchen, also bräuchte er weniger Energie, weil er noch sein Gemüse anzubauen hat, also würde die Durchsetzung freier Märkte diese abschaffen – die völlige Subsistenzwirtschaft im Interesse des freien Marktes, an dem jeder das seine billig anbieten muß, liefe darauf hinaus, alles selbst auch zu produzieren. Das wäre das Ende des Marktes. – Eine etwas übertriebene Konsequenz aus der Idee, der Markt werde schon alles regeln. Williamson hat wohl recht, wenn er die Transaktionskosten gegen den Markt anführt. Monopole sind wahrscheinlich keine, wenn man die Geschäftsbedingungen bedenkt. Nur das, was jeder selbst sich verschaffen kann, hat einen offenen Markt; so etwas kann nur in der Subsistenzwirtschaft vorkommen, die leider keinen kennt. Monopolfrei bleibt einzig die Sorge eines jeden um sich selbst, er ist dann das Monopol, das mit seinem Untergang verschwindet. Folglich müßte mit der Arbeitsteilung, in der Menschen das von ihnen Produzierte tauschen, zwar die Gefahr der Monopolbildung anwachsen, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit, sich vor dem Risiko zu schützen, mit seinen Produkten auf denselben sitzen zu bleiben. Der durch Tauschbeziehungen entstehende Markt tendiert dazu, diese Beziehungen zu fesseln; ein Monopol bietet Sicherheit, es ist notwendig, um sie dem zu geben, der sich dem Risiko aussetzt, etwas anzubieten, was er selbst nicht braucht. Monopole schützen die Produktion nach Williamson für den Markt, deshalb sind sie keine, jedenfalls nicht das, wessentwegen Monetaristen sie schelten. Monopole setzen den Markt außer Kraft, sagen die Monetaristen, sie verhindern die im Interesse aller liegende Preisbildung am niedrigsten Gebot, dessen Niveau leider erst dann den unteren Grenzwert erreicht, wenn die Nachfrage danach bei Null gelandet ist – dieser ideale Fall tritt ein, wenn jemand ein Marktstück für 100 DM anbietet. Mehr als eine Mark für eine Mark wird keiner zahlen, der Tausch kommt nicht zustande, von Zahlen kann keine Rede sein. An diesem Nullpunkt des Geschäfts angelangt, würden weder Friedman noch Williamson einen Beweis der Gültigkeit ihrer Theorie antreten wollen. Wo kein Geschäft zustande kommt, sind sie beide unzuständig. Aber wenn eins zustande kommt, haben sie beide immer ein bißchen recht.

Energiemärkte weisen in der Realität stets eine starke Monopolstruktur auf, entweder sind sie, wie im französischen Zentralstaat, einziger Anbieter in staatlichem Besitz, oder, wie hierzulande, zwar nominell Aktiengesellschaften in oligopolistischer Mehrzahl, aber Gebietsmonopolisten, d. h. sie arbeiten faktisch außerhalb der Konkurrenz. In solchen Fällen plädiert Williamson dafür, solche in der »neoklassischen Theorie« als Monopole gescholtenen Strukturen statt dessen aus dem Problem zu verstehen, gegen das ein Energieversorgungsunternehmen mit seiner sehr hohen vertikalen Integration (Eigentum an Kraftwerk, an Infrastruktur wie Leitungen, Trafostationen und Überwachung des Verbrauchs mittels Stromzählern) angesichts des Kapitalrisikos, das aus der absoluten Faktorspezifität resultiert, nur durch die Monopolstellung sich schützen könne.

Williamson bezweifelt diverse »Lehrmeinungen« der bürgerlichen Ökonomie bzw. deren Essentials »Marktfunktion« und »Konkurrenz«. Vorgeblich sollen sie sowohl die Preisbildung als auch die Steigerung von Produktivität garantieren, wobei im Umkehrschluß gelten soll, daß alles, was den Markt und die Konkurrenz beschränkt, das Wachstum von Wohlstand und Reichtum behindern muß. Ihm zufolge sind genau jene staatlichen Eingriffe und Beschränkungen schädlich, die zum Schutze des Kapitalismus vor sich selbst, zugunsten eines Wachstums zwar getroffen wurden, aber ihr Ziel verfehlen müssen, da jenes Wachstum genau der Konzentration und Zentralisation bedarf, um überhaupt sich zu erhalten.

Dieser Satz, eine Forderung an die staatlichen Institutionen, denen des Kapitals als den eigentlich naturwüchsigen den Vorrang zu geben und von »Befriedigungsmaßnahmen« zu lassen, findet sich nirgends im Buch, es ist weit von Interventionsversuchen eines Friedman entfernt, der seine Theorie als Wirtschaftspolitik in der Form empfahl, jedwede zu unterlassen. Williamsons Darstellung hinterläßt wegen der strengen Gliederung seines Buches, die auf konvenierte Topoi seiner Disziplin aufbaut und sich deshalb dem Anschein nach weniger nach der Sache als nach der Vollständigkeit von abzuhandelnden »fachlichen« Fragen richtet, beim Leser den Eindruck, der Autor sei in der eigenen Sache unentschieden:

- ▶ Die Transaktionskostentheorie analysiert die Logik der Macht- und Monopolbildung unter der Prämisse, jene Phänomene, die im Lichte der »neoklassischen Theorie« im Dunkeln blieben, seien weder von Macht- noch von Monopolgelüsten induziert, sondern folgten einfach Zwängen, die eben die Transaktionskostentheorie entdeckt habe: Das, was es an Monopolen und Verstößen gegen Regeln gibt, die allenfalls beim Kauf von Zigaretten sich bewährt haben, gäbe es aus guten Gründen – das hat die ökonomische Theorie nunmehr im jüngsten Fall ihrer notorischen Forschungsbemühungen festgestellt. Der Kapitalismus bringt seine eigenen Institutionen hervor, anderer bedarf es eigentlich nicht. Vor 20 Jahren sprachen die auch so gescholtenen Technokraten von »Sachzwang«.
- ▶ Die Transaktionskostentheorie schließt wirtschaftswissenschaftlich eine Lücke zwischen F. D. Roosevelt oder L. Erhardt und M. Friedman, den Neuen Dealern bzw. Sozialmarkt-Wirtschaftern und den Monetaristen. Einen höchst interessanten Aspekt des Gegenstands ökonomischer Bemühungen zur Theoriebildung will Williamson beisteuern, weil die Theorie ihn bislang übersehen hat. Nun lägen damit vollständigere Annahmen über die Wirklichkeit ökonomischen Han-

delns vor, die das Bild vom Ganzen vervollständigten und noch ein bißchen bunter machten.

Eine Variante der zweiten Möglichkeit wäre diese als dritte:

- Die Transaktionskostentheorie in ihrer von Williamson geprägten Gestalt stellt nicht mehr als den Versuch einer um Wirkung in Fachkreisen bemühten Lehrmeinung dar, eine Kostenart zu präsentieren, die bislang andere Hauptströmungen der Nationalökonomie ignorierten. Williamson bringt unter Verzicht auf jede Polemik, die angesichts eines solchen Versäumnisses sicherlich angebracht wäre, gegen seine Widersacher vor, ihre Theorien hätten vergessen, die »Transaktionskosten« zu berücksichtigen. Damit hätte er in nüchternem Ton nicht mehr als einen Sturm im Wasserglas ausgelöst: Die Fachwelt diskutiert, die Welt bleibt, was sie immer war.

Aus der Gruppe respektabler Wirtschaftswissenschaftler, gern zu Nobelpreisempfänger und anderen Anlässen eingeladen, schert Williamson aus, auch wenn er sie freundlich zitiert und kommentiert. Seine Theorie hinterläßt den Eindruck der Unentschiedenheit. Wie in seinem Fach üblich, verbirgt sich hinter dem elaborierten Entwurf wirtschaftswissenschaftlicher Aufklärung über »Transaktionskosten« letztlich nur eine Trivialität: Wenn Menschen in Verfolgung ihrer durch die Konkurrenz korrumpierten Interessen *trotzdem*⁸ noch Geschäfte machen wollen, müssen sie sich in acht nehmen. Franzosen pflegen zu sagen: »Il faut se méfier« – Mißtrauen von allen gegen jeden konvergiert mit Lebensklugheit in einer Gesellschaft, die sich von ihrer Herkunft als einer von Wölfen nicht nur noch nicht emanzipiert hat, vielmehr die volle Geltung der Maxime »Bescheiße, aber laß Dich nicht bescheißen!« erst anstrebt. Jeder muß aus Erfahrung Angst davor haben, Opfer unlauterer Geschäfte zu werden, letztlich verstehen lernen, daß andere den Kategorischen Imperativ nicht ihm zuliebe befolgen. Warum bedarf diese basale Erfahrung noch der höheren Weihe der Theorie? Damit Jugendsoziologen statt arbeitslos zu werden, herausfinden dürfen, daß Jugendliche die Botschaft verstanden haben und sich anschicken, die Welt zu beerben, die ihre Mütter ihnen hinterlassen?

Wohl eher, weil mangels anspruchsvollerer Substanz die »subjektive« Ökonomie sich entweder nur mit sich selbst (wie die Väter von »Grenznutzen-« und »Spieltheorie«) oder mit den Gemeinheiten des Alltags beschäftigen darf. Ihre ideologische Zuständigkeit verdanken die den moralisch defizienten Fakten sich verschreibenden Theoretiker schließlich dem Verzicht auf objektiv vernünftige Theorie, die den Widerspruch zur Wirklichkeit riskiert. Sich an diese zu klammern, holt sie ein, von keinen Prinzipien können sie künden außer von denen, die die prinzipienlose Praxis an den Stand der Vorgeschichte fesseln.

V

Den ideologischen Nebelbildungen solcher zur Wissenschaft sich aufwerfenden Ausweidung von Allerweltserkenntnissen entgeht auch Williamson nicht. Statt über die Borniertheit von »Wirtschaftsführern« etwa spricht er lieber von »unvollständiger Rationalität«. Aber er riskiert den Widerspruch zu den Lehrmeinungen, er reagiert auf die Brisanz seines Forschungsgegenstandes. In Reichweite liegt der Gedanke, die

wirklichen »Transaktionskosten« heutzutage (gegen die die »faux frais« der älteren ökonomischen Theorie wohl gänzlich verblissen dürften) als die eigentlichen »Social costs« des in rasende Rotation der Verwertungszyklen geratenen Betriebs zu berechnen, wenigstens abzuschätzen. Williamson liefert eine ökonomische Deutung der Tatsache, daß Prozeßkosten in den USA mittlerweile die Bilanzen von Großunternehmen merklich beeinflussen. Die »Multis« sind ohnehin unbeliebt, sie erwirtschaften einen sagenhaften Reichtum, der alle möglichen Leute verlockt, sich an ihm zu beteiligen. Bei Schiffs- und sonstigen Unglücken, bei einer Öl-Bunker-Plattform, bei Tanker-Havarien geht's ums Geld, bei den einen, um davon etwas abzubekommen, bei den Grünen um eine pädagogisch gemeinte Strafmaßnahme, die an der empfindlichsten Stelle ansetzt, bei den Profiten. »Lernende Unternehmen« kalkulieren das neue gesellschaftliche Risiko ein, ihre Transaktionskosten steigen. Da ja nun auch mehr und mehr ökophile Manager mitreden, dürften diese Kosten schneller steigen als sie ökologischen Zielen nutzen. Dann wird es ökologische Monopolrenten nach dem Vorbild des TÜV geben, der für jeden Blick auf eine Rostlaube Gebühren einnehmen konnte, eine Steuer auf die Tatsache, daß Karosserien korrodieren.

Daß Transaktionskosten immer auch den Makel eines auf subjektiver Vernunft beruhenden Gesellschaftssystems wie eine Stempelmarke tragen, mag bei Williamsons nicht das Interesse an »vollständiger Rationalität« geweckt haben. Immerhin treibt sein Motiv ihn in den Gegensatz zu den Apologeten des Marktes.

Wie schätzen, in immanenter Betrachtung, »Angebotstheoretiker« wie Friedman und »Transaktionskostentheoretiker« wie Williamson einen Schadensersatzprozeß, von einer Frau angestrengt, ein, die in einer Flasche Coca-Cola auf eine halbierte Maus stieß und deshalb Ekel gegen das Getränk verspürte? Zum Fall gehört das Urteil des Richters, der auf eine tiefgreifende Beeinträchtigung der Lebensführung dieser Frau erkannte, da ein Amerikaner Anrecht auf den genußvollen Konsum von Coca-Cola habe. Nach Friedman hat diese Frau monetarisierbare Interessen geltend gemacht. Die Tatsache der Monetarisierbarkeit ist die Doktrin, deshalb die Frage abseitig, ob es vernünftigerweise einen solchen Markt überhaupt geben sollte. Bei Williamson gäben die Kosten den Ausschlag, die dem Unternehmen aus dem Bemühen entstehen, dergleichen ein und für allemal zu vermeiden, und zwar über alle technischen Faktoren hinaus. Der unwahrscheinlichste Fall noch müßte, mit welchem Aufwand auch immer, ausgeschlossen werden können, solange diese Lösung nicht teurer wird als der Schadensersatz. Transaktionskosten entstehen schon beim Handel mit einer Flasche Coca-Cola.

Nun reflektieren Friedman und Williamson auf die gleiche ökonomische Wirklichkeit. Ihre Theorien prä tendieren, mit ihr in dem Sinne übereinzustimmen, als sie dieselbe aufschlußreich zu interpretieren vermögen. Es kann angesichts dieses Anspruchs nicht als abwegig gelten, einen Fall aus der Wirklichkeit hypothetisch sich vorzunehmen, um als intellektuell redlicher Leser der beiden Autoren eine Probe auf die Praktikabilität ihrer Theorie zu versuchen. Für alle Handlungsbereiche von Menschen, in denen sie interagieren, gibt es nach Friedman einen Markt bzw. sollte es ihn geben, wenn Aktionen dort auch Kosten verursachen. Um nämlich diese in ihrer Unvermeidlichkeit niedrig zu halten, plädiert er für den Markt. Für alle Geschäfte gilt nach Williamson, daß sie Transaktionskosten verursachen. Für beide

gilt aus ihrer makroökonomischen Sicht, daß es allen einen Nutzen bringt, wenn das Gesamtsystem Kosten einspart.

Ein verurteilter Mörder kann die Kosten seines Verfahrens, einschließlich der Aufwendungen, die seine Verfolgung und Verhaftung erbrachten, nicht zurückzahlen. Bevor er seine Schuld, zu der ja auch noch die Abschreibung für den elektrischen Stuhl, die Gaskammer, die Gebühr für den giftspritzenden Arzt rechnen, verdient hat, ist er schon tot, auch wenn er darauf jahrelang warten muß. Friedmans Vorschlag müßte auf eine Monetarisierung hinauslaufen. Der Delinquent wäre eventuell freizulassen, damit er das Geld verdienen kann, das er dem Staat für die Prozedur der Hinrichtung schuldet – der Verursacher hat dafür aufzukommen, jedenfalls dürfte keine Steuer erhoben werden, die die Kosten sozialisiert. Eine im Sinne des generalpräventiv handelnden Gewaltmonopolisten namens Staat bessere Lösung wäre die, den Delinquenten unter Bewachung, die er natürlich selbst bestreiten muß, in eine gehobene Position zu hieven, die auf einen Kompromiß zwischen Einkommen und verbleibender Lebenszeit zurückgeht – zu lange sollte der mit dem Tode Bestrafte doch nicht am Leben bleiben, weil dies der Abschreckung abträglich wäre. Je höher das Einkommen, desto kürzer die Frist bis zur Hinrichtung. Unvermeidlich wird der Todeskandidat mit noch gesundem Menschenverstand und nach Einsicht Morgens Sterns diesen Zusammenhang durchschauen. Er wird schlechte Arbeit leisten, um sein Leben zu verlängern und darauf hoffen, daß er wegen der »Beherrschungs- und Überwachungskosten«, die Williamson Kopfschmerzen bereiten müßten, die Schuld bis zum von der Gegenseite kalkulierten Ende nicht wird abtragen können.

Dies müßte zu einem Konflikt, zum kritischen Vertragsfall zwischen den Beteiligten führen, der Delinquent würde versuchen, die notwendige Arbeitszeit auf seine Lebenserwartung auszudehnen, die Behörden, die über seine kostendeckende Hinrichtung zu wachen haben, darauf drängen, daß keine Zeit verloren geht, sein Einkommen müßte also ausreichen, während dieser alles daran setzen würde, seine gut bezahlte Position wieder durch Untätigkeit, Versagen zu verlieren. Damit stehen sich nach Williamson zwei Verhandlungspartner gegenüber, die einen gewissen Aufwand zu treiben haben, um ihre strategischen Ziele zu erreichen. Im Falle des zum Tode verurteilten Mörders würde die Justiz ihn kurzerhand umbringen wollen, der Steuerzahler käme für die Kosten auf. Das wäre Williamson durchaus recht, da Transaktionskosten eingespart worden wären. Die ohnehin anfallenden Kosten ließen sich nicht durch Verträge mit demjenigen vermeiden, dessen Interesse darin besteht, den Zeitpunkt hinauszuzögern, den eintreffen zu lassen die andere Seite in ihrem Interesse zu liegen betrachtet. Der kurze Prozeß spart allemal Transaktionskosten, zumal der Delinquent hinterher kaum Anwälte wird anrufen können. Die haben vorher daran verdient, sie werden sich in die fiktiven, moralisch unhaltbaren Zustände eines monetarisierten Vollzugs von kapitalen Strafen ebenso fügen wie der Delinquent, dem das Gericht unterstellt hat, daß er hätte wissen müssen, was ihm für seine Untat blüht. Das steht ja in den Gesetzen, die Mindest- und Höchststrafen vorschreiben. Die praktische Lösung eines Spiels mit den Gedanken, die Friedman kommen könnten, wenn er monetaristisch die Sozialkosten des Strafvollzugs tilgen sollte, wird wohl demnächst in Amerika darauf hinauslaufen, daß die Bundesstaaten Übertragungsrechte an Exekutionen verkaufen. Oder: Friedman und die Allgemeinheit,

so sie sich denn des Marktgeschehens erfreut, haben das Nachsehen. Die Transaktionskosten lassen sich durch einen kurzen Prozeß einsparen, der allerdings nach dem üblichen Verfahren aus Steuermitteln bezahlt werden müßte. Friedman könnte nur noch den Vorschlag machen, am Arbeitsmarkt nach einem Henker zu sehen, der bereit wäre, unentgeltlich dem Delinquenten den Garau zu machen. Das wäre dann der Ausgleich zwischen Transaktionskosten- und Angebotstheorie: Aus jener stammt die Einsicht, daß solche Kosten, einmal identifiziert, sich einsparen lassen, aus dieser die Idee, einen Markt zu unterstellen, auf dem sich die billigste Leistung schon wird finden lassen.

VI

Die extrapolierten Beispiele deuten auf den theoretischen Abgrund zwischen Friedman und Williamson hin.⁹ Die von diesem immer wieder reklamierte Beachtung der ökonomisch legitimen Interessen an Einsparung von Transaktionskosten hebelt – und das ist seine wissenschaftliche Botschaft – die von der Gegenseite der Monetaristen als Allheilmittel gepriesenen Marktgesetze aus: Friedman will, daß jeder alleine und unmittelbar für die durch ihn resp. seine Bedürfnisse entstehenden Kosten aufzukommen hat. Deren Befreiung kann er sich nur auf dem Markt vorstellen, mithin muß er jede Art von Sozialisierung von Risiken unter Strafe stellen. Deshalb hat er zum staatlichen Schutz ein zwiespältiges Verhältnis: Einerseits müßten ihm z.B. Anti-Trust-Gesetze willkommen sein, die Märkte vielen und nicht nur wenigen oder gar einem einzigen Anbieter offen halten sollen, andererseits ist die Schutzfunktion einer solchen Gesetzgebung ohne ihrerseits den Marktbeziehungen entrobene Institutionen nicht zu haben. Im Zweifel tritt er gegen Institutionen an, denn der Markt als solcher sei in der Lage, die Zugänge zu ihm offen zu halten.

Williamsons Institutionenlehre besagt, daß die zahlreichen Beispiele der Ausschaltung von Märkten durch vertikale Integration und langfristige, enge, alle Eventualitäten regelnde Verträge mit hohem juristischen Aufwand ökonomisch reinen Marktrelationen bei der Preisbildung dadurch überlegen sein können, daß sie Transaktionskosten einsparen. Nicht der ubiquitäre Markt senkt im Prinzip die Preise im Interesse einer gesamtgesellschaftlichen Produktivitätssteigerung, sondern die Unterbindung eines Marktes mit zahlreichen, offenen Zugängen. Friedman hat »Nutzen« und »Strategien« nur mittelbar im Blick, ihre Rolle sieht er auf Märkten reguliert, im ganzen womöglich neutralisiert. Williamson kritisiert stattdessen implizit staatliche Beschränkungen bei der Bildung äußerlich monopolistischer Organisationen bis hin zum Lob ihrer verdeckten Praxis, Transplants zu gründen und Anbieter wie Abnehmer möglichst über Verträge an sich zu binden.

Friedman wirkt neben dem Theoretiker der Transaktionskosten wie ein Phantast gegen einen Realisten. Beide sind zugleich Kritiker kurrenter Wirtschaftspolitik, beide scheinbar Apologeten der »Deregulation«. Doch Friedman verherrlicht nur ein Dogma, für dessen salvierende Kraft sich empirische Belege bestenfalls in der gleichen Zahl wie der von nicht minder überzeugenden Gegenbeispielen aufbieten ließen. Williamson argumentiert vorweg als Skeptiker von Dogmen, seine Kritik gilt staatlichen Maßnahmen zur Sicherung von »Märkten« mit dem Argument, der Kapi-

talismus hätte statt dessen kostengünstigere Institutionen hervorgebracht – laßt ihm also seinen Lauf.

Die linke Kapitalismuskritik hat auf Friedman noch reagiert bis hin zum Abscheu, den die geballte sozialdemokratische Wirtschaftsintelligenz aufbrachte: Einen unbeschränkten Markt für Kranken- und Rentenversicherung, für Bildung und Verteidigung zu fordern, kann nicht nach ihrem Geschmack sein. Aber die Geldwirtschaft, gegen die man sonst eigentlich schon lange nichts mehr hat, steht zu Friedmans Thesen in keinem Widerspruch, nur dem erscheinen dessen Folgerungen unerträglich, der als Berufspolitiker, per definitionem Etatist, sich staatlicher, im Ursprung feudaler Funktionen bemächtigt hat und unter Kapitalisten als armes Würstchen, als Besitzloser dasteht. Er erspürt die Konsequenzen einer rigorosen Marktökonomie, mit publizistischem Rückenwind kann er seine moralische Verurteilung derselben als Konsens aller Vernunftbegabten ausgeben.

Williamsons nicht weniger anti-etatistisches Werk verleiht dem zeitgenössischen organisierten Kapitalismus sowohl die von seiten der Ökonomie stets zu erwartenden Weihen als er ihm auch einen wunden Punkt attestiert, dem die volle Aufmerksamkeit der linken Kritik wahrlich gebührte. Bei Williamson geht es um Kosten, die die »subjektive« Ökonomie in dem Maße verursacht, in dem die wertgesetzliche Bindung der gesellschaftlichen Produktion in direkter Proportion zum Potential der technisch-wissenschaftlich ermöglichten Einsparung von Arbeit nachläßt. Die »Geschäftemacherei« gerät in immer größeren Gegensatz zur Rationalität der Bedürfnisbefriedigung, die »faux frais« drohen, Unsummen zu verschlingen. Hingewiesen sei auf das heute vielleicht dramatischste Beispiel für den Irrsinn von »Standortsicherung« durch Sozialisierung von Verlusten und öffentlich garantierter Privatisierung von Gewinnen: Marode Unternehmen erhalten von hochverschuldeten staatlichen Agenturen Mittel, die in dem am Markt zu scheitern drohenden Unternehmen Arbeitsplätze erhalten sollen. In der Folge wird das Unternehmen saniert, d. h. Arbeitsplätze fallen dort weg. Profite werden also gesichert, nicht Beschäftigung. Der Umfang dieser Transaktionskosten (und es sind solche aus makroökonomischer Sicht, da in ihnen der Preis für die Erhaltung der auf Profit zielenden Produktionsverhältnisse sich ausdrückt) spottet jeder Schätzung, da mittlerweile ja schon die Löhne Ergebnis politischer Verhandlung wurden.

Sich um die Kategorie der Transaktionskosten zu kümmern, widerstrebt dem objektivistischen Denkstil der Ökonomiekritiker, die sich auf Marx berufen. »Faux frais« scheinen Epiphänomene einer auf erweiterte Subsumtion, ökonomische und technische Rationalisierung zutreibenden Produktionsweise. Aber wenn die »Vermehrung des Werts« sich gegenüber dem Faktor »variables Kapital« verselbständigt, entgleitet dem ökonomischen Materialismus die objektive Basis.

Das ist den Ökonomiekritikern nicht völlig entgangen. Sie haben bei allem Objektivismus gleichwohl ihre Perspektive gewechselt, sie haben die Richtung ihrer Kritik zum Politischen geändert, sich auf die »subjektive« Ökonomie derart eingeschossen, daß ihnen der reale Kern und gesellschaftliche Anlaß zur Fortentwicklung jener Theorien entgeht, denen sie nach ihrer Grundüberzeugung opponieren. Wenn Williamson von linker Kritik verschont bleibt, dann wohl, weil er weder evident moralisch anstößt noch sich anheischig macht, wie Friedman in einem Land wie Chile die

Junta zu beraten, die ihm ein billiges Experimentierfeld zur Verfügung stellt. Williamsons Analysen hingegen haben keine greifbare politische Relevanz, nur theoretische. Er zieht sich akademisch auf das Feld zurück, das Friedman im Übereifer verließ. Dessen theoretisch elaborierte Angriffe auf Monopolstrukturen (zu denen er den Staat hinzurechnet) sind nicht weniger unpraktisch als Williamsons Plädoyer für mehr (staatliche) Toleranz gegenüber denselben. Das Urteil der Lehrmeinungen bleibt faktisch unerheblich. Sie haben eben keine Macht außer der, die zu verwirren, die ihrer Autorität Glauben schenken.

Trotzdem stellen sie ein Ärgernis dar, sie verhandeln nüchtern Sachverhalte, denen kritische Theorie in immanenter Betrachtung jenen moralischen Maßstab entnehmen kann, dem sie methodologisch abgeschworen haben. Umso skandalöser stellt sich ihre Ignoranz dar. Aus dem nämlichen Grund hat Marx sich die ganze bürgerliche Ökonomie einmal zur Brust genommen. Williamson liest sich abschnittsweise wie ein Kommentar zum »Kapital, Dritter Band«, in dem es um den »tendenziellen Fall der Profitrate« geht. Die dort unter »entgegenwirkende Ursachen« verzeichneten Phänomene führt Marx auf die Verwertungslogik des Kapitals zurück, die ihm zufolge nur durch die grundlegende Paradoxie in finaler Auflösung derselben gebrochen werden können, wenn nämlich die »organische Zusammensetzung« des Kapitals im Zuge der Produktivkraftsteigerung endgültig das v auf Null gebracht hat. Dann ist Verwertung logisch und physisch nicht mehr möglich, bis dahin aber zählen die der finalen Krise »entgegenwirkenden Ursachen«. Williamson hat sie getreu beschrieben, allerdings in der Absicht, für den Monopolismus um Verständnis zu werben, nicht um darüber aufzuklären, daß er wegen der Rationalisierungseffekte, die von Transaktionskosteneinsparungen ausgehen, einer Abschaffung insofern nähergekommen ist, als die erreichbare Vernunft von Kosteneinsparungen mittels Ausschaltung von Konkurrenz, zugunsten der Verständigung über legitime Interessen, in solidarischen Vereinbarungen über die Zukunft von Produktion (Arbeit) und Konsumtion (Leben) aufscheint. Williamson beschreibt die kostenmäßige Reduktion dessen, was Marx als die »faux frais« der Produktion bezeichnet hat. Wie groß müssen daher Transaktionskosten angewachsen sein, wenn diese in der »subjektiven« Ökonomie ein neues Paradigma abgeben?

VII

In einer Zeit, in der es nicht nur zum »guten« gesellschaftlichen Ton, sondern sogar zu dem der Gesellschaftskritik gehört, einzuräumen, der Kapitalismus habe sich gegen die konkurrierenden ökonomischen Systeme als das überlegene durchgesetzt, haben die »fortschrittlichen« gesellschaftlichen Kräfte es anscheinend völlig aufgegeben, den Kapitalismus noch zu verstehen. Mag sein, daß die an den blamabel zusammengebrochenen Blocksozialismus heimlich doch immer gehefteten Hoffnungen ihrerseits preisgegeben werden mußten, mit der Folge, daß die Kraft gerade noch reichte – sozusagen aus Fairneß –, jene Konzession zu machen, die mit dem Verschwinden von »Sättigungsbeilagen«, des »antifaschistischen Schutzwalls« und sonstiger »Errungenschaften der Werktätigen« fällig wurde – zu mehr rafft sich die grün, damit anscheinend wieder gesellschaftstheoretisch unreif gewordene Linke nicht auf.

Ernsthafte und gleichzeitig politisch zugkräftige Reflexionen über das solitäre System kapitalistischer Verwertung anzustellen, ist sie unfähig. Die vorgeblich theoretisch überzeugte Kapitalismuskritik von gestern ist den Köpfen entwichen, wohl auch, weil sie dort niemals wirklich heimisch war. Denn anders wäre nicht zu erklären, daß sie ähnlich überrascht von den »umwälzenden Ereignissen« um 1989 sich zeigten wie der Bundeskanzler. Der freilich sah im Fall der Mauer, auf den der gesamte, höchst kostspielige konspirative Beamtenapparat von Verfassungsschutz und BND nicht den geringsten Hinweis erhalten haben will, sein Vorurteil gegen solche Behörden bestätigt.

Ironisch bietet der Fall des völligen Versagens deutscher Beamter mit Spionageauftrag einen Anlaß zum Schulenstreit zwischen Friedman und Williamson. Nach Friedman wäre das ganze kaltkriegerische Nachrichtengeschäft an echten Preisen gescheitert, da es, nach Marktgesetzen geregelt, zur Offenbarung aller Geheimnisse hätte führen müssen. Ist ein Markt dafür erst einmal durch Angebote eröffnet, führt er zum Verfall der Preise, bis keiner mehr Ware – Geheimnisse – anbietet. Auf dem Rest an diesen bleiben nicht die höchsten Geheimnisträger sitzen, weil sie die wichtigsten Geheimnisse zuerst, also zum höchsten Preis einheimen wollen. Sie versuchen zu verkaufen, wenn das Interesse noch groß ist. Passiert das Gegenteil, eine Inflation von Geheimnissen, weil jeder vom Preis angelockt wird, den die Gegenseite bietet, dann warten die wirklichen Geheimnisträger ab und sehen mitleidig zu, wie mediokre Besitzer von Staatsgeheimnissen, wie über die optimale Wartung des Trabi-Wassersacks, ihr Wissen zum Verkauf anbieten. Sie können mit Wichtigerem aufwarten als dem Wassersackpflegetip. Trotzdem müßten sie hin- und hergerissen sein zwischen der Bewahrung ihres Schatzes zum Zwecke seines Verkaufs zum höchsten Preis und der Angst, den rechten Zeitpunkt zu verpassen. Unter den zahlreichen Geheimnisträgern kann sich keiner sicher sein, ob nicht andere den rechten Zeitpunkt erwischen, während er selbst noch wartet, um zum höchsten Preis seine Ware zu verhökern. Also müßten auch die höchsten Geheimnisträger eher mit der Zeit als gegen sie bieten. Eine wunderbar idiotische Vorstellung, daß das Verschwinden politischer Gegensätze auf Marktbasis weitergehen könnte.

Im hypothetisch angenommenen Streit über die ökonomisch korrekte Interpretation der deutschen Wiedervereinigung stünde Williamson nicht schlecht dar. Sie zu verhindern, hat einen gigantischen Aufwand notwendig gemacht. Die Geheimnisträger mußten auf beiden Seiten überwacht werden, weil die Gegenseite prinzipiell hätte bereit sein können, ihnen etwas abzukaufen, was sie ohnehin besaßen, leider ohne dafür extra bezahlt zu werden. Ein bißchen mehr aufs Konto hätte sie womöglich dazu verführt, ihr Geheimnis auszuplaudern. Wer möchte schon nicht mehr als weniger haben, nicht lieber reich und gesund als arm und krank sein? Die »Systemkonkurrenz« hat ziemlich viel Transaktionskosten verursacht, dafür hat sich aber der BND ganz gut gehalten, obwohl er überflüssig war, er konnte nicht mal den Untergang des Systems ankündigen, dem er opponierte. Wahrscheinlich weil er nicht die geringste Ahnung davon hatte – obwohl gerade er, mitten im Geschäft von Spionage und gegen sie, merkte, daß man drüben die Spione billiger kriegte als die Machthaber dort solche, die gegen West-Währung entlohnt werden mußten. Soziologisch betrachtet, waren die BND-Leute doof, weil sie Geld hatten, aber es für Spione in der DDR

nicht ausgeben konnten, und die vom MfS schlau, weil sie Spione bekamen, die sie eigentlich unter Wert bezahlten. Die Transaktionskosten der Doppelstaatlichkeit hat die DDR nicht zur Hälfte getragen, gewiß hätte sie sich aber nicht entblödet, dies propagandistisch sofort zu reklamieren.

Friedman könnte angesichts der gigantisch zu nennenden Transaktionskosten mit unabweisbarer Immanenz empfehlen, den Markt für Informationen zu öffnen. Dann hätte man die DDR samt ihrer Geheimnisse kaufen können, es wäre sicherlich reibungsloser abgelaufen und billiger geworden, als jetzt für sie zu bezahlen.

Was hatte nun, neben Friedman und Williamson, die Linke zum Verfall der Ostblockstaaten inmitten der »Systemkonkurrenz« zu sagen? Sie hätte schon lange vorher, schon ab 1970 erkennen können, daß es mit dem Sozialismus jenseits des Eisernen Vorhangs bergab, nicht hinauf ging. Dazu hätte es nicht einmal ökonomischen Sachverständs bedurft, die diktatorischen Verhältnisse drüben sprachen unüberhörbar von den Schwierigkeiten der Herrschenden, das Volk unter eine Kontrolle zu bringen, die gewiß überflüssig gewesen wäre, wenn es ihm nicht so schlecht gegangen wäre.

Daß aus der gerechten Verteilung des Mangels nicht das Reich der Freiheit würde erwachsen können, hat schon Marx gegen utopische Sozialisten eingewandt. Erst

recht ökonomischer Verstand, der sich nicht nur auf die östliche notorische Mangelwirtschaft konzentriert hätte, wäre in der Lage gewesen, von aus den geldwirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Ost- und Westblöcken auf die Verfassung der kapitalistischen Ökonomie zu schließen, deren Überlegenheit phänomenologisch schon aus dem höheren Grad technologischer Entwicklung sich ergab: Die horrenden Kredite, die die westlichen Staaten den östlichen andrehten, wurden mit minderen, rückständigen Produkten heimgezahlt. Faktisch war der Ostblock die »Dritte Welt«, jedenfalls wurde er als Handelspartner so behandelt – die Zweite ist ökonomisch lange vor Gorbatschow und dem Mauerfall verschwunden, die Geldwirtschaft hat sie eliminiert, um an die billigen Arbeitskräfte zu politischen Preisen heranzukommen, die drüben auszubeuten kein Machthaber sich scheute.

Die politisch-ökonomische Kapitalismuskritik scheint an die Koexistenz zweier Systeme gefesselt gewesen zu sein, und nun, da es nur noch den Kapitalismus gibt, ist, man will es schon logisch nicht akzeptieren, jene Kritik am Ende. Die Linke hat heute weder politischen Boden noch einen theoretischen Gegenstand, dessen Beherrschung sie ermächtigte, jenen wiederzugewinnen: Darauf darf man wohl schließen, wenn Anlässe und Perspektiven der Kritik ernsthaft nur noch die Apologeten des Kapitalismus selbst liefern.

Anmerkungen

- 1 Theodor W. Adorno, Reflexionen zur Klassentheorie, Hannover 1976, S.17.
- 2 Damit ist gemeint, daß sich über Schulden finanzierte investive, ja sogar konsumtive Staatsausgaben in einer »Marktwirtschaft« über fiskalische Mechanismen wieder teilweise oder sogar ganz – je nach Spielart der ursprünglichen Idee von Keynes – refinanzieren.
- 3 So lauten die drei Hauptkategorien im Keyneschen Werk.
- 4 Diese Skizze der Grenznutzentheorie vernachlässigt aus Gründen, die dem Textzusammenhang geschuldet sind, das eigentliche Theorem dieser Lehre, daß nämlich der subjektive Wert einer Ware in dem Maße abnimmt, in dem sie das Bedürfnis befriedigt. Die Wirkung der Grenznutzentheorie folgte jedoch eher der an Evidenz grenzenden Plausibilität des subjektivistischen Ansatzes als aus der gedankenakrobatischen Mathematisierung von schwindenden Teilnutzen zum Grenznutzen vor dem Hintergrund realer Bedürfnisse.
- 5 Oskar Morgenstern, Spieltheorie und Wirtschaftswissenschaft, Wien 1963. Vgl. kritisch dazu Helmut Amaszus, Spieltheorie und Nutzenbegriff aus marxistischer Sicht, Frankfurt 1974.
- 6 Im Sinne eines »Nullsummenspiels« zeichnet »Konkurrenzbedingungen« aus, daß der Vorteil des einen der Nachteil eines andern ist und zwar exakt komplementär, da es bei einem solchen »Spiel« zwar um hohe Einsätze gehen kann, diese jedoch nicht durch das Spiel selbst vermehrt werden können. Dies wäre nur bei einem »Plussummenspiel« möglich, in dem die »Konkurrenzbedingungen« eher »Symmetriebedingungen« weichen, da angesichts der Gefahr, den im Spiel selbst zu erwartenden Gewinnzuwachs zu verlieren, wenn einer der Beteiligten wegen zu geringer Beteiligung daran das Spiel aufgibt, alle ein Interesse daran haben, das Spiel fortzusetzen und somit bereit sind, das »Plus« aufzuteilen. – Ein Schelm, wer daran denkt, die Lohnverhandlungen der Gewerkschaften um den Anteil der Beschäftigten am Produktivitätszuwachs hätten mit »Spiel« zu tun.
- 7 Man mag darüber streiten, ob Williamson wegen seiner Wirkung oder Ronald H. Coase wegen der Idee den Rang verdienen, die Schule der Transaktionskostentheorie gegründet zu haben. In der Sache jedenfalls sind sie sich ziemlich einig.
- 8 In einem Nullsummenspiel stellt sich zumindest moralisch die Frage, ob man überhaupt noch kontrahieren soll. Anders gesagt, wenn Geschäfte nur zustande kommen, um einen Vorteil zu realisieren und dieser Vorteil aufgrund der Antezedenzbedingungen nur einseitig sein kann, dann läßt sich an solchem Treiben schwerlich unter Befolgung des kategorischen Imperativs teilhaben.
- 9 Williamson liebt die Methode, von extremen Erscheinungen auf deren verallgemeinerbaren Kern zu schließen: »... bietet die Analyse von Extremfällen oft wichtige Fingerzeige auf das Wesentliche einer Situation« (a. a. O., S. 136).

Michael Tischer

Bitte recht freundlich

ALBERT O. HIRSCHMANS

VERTEIDIGUNG DES KAPITALISMUS UND DER DEMOKRATIE

Wie läßt sich ein Gesellschaftssystem kritisieren, von dem es heißt, daß es zu ihm keine Alternative mehr gäbe? Oder umgekehrt gefragt: Wie läßt sich dieses System loben angesichts seines ungeheuerlichen Versagens, in Anbetracht der Tatsache, daß auch seine Verteidiger keine Hoffnung auf eine Lösung der Probleme hegen, mit denen es strukturell behaftet ist?

Solange es noch eine Konkurrenz der Systeme zu geben schien, verwiesen die Apologeten der bürgerlich kapitalistisch verfaßten Gesellschaft auf die Überlegenheit ihres Systems gegenüber der sich als sozialistisch verstehenden Ordnung. Die Kritiker des Kapitalismus hingegen behaupteten die zumindest politisch gegebene Möglichkeit, die strukturellen Mängel durch die Abschaffung der privaten Verfügung über die Produktionsmittel und durch die rationale Planung der Produktion zu überwinden. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus bleiben Kritik wie Apologie der kapitalistischen Gesellschaft ohne Systemalternative.

Gegenwärtig findet das Postulat Verbreitung, der Kapitalismus müsse von seinen sozialpolitischen Fesseln befreit werden, um seine Erfolgsgeschichte fortsetzen zu können. Die umgekehrte Forderung, den Kapitalismus sozialpolitisch zu domestizieren, hat keine Konjunktur. In Anbetracht der Schwäche der Arbeiterbewegung, der Fiskalkrise des Staates und der Flucht des Kapitals vor der Verantwortung für die Gesellschaft fehlt es an Entwicklungsperspektiven. Eine Rückkehr zum Manchesterkapitalismus dürfte kaum möglich sein. Wie aber wäre die Perspektive auf eine Versöhnung von Kapitalismus und Demokratie zu gewinnen? Zu versöhnen sind die alten Linken mit der kapitalistischen Ökonomie und die alten Rechten mit der sozialen Beteiligungsdemokratie.

Albert O. Hirschman, ein Entwicklungsökonom von weltweitem Renommee, hat in den letzten Jahren eine Reihe von Studien zu den geistesgeschichtlichen Grundlagen des Kapitalismus und der sozialen Demokratie vorgelegt, in denen er genau diese Versöhnung sucht. Er publiziert Schriften, die sich mit den politischen Folgen der ökonomischen Expansion seit Beginn des Kapitalismus beschäftigen, den »oft genug unheilvollen politischen Begleiterscheinungen sei es kapitalistischer, sozialistischer oder gemischt-wirtschaftlicher Formen ökonomischen Wachstums« (Hirschman 1987, S. 11).

In seinem Buch »Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg« unternimmt Hirschman einen Exkurs in die frühe Entstehungsphase der kapitalistischen Expansion, in der deren antizipierten Folgeerscheinungen bereits wiederholt Gegenstand wissenschaftlicher Erörterungen gewor-

den seien. Diese besäßen den historischen Vorteil, daß »Wirtschafts- und politische Wissenschaften zu jener Zeit noch nicht als getrennte Disziplinen auftraten ..., so daß Philosophen und politische Ökonomen sich in den Gefilden des Geistes frei bewegen und ungehindert über die möglichen Folgen etwa der wirtschaftlichen Expansion für den Frieden oder des industriellen Wachstums für die Freiheit spekulieren konnten« (ebd.). Das im Titel seines Buches angezeigte Begriffspaar, der Gegensatz von Leidenschaften und Interessen, stellt eine *Trouvaille* Hirschmans dar, die er der staatsrechtlichen Literatur der frühkapitalistischen Phase abgewonnen hat. Diese leistet in dem Versuch, die bestehende Ordnung durch die Staatskunst zu verbessern, einen Beitrag zur bürgerlichen Anthropologie. Die zunehmend als unzulänglich empfundene Überlieferung der moralisierenden religiösen Literatur hatte die Frage hervorgebracht, wie die destruktiven Leidenschaften der Menschen effektiver als durch Predigten zu domestizieren seien. Die betreffenden staatsphilosophisch interessierten Denker fanden eine Lösung des Problems in dem Prinzip, »daß die *Interessen* der Menschen ihren *Leidenschaften* gegenübergestellt wurden, um damit die günstigen Folgen, die sich ergeben, wenn die Menschen sich durch ihre Interessen leiten lassen, dem verhängnisvollen Zustand entgegenzusetzen, der herrscht, wenn die Menschen ihren Leidenschaften die Zügel schießen lassen« (S. 40).

Der Gegensatz von Leidenschaften und Interessen erlangte geradezu sprichwörtliche Bedeutung. Berühmt wurde z. B. der erste Satz des Essays *De l'Interest des Princes et Estats de la Chrestienté* (1638) des hugenottischen Staatsmanns Herzog Rohan: »Les princes commandent aux peuples, et l'interêt commande aux princes« (S. 42). Im England des 17. Jahrhunderts fand die Formel »Interest will not lie« weite Verbreitung (S. 45). Derartige Formulierungen erwachsen aus der politischen Philosophie und bezeichneten meist das Interesse des Fürsten. Sie sollten der »Bestimmung eines ›hochentwickelten, durch Leidenschaften und plötzliche Impulse uneinträchtigen, rationalen Willens‹ dienen, der dem Fürsten deutliche und vernünftige Richtlinien vorgeben sollte« (S. 42). Erst zu einem späteren Zeitpunkt, nach der Konsolidierung eines nationalstaatlichen, politisch stabilen Binnenraums, wurde der Interessenbegriff zunächst in England und Frankreich dann auch auf verschiedene, miteinander konkurrierende Interessengruppen übertragen und zunehmend im Sinne ökonomischer Ansprüche erörtert (S. 45). Der Interessenbegriff kam in Mode, er wurde »zum Paradigma (à la Kuhn)« (S. 51). Im Unterschied zu den traditionellen pessimistischen anthropologischen Ansichten über die menschliche Triebnatur erlaubte die Lehre von den Interessen einen optimistischen Ausblick, sie wurde geradezu »als wahre Heilsbotschaft aufgefaßt« (S. 52). Die Theoretiker des Interesses glaubten nämlich, in diesem Begriff »eine realistische Basis für eine lebensfähige Gesellschaftsordnung gefunden« zu haben (S. 57). Als die besonderen Vorzüge einer solchen Gesellschaftsordnung, in der die Menschen sich von ihrem Interesse, nicht von ihren Leidenschaften leiten ließen, wurden ihre »Voraussagbarkeit und Beständigkeit« (S. 57 ff.) angesehen. Darin sei auch die Einengung des Begriffs auf das Wirtschaftshandeln der Subjekte begründet: Die »ursprünglich erheblich umfassendere Bedeutung des Wortes ›Interesse‹ (konnte) schließlich mit einer einzelnen Leidenschaft, der Liebe zum Geld, gleichgesetzt werden ... Denn als Besonderheit dieser Leidenschaft, die sie von anderen unterschied, wurden gerade ihre Beständigkeit, ihre

Beharrlichkeit und die Tatsache wahrgenommen, daß diese Leidenschaft von einem Tag zum anderen – und von einem Menschen zum anderen – unveränderlich blieb« (S. 63). Unter dem Aspekt ihrer Beständigkeit avancierte die ökonomische Tätigkeit, die traditionell als Habsucht und Geiz und damit als Laster gegolten hatte, nunmehr zu einer Tugend. Mit der Lehre vom Handel als einer harmlosen, annehmlichen und unschuldigen, die Sitten der Menschen zivilisierenden Tätigkeit verband sich die Hoffnung auf eine Verbesserung der politischen Ordnung: »Seit Ende des 17. Jahrhunderts war viel von der *douceur* des Handels die Rede: ein Wort, das sich bekanntlich schwer in andere Sprachen übersetzen läßt ...; es bezeichnet Eigenschaften wie Süße, Sanftheit, Ruhe und Freundlichkeit und ist das Antonym zu Gewalt« (S. 68).

Im Werk Montesquieus erlangte die Lehre von der zivilisierenden Wirkung des Handels systematische Bedeutung. In einem historischen Exkurs seines Hauptwerks »*De l'esprit des lois*« schildert Montesquieu, wie die Erfindung des Wechsels (*lettre de change*) die willkürliche Machtausübung des Souveräns (*les grands coups d'autorité*) unwirksam gemacht habe. Das dem politischen Programm Montesquieus zugrundeliegende Prinzip der Gewaltenteilung, der wechselseitigen Kontrolle zur Verhinderung des Machtmißbrauchs sei eng mit den verbreiteten Vorstellungen von der Möglichkeit verknüpft, die Leidenschaften der Menschen durch ihr (ökonomisches) Interesse zu zügeln. Montesquieus politische Hauptthese stelle eine grundlegende Rechtfertigung des Handelskapitalismus auf der Basis der Interessenlehre dar (S. 88).

Erst Adam Smith habe der »Vision«, daß der Kapitalismus in der Lage sei, die politische Ordnung allein durch die Kontrolle der Leidenschaften zu verbessern, ein

Ende bereitet. Indem Smith die ungehinderte, d. h. leidenschaftliche Verfolgung des ökonomischen Privatinteresses zur legitimatorischen Grundlage des gesamtgesellschaftlichen Wohls erklärte, wurde die Unterscheidung und Gegenüberstellung von Leidenschaften und Interessen unsinnig. Smith verwende die Begriffe vielmehr als Synonyma (S. 119 f.). Die optimistische Vorstellung von der politischen Wirkung der kapitalistischen Expansion, die mit der älteren Interessenlehre verbunden war, fand damit ihr Ende. –

Einen Nutzen seiner geistesgeschichtlichen Untersuchung sieht Hirschman darin angelegt, daß sie geeignet sei, die Kritik des Kapitalismus mindestens zu relativieren:

»In welchem Maß die in diesem Essay diskutierten Ideen aus dem kollektiven Bewußtsein verdrängt worden sind, können wir ermessen, wenn wir uns heutige Versionen der Kapitalismuskritik ansehen. Besonders überzeugend und einflußreich ist die Kritik, die den unterdrückerischen, entfremdenden Charakter des Kapitalismus betont, die Art, wie er die »volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit« verhindert. Aus dem Blickwinkel der vorliegenden Studie erscheint dieser Vorwurf ein wenig ungerecht, denn ursprünglich wurde vom Kapitalismus ja gerade erwartet und erhofft, daß er bestimmte menschliche Neigungen und Triebe unterdrücken und eine weniger vielgestaltige, weniger unberechenbare und eine eher »eindimensionale« menschliche Persönlichkeit prägen würde ... Kurz, der Kapitalismus sollte gerade das erreichen, was bald als seine übelste Eigenschaft verurteilt wurde« (S. 140 f.).

Hirschman erinnert die Kritiker des Kapitalismus daran, welches eminente zivili-satorische Potential die Theoretiker in ihm angelegt sahen, die ihm gedanklich den Weg bereiteten, und schließt von daher – auch über den Zeitpunkt der Konstitutionsphase des Kapitalismus hinaus – auf seine moralische Legitimität. Die aus der historischen Untersuchung gewonnene Überzeugung, daß der Kapitalismus nicht nur ein kolossales Wachstum der Produktivkräfte, sondern auch gesellschaftlichen Fortschritt bewirkt habe, liegt einer späteren Arbeit Hirschmans explizit zugrunde. Während in seiner Rekonstruktion der historischen Interessenlehre die Protagonisten des Fortschritts zu Wort kamen, läßt Hirschman in seinem Buch »Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion« deren reaktionäre Gegenspieler auftreten.

Die Folie, auf der Hirschman die Rhetorik der Reaktionäre katalogisiert, gewinnt er aus einer Vorlesung, die der englische Soziologe T. H. Marshall im Jahr 1949 über die »Entwicklung der Bürgerrechte« in westlichen Gesellschaften gehalten hat (Hirschman 1995, S. 11 ff.). Marshall hatte die Freiheitsrechte, die politischen Rechte und die sozialen Rechte der Bürger voneinander unterschieden und dargestellt, wie die aufgeklärten westlichen Gesellschaften (d. h. vor allem England) diese Rechte nacheinander erkämpft hätten, nämlich die Rechte der Freiheit im 18., die politischen Rechte im 19. und die sozialen Rechte im 20. Jahrhundert. Hirschman übernimmt dieses historische Schema, um allerdings daran eine Kritik zu üben: Allen drei von Marshall als progressiv dargestellten Schüben auf dem Weg zur Erlangung der bürgerlichen Rechte hätten nämlich Gegenbewegungen, Reaktionen entsprochen, die den behaupteten Fortschritt bestritten.

Im Verlauf seiner diesbezüglichen Forschungen hat Hirschman drei grundlegende Argumentationstypen ausgemacht, mit denen die Reaktion auf den von ihr bezweifel-ten Fortschritt reagierte. Er nennt diese drei Typen die »Sinnverkehrungsthese«, die

»Vergeblichkeitsthese« und die »Gefährdungsthese«. In Verbindung mit den von Marshall entlehnten historischen Koordinaten bildet diese Typenlehre den Rahmen für den Aufbau des Buches: Die drei Argumentationsmuster werden an den bezeichneten historischen Etappen aufgesucht und diskutiert.

Die Sinnverkehrungsthese besteht in der Warnung, ein als fortschrittlich geltendes Ziel »werde über eine Kette unbeabsichtigter Folgen zum *genauen Gegenteil* dessen führen, was erklärtermaßen beabsichtigt sei« (S.20). In der ersten Etappe der Erkämpfung der Freiheitsrechte macht Hirschman diesen Argumentationstyp an den Reaktionen auf die Französische Revolution aus: Edmund Burkes »Betrachtungen über die Französische Revolution«, Joseph de Maistres »*Considérations sur la France*« und Adam Müller in seinen staatsphilosophischen Schriften verfochten in verschiedenen Varianten die These, der Griff nach der Freiheit führe in die Tyrannei, »der Kampf der Revolutionäre um das Allgemeinwohl (führe) am Ende zum Bösen, zum gesellschaftlichen Unheil« (S.23).

Die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und die vorgebliche Verkehrung seines Sinns illustriert Hirschman insbesondere an Aussagen des Psychologen Gustave le Bon und an Aufsätzen Herbert Spencers: Die parlamentarische Demokratie begünstige das Wachstum der Staatsausgaben. Weil eine Unzahl von Gesetzen und Verordnungen erlassen werde, gehe die Demokratie in eine Bürokratenherrschaft über (S.33 f.).

In der dritten Phase der Durchsetzung bürgerlicher Rechte zeigt Hirschman das Vorkommen der Sinnverkehrungsthese schließlich an einigen Kritikern der Armen-

gesetzgebung auf (Jay W. Forrester, Nathan Glazer, Charles Murray). Der Argumentationstyp wird hier in verschiedenen Varianten der These wirksam, Armenfürsorge verhindere bzw. lindere die Armut nicht, sondern erzeuge sie überhaupt erst (S. 36).

Hirschman beschreibt die rhetorischen Qualitäten der von ihm eruierten Typen reaktionärer Argumentation: »Das Sinnverkehrungsmuster hat viele Reize. Ideal eignet es sich als Ausrüstungsstück des leidenschaftlichen Kämpfers, der stimmungsgewaltig gegen eine vordringende oder vorherrschende politische Praxis zu Felde ziehen will. Auch besitzt es eine Art elementarer Raffiniertheit und Paradoxie, was zu seiner Überzeugungskraft dort beiträgt, wo verblüffende Einsichten und letzte Gewißheiten gesucht werden.

Die zweite Hauptthese aus der reaktionären Waffenkammer hat ganz anderen Zuschnitt. Statt Hitze verbreitet sie Kühle, und ihre Raffiniertheit erscheint eher ausgeklügelt als grobschlüchtig. Gleich dem Sinnverkehrungsmuster enthält sie eine Aussage von entwaffnender Einfachheit ... (Sie) besagt ..., daß alle Bemühungen um Veränderung nutzlos sind, daß so oder so jede vermeintliche Veränderung in letzter Hinsicht äußerlich, oberflächlich, rein kosmetischer Natur und damit illusorisch ist, war oder sein wird, weil nämlich die ›tiefen‹ Strukturen der Gesellschaft ganz unberührt bleiben. Ich nenne sie die Vergeblichkeitsthese« (S. 51).

In bezug auf die Französische Revolution ist die Vergeblichkeitsthese von Alexandre de Tocqueville vertreten worden. Im krassen Gegensatz zum Selbstverständnis der Träger der Revolution, aber auch ihrer »reaktionären« zeitgenössischen Gegner trug Tocqueville in seinem Buch »L'ancien Régime et la Révolution« (1856) die These vor, die Errungenschaften der Revolution (zentralisierte Verwaltung, Rechtsgarantien für die zivile Beamtenschaft, Streuung des Landbesitzes) seien bereits unter dem Ancien Régime vorhanden gewesen (S. 55 f.).

Im Zusammenhang der Einführung des allgemeinen Wahlrechts geht Hirschman auf die Arbeiten der beiden italienischen Soziologen Gaetano Mosca und Vilfredo Pareto ein, »wonach jede Gesellschaft, gleich welcher politischer Struktur ›an der Oberfläche‹, sich immer in Herrscher und Beherrschte (Mosca) oder zwischen Elite und Nichtelite (Pareto) aufteilt. Der Lehrsatz war wie geschaffen, jede Vorstellung ad absurdum zu führen, wonach das allgemeine Wahlrecht echte ›politische Bürgerrechte‹ näherbringt« (S. 59).

Was den »Wohlfahrtsstaat« und seine Leistungen für Arbeitslose, sozial Benachteiligte und Arme betrifft, stellt Hirschman die Vergeblichkeitsthese an neueren Arbeiten der amerikanischen Ökonomen George Stigler, Gordon Tullock und Martin Feldstein dar. Die Grundidee ist hier wieder, daß die Sozialhilfe die wirklich Bedürftigen gar nicht erreiche, sondern unfreiwillig den Besitzenden nütze.

Als dritten und letzten Argumentationstyp bespricht Hirschman schließlich die sog. Gefährdungsthese: Eine geplante Reform oder Neuerung »sei an sich vielleicht wünschenswert, aber der Preis für die Sache oder bestimmte Folgen seien nicht akzeptabel« (S. 90), sie gefährdeten einen bereits errungenen Fortschritt älteren Datums. Es ist klar, daß dieser Argumentationstyp in der von Marshall bezeichneten ersten Etappe, der Erringung bürgerlicher Freiheitsrechte, noch nicht auftreten kann, da sich schlecht behaupten läßt, etwas sei gefährdet, was zunächst noch gar nicht besteht. Umso nachdrücklicher wird die These dafür in der Phase der Ausdehnung

des Wahlrechts vertreten, wie Hirschman an der englischen Geschichte anhand der Reformgesetze von 1832 und 1867 sowie an der französischen und deutschen Geschichte aufzeigt, wo die These der Gefährdung freiheitlicher Rechte infolge der Verhärtung der politischen Fronten zwischen Bourgeoisie und Proletariat in die stärkere Unvereinbarkeitsthese übergeht (S. 111 f.), die besagt, Demokratie und Freiheit schlossen einander aus (Fustel de Coulange, Max Scheler).

In der dritten Phase wurde die These, der Sozialstaat gefährde Freiheit und Demokratie, insbesondere von Friedrich Hayek vertreten sowie in einer von Hirschman als Modebewegung innerhalb der Scientific Community entlarvten Schriftenfolge der 70er Jahre, die eine »Legitimationskrise« des demokratischen resp. spätkapitalistischen Staates beschwor und als deren Exponenten James O'Connor, Jürgen Habermas und Samuel Huntington erfolgreich, nämlich aufsehenerregend publizierten (S. 117–129). –

Mit dem Nachweis, daß politische Querelen wesentlich auf Rhetorik beruhten, hofft Hirschman einen Beitrag zur Überwindung gesellschaftlicher Antagonismen leisten zu können:

»In diesen Tagen, da das demokratische Modell weltweit gefeiert wird, mag die Beschäftigung mit Funktionsmängeln in den westlichen Demokratien kleinlich erscheinen. Doch gerade das aufsehenerregende und zugleich erfreuliche Einstürzen gewisser Mauern lenkt die Aufmerksamkeit auf andere, die noch intakt geblieben sind, und auf Gräben, die sich vertiefen. Hierher gehört eine Erscheinung, die sich in den fortgeschrittenen Demokratien häufig findet: der durchgängige Mangel an Kommunikation zwischen Bürgern verschiedener Gruppierungen, wie Liberalen und Konservativen, Progressiven und Reaktionären. Die hier entspringende Isolation zwischen so bedeutenden Gruppen scheint mir Grund zu größerer Besorgnis zu geben als die Vereinzelung des bindungslosen Individuums in der ›Massengesellschaft‹, die von den Sozialwissenschaftlern so stark in den Vordergrund gerückt worden ist« (S. 7).

Als entscheidend auf dem Weg zu einer solchen Verständigung erscheint Hirschman »die Aufgabe, der öffentlich geführten Debatte einen Raum jenseits aller extremen, unversöhnlichen Positionen zugänglich zu machen, und zwar in der Hoffnung, daß unsere Auseinandersetzungen damit ›demokratiefreundlicher‹ werden [Anm.: Der Ausdruck ist in Analogie zu dem heute gebräuchlichen ›benutzerfreundlich‹ (*user friendly*) und zum deutschen ›umweltfreundlich‹ gebildet.]« (S. 177).

Der philosophisch interessierte Politökonom, dessen geistesgeschichtlicher Exkurs darin motiviert war, die unheilvollen Begleiterscheinungen der kapitalistischen Expansion zu erforschen (s. o.), nimmt schließlich Zuflucht im Raum einer imaginären Konsensstiftung zwischen den antagonistischen Parteien. Die Formalität seiner Methode, die sich an der Semantik geistesgeschichtlicher Begriffe und an der Rhetorik politischer Argumente abarbeitet, hat zur Folge, daß die entscheidende Frage nach der Stichhaltigkeit einer Kritik am Kapitalismus, wie sie erst nach Adam Smith entfaltet wurde, in Hirschmans Studien geflissentlich ausgespart bleibt. Seine Verteidigung des Kapitalismus und der Demokratie ist erkaufte um den Preis einer inhaltsleeren Beliebigkeit. Sie unterschlägt, daß das Subjekt seiner historischen Untersuchungen, das Bürgertum, einen Wandel seiner gesellschaftlichen Machtposi-

tion vollzieht; daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Für die Verteidigung von Macht und Privileg aber gibt es unmittelbare Interessen als die an einer mehr oder minder brillanten Rhetorik. Der Einsicht einer reaktionären Sozialwissenschaft, die darauf hinweist, daß im gesellschaftlichen Wandel Macht sich erhält, daß der Fortschritt der Freiheitsbewegungen in der Moderne illusionär, d.h. vergeblich oder sinnverkehrt sei, kommt größerer Erkenntniswert zu als den beschwichtigenden Einwänden Hirschmans, ganz so schlimm sei es gar nicht.

Dennoch läßt sich die These, daß es der kapitalistischen Ökonomie gut bekomme, wenn sie sich weitgehend demokratisch verfasste und damit die unangenehmen Nebenfolgen der kapitalistischen Wirtschaft politisch gewollt abfedere, nicht einfach als idealistisch abtun. Tatsächlich hat die Suche nach einem Ausgleich von Kapital und Arbeit relativ stabile Bedingungen sowohl für die Warenproduktion als auch für den Sozialstaat geschaffen, auch wenn à la longue weder zur Seite des Kapitalismus noch zur Seite der Demokratie ein triftiger Grund für die Annahme vorliegt, sie könnten aus sich heraus vernünftige und humane Wandlungen der Gesellschaft auslösen. Zumal seit dem »Einstürzen gewisser Mauern« gewinnt Hirschmans Plädoyer für eine Abkehr von den Mustern der Polemik gegen die Vermittlung von Kapitalismus und bürgerlicher Demokratie, die deren Weiterentwicklung im Wege stünden, eine gesellschaftlich verbreitete Attraktivität und scheinbare Plausibilität, auch wenn diese ihm in Wahrheit nicht zukommen. Daran, daß heute Firmen lieber spekulativ mit dem Profit verdienen als mit der Warenproduktion, daß sie ihre Produktion in Länder verlegen, in denen sie diese kostengünstiger einrichten können, wird keine Interessenlehre sie hindern. Der Tatsache, daß sich Machteliten ungehemmt reproduzieren, die zunehmend ihre Legitimation verlieren, läßt sich nicht mit der Kritik an Rhetorik begegnen. Beides verlangt danach, die strukturellen Gründe zu untersuchen, die anhaltend dafür sorgen, daß der Kapitalismus ohne gesellschaftliche Vernunft auskommt und die Gesellschaft am Ende ohne Demokratie.

Literatur

- Hirschman, Albert O.: Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg. Frankfurt/M 1987. (Orig.: *The Passions and the Interests. Political Arguments for Capitalism before its Triumph.* Princeton 1977)
- Ders.: Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion. Frankfurt/M 1995. (Orig.: *The Rhetoric of Reaction.* Cambridge/Mass. 1991)

Max Horkheimer

Wir sind pleite!

Am 24. Juli 1938 schreibt Max Horkheimer von einer Reise in den Westen der USA an Leo Löwenthal:

L.L.!

Soeben trifft Ihr Brief vom 22. nebst Anlagen ein. Ich danke Ihnen, daß Sie mich auf dem laufenden halten.

Unsere geschäftliche Lage betrachte ich jetzt als völlig aussichtslos. In diesem Augenblick (beim Ausmaß unseres Vermögens und unserer Verpflichtungen) longs von \$ 75000,- (insgesamt!) und so viel shorts zu haben, nach dem Kassenbestand wage ich gar nicht zu fragen, ist eine Spekulation nach der baisseseite auf Leben und Tod. Der Tod ist das weitaus wahrscheinlichste. Mir ist es total uneinsichtig, wie dieses Resultat zustandekam. Nur weil ich verbissen das Geschäftliche in den Hintergrund meines Bewußtseins dränge, finde ich die Kraft, diese Reise fortzusetzen, denn was uns jetzt droht, ist in der Tat das Elend, wie wir es uns ausgemalt haben.

Ich korrespondiere natürlich mit P[ollock], aber ich vermag keinen anderen Eindruck zu gewinnen als den soeben bezeichneten. Wir haben seit dem Fehler unserer Verkäufe zu den Tiefstkursen diesen (sogleich als solchen erkannten) Fehler nicht stetig wieder gutzumachen versucht, sondern uns auf neue und diesmal reine Spekulationen eingelassen – wozu wir eben nicht die geeigneten Leute sind.

Bei meiner Rückkehr werde ich meine wichtigste Aufgabe darin sehen, für einige von uns ein Leben unter minimalem materiellen Aufwand und maximalem Erträgnis an Glück zu organisieren. Dazu brauche ich Ihre zähe und unbedingte Hilfe, denn es wird nur mit sehr viel Energie und in unbedingter Solidarität zu realisieren und zu ertragen sein – wenn überhaupt.

Herzlichst

Ihr M. H.

(Aus: Max Horkheimer: Gesammelte Schriften Band 16: Briefwechsel 1937–1940. Herausgegeben von Gunzelin Schmid Noerr. Frankfurt/M 1995, S. 447f.)

Karl-Heinz Dammer

Condorcet

ÜBER EINEN KLASSIKER DER PÄDAGOGIK
UND DIE GRÜNDE FÜR SEINE UNVERGÄNGLICHKEIT

Vielleicht mehr noch als in der programmatischen Formel »Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit« kristallisiert sich das Selbstverständnis der Französischen Revolution in der Wortschöpfung »Ancien régime«, die wie die berühmte Begriffstria »zu den ersten Leistungen der neuen Rhetorik« (Hunt 1989, S. 67) zählte. Die Etikettierung der vergangenen Epoche als »Ancien régime« ist Ausdruck des Bewußtseins, an einem Neuanfang zu stehen und kann zugleich verstanden werden als Selbstverpflichtung, die Zukunft so zu gestalten, daß ein Rückfall in den vorherigen Zustand unmöglich ist. Die Vorstellung einer Gesellschaft, in der vernünftige und freie Menschen in Wohlstand gleichberechtigt und harmonisch miteinander leben, sollte nicht mehr länger Utopie bleiben, sondern wurde als konkrete historische Aufgabe verstanden, deren Lösung so schnell und durchgreifend wie möglich angegangen werden mußte. Dabei kam der Pädagogik eine Schlüsselrolle zu, nämlich die, theoretisch begründet und planvoll einen neuen, zur vernünftigen Gestaltung der Geschichte fähigen Menschen hervorzubringen. Sie trat damit unvermittelt aus ihrem vorherigen Schattendasein heraus und wurde der Politik gleichberechtigt zur Seite gestellt. Dieser Funktionswandel der Pädagogik zur »säkularisierten Eschatologie« (Harten 1989, S. 120) brachte eine ungeheure publizistische Aktivität mit sich: Für die Jahre 1789 bis 1799 sind 1367 Texte belegt, die sich mit Fragen der Pädagogik, der Erziehung oder des Unterrichts befassen (vgl. a. a. O., S. 121), unter ihnen auch zahlreiche Bildungspläne, von denen allerdings die meisten längst vergessen sind. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Pläne sich vielfach nur in Nuancen voneinander unterschieden, häufig auf die Elementarbildung und -erziehung beschränkt blieben und für gewöhnlich eher den Akzent auf die politische Zielsetzung als auf die institutionelle und curriculare Gestaltung des angestrebten Bildungsprozesses legten. Bis heute immer wieder rezipiert und damit kanonisch wurde letztlich nur ein Plan, der von Condorcet verfaßte *Rapport sur l'organisation générale de l'Instruction Publique*¹, den der Autor im April 1792 der Nationalversammlung vortrug, der dort allerdings nur ansatzweise diskutiert und danach von den radikaleren und autoritären Konzepten der Jakobiner verdrängt wurde.

Der Nachruhm, den Condorcets Plan trotz seines relativ geringen Einflusses auf die Bildungsplanung der Revolution hatte, gründet in zweierlei. Einmal handelt es sich um den pädagogisch, didaktisch und curricular, aber auch geschichtsphilosophisch mit Abstand am besten durchdachten Plan der Französischen Revolution, der alle Stufen der Bildung umfaßt und deswegen zu einem Vorbild für moderne Bil-

dungspläne schlechthin wurde. Darüber hinaus dürfte der bisweilen in emphatischer Weise vorgetragene pädagogische Optimismus dazu beigetragen haben, daß Condorcets Plan im 19. und 20. Jahrhundert immer wieder – und meist affirmativ – rezipiert worden ist, wenn grundlegende bildungsreformerische Probleme anstanden.² Bei denjenigen, die sich explizit und positiv auf Condorcet berufen, tritt eine traditions- und identitätsstiftende Argumentationsfigur zutage, die charakteristisch für die Exegese (nicht nur) von pädagogischen Klassikern ist, nämlich die Feststellung der ungebrochenen Aktualität des Textes und seines daraus sich ergebenden Aufforderungscharakters für das jeweils zeitgenössische pädagogische Handeln. Wesentlich seltener wird die naheliegende Frage gestellt, warum der Rezipient sich genötigt sieht, trotz der zwischen Publikation und Rezeption des Textes vergangenen Zeit unverändert die gleichen Postulate aufzustellen wie dessen Urheber, oder, konkreter auf Condorcet bezogen, warum der von ihm antizipierte Fortschritt hin zu einer durch umfassende pädagogische Planung hervorgebrachten aufgeklärten Gesellschaft in den letzten zweihundert Jahren augenscheinlich ausgeblieben und somit der Exeget genötigt ist, Condorcets Forderungen ungebrochene Geltung zuzuschreiben. Die Antwort auf diese Frage läßt sich in den Widersprüchen des Bildungsplanes selbst finden. Sie sind ebenso grundlegend für das pädagogische Denken der Moderne wie der kontinuierlich in Erinnerung gerufene positive Gehalt des Textes.

I

Der 1743 in einer picardischen Kleinstadt geborene Marie-Jean-Antoine-Nicolas Caritat, Marquis de Condorcet dürfte unter den aufgeklärten Adligen seiner Zeit derjenige gewesen sein, der sich philosophisch und politisch am konsequentesten von den Beschränkungen seiner Klasse losgesagt hat. Schon früh machte sich der sehr vielseitig interessierte Mathematiker und Physiker als Mitarbeiter der *Encyclopédie* einen Namen und wurde 1770 vergleichsweise jung in die Académie des Sciences, gut ein Jahrzehnt später dann auch in die Académie Française aufgenommen. Ungeachtet seines hohen Funktionärspostens als Generalinspekteur der Münze setzte er sich ab 1789 zunächst im Pariser Gemeinderat, ab 1791 dann als Abgeordneter der Legislative und schließlich als Vizepräsident des Nationalkonvents für die Ziele der Revolution ein. Trotz seines Engagements vor allem für die Formulierung und Durchsetzung der Verfassung und – als Sprecher der Unterrichtskommission – für die Entwicklung eines neuen Bildungswesens wurde der Girondist Condorcet nach dem Sturz seiner Partei Mitte 1793 von den Jakobinern angeklagt und verfolgt. Er entzog sich der Verhaftung zunächst dadurch, daß er sich bei Freunden versteckte, wurde dann aber im Frühjahr 1794 entdeckt und ins Gefängnis geworfen, wo er unmittelbar darauf aus bis heute ungeklärten Gründen starb.

In den Monaten, in denen er untergetaucht war, verfaßte Condorcet das für sein eigenes Denken wie für die Aufklärung insgesamt programmatische Hauptwerk *Esquisse d'un tableau historique des progrès de l'esprit humain*³, in dem er, ausgehend von der Prämisse, daß die Vernunft in der Natur des Menschen angelegt sei, die Entfaltung des menschlichen Geistes als die einer sich schrittweise vervollkommnenden Vernunft nachzeichnet und dabei in der Geschichte nach den Gesetzen sucht, die

es erlauben, ihren weiteren Verlauf vorzusehen und im Sinne einer weiteren Entfaltung der Vernunft zu steuern.

Für seine Gegenwart stellt Condorcet eine eklatante Ungleichheit hinsichtlich der Verteilung des Reichtums, der sozialen Lage der Menschen und hinsichtlich der Bildung fest und damit einen Zustand, der wider die Natur sei, da »die Glücksgüter von Natur zur Gleichheit hinneigen« und da »die Natur Wahrheit, Glück und Tugend unauflöslich miteinander verkettet« (199; 212 f.). Diese Ungleichheit abzubauen, sei die wesentliche Aufgabe des Fortschritts, der in seiner Entfaltung nur eine Grenze kennt, nämlich wiederum die der Natur, die der vollkommenen Aufhebung der Ungleichheit entgegensteht; sie zu beseitigen wäre »unsinnig und gefährlich«, weil so »noch ergiebigere Quellen der Ungleichheit« (199) eröffnet würden. Die ambivalente Rolle der Natur, in der sowohl Gleichheit als auch ein nicht näher bestimmtes Maß an Ungleichheit angelegt sein sollen, wird von Condorcet nicht näher erläutert. Aus seinen weiteren Ausführungen geht aber hervor, daß er sich implizit auf den bürgerlichen Begriff des Naturrechts als des Rechts der freien Verfügung über Privateigentum zum Zweck der (natürlichen) Subsistenzsicherung beruft, denn er fordert die Befreiung »des Handels und der Industrie« von »Prohibitivsystem und ... fiskalische[r] Gesetzgebung«. Auf diese Weise würden die beklagten Mißverhältnisse abgebaut, da der gleichzeitige sittliche Fortschritt der Menschheit und politisch »weise Einrichtungen« die Menschen daran hindern würden, »den Reichtum zur Befriedigung der Eitelkeit und Ehrsucht zu gebrauchen« (199 f.).

Das in der Natur angelegte Potential an ökonomischer und politischer Vernunft wird nach Condorcets Vorstellung historisch konkret zum einen durch Wissenschaft, zum anderen durch Unterricht entfaltet. Wissenschaft ist für Condorcet identisch mit Naturwissenschaft, denn er vermag sich keinen Grund vorzustellen, warum »die Gesetze, welche die Erscheinungen im Universum bestimmen ... für die Entwicklung der intellektuellen und moralischen Fähigkeiten des Menschen weniger Gültigkeit haben als für die anderen Vorgänge in der Natur« (193). Diese Gesetze – deren Beständigkeit zugleich ein Garant für die Möglichkeit des Fortschritts ist – zu erkennen und danach zu handeln, werde einer zunehmenden Zahl an Menschen möglich sein, da der Erkenntnisfortschritt dazu führen werde, die Phänomene auf immer »umfassendere Zusammenhänge zurückzuführen und in einfachere Ausdrücke zu fassen«. Gleiches gelte für die aus der Wissenschaft entwickelten technischen Verfahrensweisen, die sich mit ihrer Vervollkommnung zugleich vereinfachen und damit nicht nur für immer mehr Menschen verständlich würden, sondern zugleich die für die Herstellung von Produkten notwendige Arbeitsleistung reduzieren könnten, was wiederum dem Menschen mehr Zeit zur individuellen Entfaltung ließe (205; 207). Der Unterricht hat die Aufgabe, dem Bürger das beizubringen, was er »zur Verwaltung seiner Angelegenheiten, seiner häuslichen Wirtschaft und zur freien Entfaltung seines Fleißes und seiner Anlagen wissen muß; was er wissen muß, um seine Rechte zu kennen, zu verteidigen und auszuüben; um über seine Pflichten im klaren zu sein und sie in rechter Weise erfüllen zu können« (202). Wissenschaft und Unterricht schließlich würden sich insofern wechselseitig befruchten, als die wissenschaftlichen Fortschritte die Technik des Unterrichts voranbringen und diese wiederum die »Wissenschaften beschleunigen« (215) würde. Dieses dynamische Wechselverhältnis von

Politik, Wirtschaft, Sitten, Wissenschaft und Unterricht soll schließlich zu einer »wirklichen Gleichheit« führen, die »keine andere Ungleichheit mehr bestehen läßt als die, welche im Interesse aller liegt, weil sie nämlich die Fortschritte der Zivilisation, des Unterrichts und der Industrie befördert, ohne zugleich Abhängigkeit, Demütigung und Verarmung mit sich zu bringen«. Die Geschichte erfülle sich dort, wo die Menschen in der Lage seien, frei von Vorurteilen ihr Leben vernunftgemäß zu gestalten (194).

Am Schluß seiner Esquisse beschwört Condorcet gegen seine eigene Bedrängnis und gegen die aufkommende Schreckensherrschaft des jakobinischen Tugendstaates, die seinen Optimismus bereits Lügen zu strafen begonnen hatte, das utopische Bild einer Gesellschaft, in der Herrschaft durch Aufklärung überwunden, der Mensch »in seine Rechte wie in die Würde der Natur wieder eingesetzt ist« und in der der Mensch vergessen ist, »den Habgier, Furcht und Mißgunst quälen oder verderben« (221).

Der noch nicht erschütterte Optimismus einer positiven Anthropologie und die daraus gespeiste Emphase, mit der Condorcet sich der Sache der Humanität annimmt, sind auch in seinem Bildungsplan zu spüren, den er in den Dienst der »stufenweise fortschreitenden Vervollkommnung des Menschengeschlechts« (21)⁴ stellt und der am Schluß noch vor ihrer eigentlichen Entfaltung bereits das goldene Zeitalter einer verwirklichten Pädagogik beschwört, in dem »sogar jede öffentliche Unterrichtsanstalt nutzlos werden wird: das wird jene Zeit sein, wo kein allgemeiner Irrtum mehr zu fürchten ist, ... wo sich die Aufklärung gleichmäßig auf alle Orte desselben Gebietes wie auf alle Klassen derselben Gesellschaft ausgebreitet hat« (82f.).

Condorcet hat seinem Bildungsplan zwei Prinzipien zugrunde gelegt, nach denen er das Unterrichtswesen von der niedrigsten bis zur höchsten Stufe konsequent durchstrukturiert. Politisch wird der individuellen Freiheit Priorität vor dem Allgemeinwillen gegeben, da der liberale Girondist davon ausgeht, daß die Gleichheit aller Staatsbürger nur dann zu sichern ist, wenn dem Einzelnen die Möglichkeit eingeräumt wird, seine Fähigkeiten optimal zu entwickeln. Inhaltlich wird die Bildung als Hauptziel des Unterrichts der Erziehung vorgeordnet, da das im Bildungsprozeß zunehmend selbständig angeeignete Wissen und daraus abgeleitet individuelle Urteilskraft und individuelles Einsichtsvermögen den Aufbau und die Stabilität einer vernünftigen Gesellschaft eher gewährleisten können als die – ebenfalls als notwendig angesehene – Erziehung, die die Gefahr einer bloßen Gewöhnung an bestimmte Verhaltensdispositionen bzw. eines blinden Gehorsams gegenüber Vorschriften berge, wenn sie zum primären Zweck des Unterrichts erklärt würde. Mit Bezug auf die politischen Implikationen seines Bildungsplans begründet Condorcet seine Präferenz der Individualbildung vor der auf erwünschtes kollektives Verhalten zielenden Erziehung mit dem Satz: »Während man die Gesetze liebt, muß man sie doch zu beurteilen wissen« (42). Basierend auf diesen beiden Prinzipien der individuellen Freiheit und der Bildung ist das Bildungswesen in Condorcets Konzept durch fünf Merkmale gekennzeichnet:

1. Bildung hat, wie bereits bei Comenius, den Charakter einer triadischen Allgemeinheit: sie steht als von der Verfassung verbrieftes Recht allen Menschen gleichermaßen zu; sie bezieht sich auf alle Fähigkeiten des Menschen und sie umfaßt grundsätzlich die Gesamtheit des Wissens.

2. Bildung muß sich streng an den Wissenschaften orientieren, damit die Wahrheit und durch sie die Vernunft den Sieg über den Aberglauben erringen kann, und sie muß nützlich sein, im beruflich-technischen wie im politisch-moralischen Sinne. Da die Nützlichkeit des Wissenserwerbs dem von Natur her vernunftbegabten Menschen notwendig einleuchtet, bedarf es keiner Schulpflicht.
3. Bildung ist in einer dem Fortschritt verpflichteten Gesellschaft ein niemals abgeschlossener Prozeß, weswegen sie sich nicht auf die Schulzeit beschränken kann, sondern auch für den Erwachsenen die Verpflichtung mit sich bringt, seine Kenntnisse den Wissensfortschritten entsprechend zu erweitern.
4. Die Auswahl derjenigen, die in weiterführenden Bildungsinstitutionen zugelassen werden, darf nur nach Leistung und Begabung erfolgen. Condorcet gesteht zwar die Notwendigkeit funktionaler Arbeitsteilung und damit auch unterschiedlicher Bildungsgrade zu, der Zugang zu verantwortlichen Positionen darf aber nicht mehr von sozialer Herkunft oder finanziellen Möglichkeiten abhängen. Aus diesem Grunde soll das Unterrichtswesen von der niedrigsten bis zur höchsten Stufe durchlässig und kostenfrei sein. Begabtere Kinder unterer Schichten, deren Eltern den Besuch weiterführender Bildungsinstitute nicht bezahlen können, sollen vom Staat unterstützt werden.
5. Das Unterrichtswesen darf keinerlei partikularen Interessen und Dogmen, seien sie religiöser oder politischer Natur, unterworfen sein. Der Staat hat allein die Aufgabe, die Chancengleichheit und Funktionstüchtigkeit des Systems zu sichern. Inhaltlich kontrolliert wird das Unterrichtswesen von einer »Nationalen Akademie der Wissenschaften und Künste«, die als gleichsam institutionalisierte Aufklärung über dessen Vernunftorientierung wacht. Die geforderte Unabhängigkeit des Unterrichtswesens führt den radikalen Liberalen Condorcet schließlich auch zu der Konsequenz, daß es jedem Bürger offen stehen muß, eine Schule einzurichten.

Institutionell soll nach Condorcet das Bildungssystem in fünf Stufen gegliedert sein, die Primärschulen, die Sekundärschulen, die Institute, die Lyzeen und die Nationale Akademie der Wissenschaften und Künste, die allerdings nur noch insofern ein Bildungsinstitut ist, als sie durch ihre öffentlichen Sitzungen dem Publikum die Möglichkeit zur Weiterbildung gibt; ansonsten dient die Akademie allein der Forschung und der Kontrolle der Bildungsanstalten.

Die Primärschulen (23–28) sollen allen Kindern im Alter von 6 bis 9 Jahren ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeiten und Begabungen offen stehen und so über das Land verteilt werden, daß auf 400 Einwohner eine Schule kommt. In vier Jahrgangsklassen werden die Schüler von einem Lehrer in die elementaren Kulturtechniken sowie die »ersten moralischen Ideen [und] Prinzipien der gesellschaftlichen Ordnung« (24) eingewiesen und sie lernen die Grundlagen handwerklicher und agrarischer Produktionsweisen kennen. Das Gelingen des Unterrichts soll durch Lehrbücher, die auf die Auffassungsgabe der Kinder zugeschnitten sind, sowie durch Handbücher für den Lehrer gewährleistet werden, die Hinweise zur schülergerechten Vermittlung des Lehrstoffs geben. Auf diese Weise werden die Grundlagen sowohl für eine (staats)bürgerliche Lebensführung als auch für die Aufnahme einer »regelrechten Lehre« (24) oder für die Übernahme »einfachste[r] öffentliche[r] Funktionen« (23) gelegt. Neben diesem täglichen Unterricht für Kinder sollen jeden Sonntag »öffent-

liche Konferenzen« für »die Bürger aller Altersstufen« (24) stattfinden, in denen diese sich ihr Leben lang »über neue Gesetze, über Erfahrungen im Ackerbau [und] über ökonomische Arbeitsmethoden« (25) informieren können, in denen sie aber vor allem in die Kunst eingeführt werden sollen, »sich selbst zu unterrichten« (25) und damit eigenverantwortlich die Entfaltung ihrer Vernunft voranzutreiben. Wer also in seiner Kindheit aus ökonomischen Gründen nicht mehr als eine Primärschule besuchen konnte, soll mit dieser methodischen Schulung die Mittel an die Hand bekommen, sich über das elementare Bildungsniveau hinaus zu entwickeln.

Die Sekundärschulen (28–32) umfassen einen Zeitraum von weiteren vier Jahren und kommen – statistisch betrachtet – 10% der Schüler zugute, da Condorcet eine Schule für 4000 Einwohner vorsieht. Neben weiterführendem politischem Wissen werden hier erstmals direkt an Wissenschaften (Mathematik, Naturgeschichte, Chemie) orientierte Kenntnisse »für die handwerklichen und gewerblichen Künste« (28) vermittelt und »elementare Lektionen über den Handel« gegeben. Von ihrer beruflichen Nützlichkeitsorientierung her wenden sich die Sekundärschulen somit nicht mehr an die Bauern – die deswegen natürlich nicht prinzipiell vom Unterricht ausgeschlossen sind –, dafür aber zum ersten Mal an eine bürgerliche Schülerklientel, nämlich die künftigen Kaufleute. Der anspruchsvollere Unterricht kann nicht mehr von einem Lehrer allein gewährleistet werden, weswegen die Schüler von dieser Stufe an von Fachlehrern unterrichtet werden. Auch in den Sekundärschulen sind wöchentliche öffentliche Konferenzen für alle Bürger vorgesehen, die hier nicht mehr nur vom Unterricht selbst, sondern auch von der gegenüber den Primärschulen deutlich besseren Ausstattung mit Lehrmitteln profitieren können: »Jede Schule wird eine kleine Bibliothek haben und ein kleines Kabinett, in dem man einige meteorologische Instrumente, einige Modelle von Maschinen und Werkstühlen und einige

Gegenstände aus der Naturgeschichte aufstellt« (29). Auf diese Weise sollen »die Freude an der Beobachtung und die Lust am Studium«, also Fähigkeiten zur gründlicheren Aneignung und Verarbeitung von Wissen geweckt und damit wiederum die Selbsttätigkeit des sich perfektionierenden Vernunftwesens angeregt werden. Auch hier wird so den Bürgern die Möglichkeit eingeräumt, den Stand ihrer Schulbildung zu überschreiten.

Der dritten Stufe des Unterrichts, den Instituten, gilt Condorcets Hauptaugenmerk, wie bereits aus der Länge der von ihm dazu gemachten Ausführungen geschlossen werden kann (33–48), die vor allem der Legitimation des vorgeschlagenen Fächerkanons gegenüber dem der *collèges des Ancien régime* dienen, zu denen die Institute in etwa ein Äquivalent sind. Insgesamt soll es in Frankreich 110 Institute geben, also, wiederum statistisch, bei einer Gesamteinwohnerzahl von 28 Millionen (Muchembled 1990, S. 31) eines für ca. 25 500 Einwohner. In ihnen werden »alle Elemente des menschlichen Wissens ... absolut vollständig« (33) vermittelt und zwar sowohl im Sinne der Allgemeinbildung, als auch im Hinblick auf das, »was für jeden Berufszweig ... von Nutzen ist« (33). Es geht hier nicht mehr so sehr um in bestimmten Berufen instrumentell handhabbares Wissen, sondern vielmehr um eher generalistisch angelegte Fähigkeiten zur »Erfüllung jener öffentlichen Funktionen, die ein Höchstmaß an Einsicht erfordern« (33), also um das, was leitende Funktionäre in Wirtschaft, Politik, Verwaltung und im Bildungswesen beherrschen müssen. In diesem Zusammenhang wird auch Condorcets Präferenz für das naturwissenschaftliche Methodenideal – dessen Anwendung auf die Gesellschaft er vorbereitet hat – an der bevorzugten Stellung deutlich, die er der Mathematik und den Naturwissenschaften einräumt. Den zweiten Schwerpunkt bilden hier die »moralischen und politischen Wissenschaften« (40f.), deren Studium die Schüler zu einer »exakte[n] und strenge[n] Analyse der moralischen Gefühle« (41) befähigen soll, da ihnen künftig u. a. die Aufgabe zukommt, »die Moral des Volkes zu heben« (41) und sie daher vernünftig begründen können müssen, was sie den weniger Gebildeten vermitteln. Die Schüler können hier nach Maßgabe ihrer Interessen, Fähigkeiten und Aspirationen die Kurse frei wählen, d. h. sich nach Belieben spezialisieren; insgesamt soll aber der Stoff so organisiert sein, daß er in seiner Gesamtheit innerhalb von fünf Jahren bewältigt werden kann. Auch auf diesem fortgeschrittenen Niveau gibt es regelmäßige Weiterbildungsangebote für Erwachsene, allerdings nur noch einmal im Monat. Darüber hinaus erhalten die Eltern die Gelegenheit, dem Unterricht ihrer Kinder zuzuschauen, um sich so ein eigenes Bild von dessen Qualität zu machen.

Die auf den Unterricht in den Instituten aufbauenden Lyzeen (48–58), von denen in ganz Frankreich 9 eingerichtet werden sollen, sind der Lehre »alle[r] Wissenschaften in ihrem ganzen Umfang« (48) gewidmet und dienen der Heranbildung von Gelehrten und Professoren. Zu ihnen wird einer von 1600 Einwohnern zugelassen (50); daneben sollen die Lyzeen für junge Ausländer offen sein, die, vom Geist der Aufklärung nach Frankreich gelockt, diesen nach ihrer Ausbildung in ihrer Heimat weiter verbreiten könnten. Auf dieser Ebene des Unterrichtswesens wird kein Unterschied mehr zwischen jungen Menschen und Erwachsenen gemacht, d. h. die Kurse der Lyzeen stehen allen Altersstufen offen.

Die Nationale Akademie der Wissenschaften und Künste (58–83) schließlich dient dazu, »den gesamten Bestand des Wissens um neue Wahrheiten zu bereichern und den menschlichen Geist mit neuen Mitteln zu versehen, damit er den Fortschritt beschleunigen und seine Entdeckungen vervielfachen kann« (58). Sie steht damit allein im Dienste der »Vervollkommnung der menschlichen Vernunft« (58) und scheint von Condorcet zugleich als Modell für eine demokratische Öffentlichkeit konzipiert worden zu sein, betont er doch, daß in ihr alle (Lehr)meinungen die Gelegenheit bekommen sollen, in einen freien Wettstreit miteinander zu treten (77 f.).

Bereits in dieser sehr knappen Darstellung des Bildungsplans wird das hohe Maß an Kohärenz deutlich, mit dem Condorcet den Bildungsprozeß institutionell, curricular und didaktisch so entwirft, daß dessen inhaltliche und soziale Einheit – zumindest konzeptionell – gewahrt bleibt. Diese Einheit ist der Garant für die universelle Entfaltung einer gleichfalls als einheitlich gedachten Vernunft, an der alle Menschen in gleicher Weise partizipieren können sollen, womit schulischer Unterricht zum Königsweg für die Einrichtung vernünftiger gesellschaftlicher Verhältnisse wird, denn in ihm ist für Condorcet die Möglichkeit angelegt, die beiden widersprüchlichen Grundlagen einer vernünftigen Gesellschaft, nämlich Freiheit und Gleichheit so weit wie möglich miteinander in Einklang zu bringen.

Die Möglichkeit der Versöhnung dieser beiden Konfliktpole ergibt sich aus einer Prämisse, nämlich der, daß der »Geist«, also die Vernunft »frei sein [will]« (34). Da – so die zweite, bereits genannte Prämisse – die Vernunft in der Natur des Menschen angelegt ist, entfaltet dieser mit ihr zugleich seine Freiheit. Es handelt sich also um einen von jedem Individuum selbst zu vollziehenden Prozeß, für dessen Gestaltung es Werkzeuge braucht, die es durch Unterricht erwerben kann. Die, pädagogisch gesehen, wohl größte Stärke von Condorcets Entwurf ist, daß er Bildung nicht verdinglicht als ein Konglomerat nützlichen Wissens bestimmt, sondern dynamisch als eine Eigentätigkeit des Subjekts. Das Wissen ist nur das Material, an dem sich die Vernunft des Individuums gleichsam entzünden soll und naturgemäß auch entzünden wird. Seine curriculare Gestalt findet dieser dynamische Bildungsbegriff sowohl in der Institutionalisierung von Erwachsenenbildung als auch in der didaktischen Struktur des Bildungsplans: Wird in den Primärschulen noch allein anhand von Lehrbüchern unterrichtet, da die noch nicht geübten Köpfe der Kinder einer äußeren Anleitung bedürfen, so wird der Einsatz solcher Hilfsmittel auf den folgenden Stufen des Unterrichts schrittweise zurückgenommen zugunsten von Materialien, an denen die Schüler ihre eigenen Erfahrungen machen und selbständig ihr Wissen und ihre Urteilsfähigkeit entwickeln können.

Werden auf diese Weise jedem Individuum die Mittel an die Hand gegeben, seine Freiheit zu verwirklichen, so bedeutet das jedoch nicht, daß alle dies konkret in gleichem Umfange tun könnten. Zwar dürfe »keinem Teil der Bürger der höhere Unterricht verweigert werden«, es sei jedoch unmöglich, ihn »der großen Masse der Individuen zuteil werden zu lassen« (21 f.), weswegen sich auch alle den Primärschulen folgenden Schultypen nur noch an eine kleine, nach oben hin immer geringer werdende Schülerklientel wenden. Condorcet ist sich dieser Ungleichheit sehr wohl bewußt, sieht sie aber als eine unausbleibliche Folge der gesellschaftlich notwendigen funktionalen Arbeitsteilung an. So heißt es über die Absolventen der Institute:

»Die dritte Stufe des Unterrichts gibt denen, die sie durchlaufen, eine wirkliche Überlegenheit, die die Verteilung der gesellschaftlichen Funktionen unvermeidlich macht« (43). Diese funktional bedingte Ungleichheit steht indes für Condorcet nicht im Widerspruch zu seinem Gleichheitspostulat, denn es soll sich nur um unterschiedliche Grade der Teilhabe an einer allen Menschen gleichen Vernunft handeln. Im Sinne Condorcets zu Ende gedacht bedeutet das: Ihr höheres Maß an Einsicht macht die führenden Funktionäre zu Katalysatoren des Vernunftprozesses, denn würden sie ihre Überlegenheit nicht zu diesem Zweck einsetzen, handelten sie gegen ihre natürliche Bestimmung als Vernunftwesen, die wiederum allen Menschen ohne Unterschied zukommt. So führt also die – aus welchen Gründen auch immer – unterschiedlich intensiv genutzte Freiheit zu Ungleichheit, die jedoch im Dienste einer Herbeiführung von Gleichheit stehen soll. So kommt Condorcet zu dem Schluß, daß der höhere Unterricht letztlich »sogar denen nützt, die ihn nicht erhalten« (22).

Unbestreitbar ist Condorcets Konstruktion, in der aus wissenschaftlich fundierter Bildung notwendig politisch und ökonomisch rationales Handeln resultieren soll, sehr gewagt, denn wer oder was bürgt dafür, daß der von seiner Freiheit Gebrauch machende Privateigentümer dies auch im Sinne seiner durch Unterricht entfalteten Sittlichkeit tut, oder daß der politische Funktionär seine intellektuelle Überlegenheit wirklich nur in den Dienst der allgemeinen Vernunftentfaltung stellt? Daß Condorcet sich seiner Sache nicht vollkommen sicher war, lassen relativierende Formulierungen vermuten wie die, daß Unterricht die Folgen der Ungleichheit des Wissens und des Reichtums »mildern« könne (53) oder die, es sei »zu wünschen, daß diese Überlegenheit [der Instituts-Absolventen] eine solche der Vernunft und der wahrhaften Einsicht sei; daß man versuchen soll, gebildete und nicht auf ihren Vorteil bedachte Menschen zu erziehen« (43). Diese latente Skepsis wird jedoch stets von Optimismus überlagert, der sich aus der quasi-metaphysischen Prämisse speist, daß das Potential zur Entfaltung wie zur sinnvollen Beschränkung der Vernunft bereits in der Natur angelegt sei und daß dieses Potential durch das Auffinden und Anwenden der Naturgesetze mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden historisch entbunden werden könne.

Es liegt nahe, aus einer historischen Distanz von 200 Jahren heraus, in denen die Aufklärung ihre Dialektik voll entfaltet hat, Condorcet seinen »unreflektierten, begriffslosen Fortschrittsoptimismus« (Markert 1970, S.33) anzukreiden oder mit etwas weniger scharfer, historisierender Kritik festzustellen: »Die im Begriff der raison liegenden Ambivalenzen lagen seinem Denken ebenso fern wie die Spannungen, die im Begriff der Demokratie enthalten sind« (Schepp 1979, S.169). Diese retrospektive Kritik trifft Condorcet jedoch erst dann, wenn entweder nachgewiesen wird, daß seine Hoffnung schon damals angesichts der objektiven historischen Lage nicht mehr gedeckt war, oder wenn sein Plan selbst Brüche aufweist, die die immanent zunächst widerspruchsfreie, idealistische Konstruktion zum Einsturz bringen.

II

Was Condorcets Unterrichtsplan von den anderen bildungsplanerischen Bemühungen der Revolutionsjahre abhebt und ihn ausgesprochen plausibel erscheinen läßt, ist das exakte Kalkül, das sich am deutlichsten in den Zahlenangaben über die Menge bzw. Verteilung der einzelnen Schultypen niederschlägt. Darin spiegelt sich nicht nur die Denkweise des Mathematikers Condorcet, sondern die Tendenz der gesamten Epoche, die dahin ging, die Wirklichkeit über angewandte Wissenschaft technisch verfügbar zu machen. Dieses zunächst auf die Beherrschung der Natur konzentrierte Streben dehnte Condorcet als erster konsequent auf den gesellschaftlichen Bereich aus: Der in der Natur angelegten, aber von ihr nicht realisierbaren Vernunft sollte durch ein mathematisch kalkuliertes Netz von Bildungsinstitutionen und einen rational geplanten Unterricht zur Entfaltung verholfen werden. Diese rationale Struktur ist in Condorcets Konstruktion die Bedingung der Möglichkeit dafür, daß die Menschen sich in der von der Aufklärung angestrebten Weise zu vernünftigen Individuen bilden können. Die Schule und organisierter Unterricht werden damit konstitutiv für den Aufbau und Erhalt der Gesellschaft; eine vernünftige Gesellschaft erscheint ohne Schule nicht mehr denkbar, und rational geplanter Unterricht wiederum birgt das Versprechen, daß dieses höchste Ziel der Geschichte auch erreicht werden kann.

Gegen diese Argumentation läßt sich systematisch einwenden, daß »die Schule als gesellschaftliche Institution keine autonome Einrichtung bzw. kein gesellschaftlicher Freiraum ist und deshalb auch nicht vernünftiger sein kann als die Gesellschaft, der sie als Institution dient« (Kemper 1990, S. 51), damit bleibt aber die Frage unbeantwortet, auf welchem Wege dann die damals für Condorcet und andere Aufklärer sich auftuende Diskrepanz zwischen einerseits der objektiven Tendenz zur wissenschaftlich-technischen Weltbeherrschung und der damit gegebenen Möglichkeit einer »glückverheißende[n] Revolution in den Gewerben« (36) und andererseits dem noch unvernünftigen Zustand der Gesellschaft und der einzelnen Subjekte hätte behoben werden sollen. Ohne Zweifel hat die Schule im weiteren Verlauf ihrer historischen Entwicklung die ihr von Condorcet zuge dachte Aufgabe nur teilweise und bestenfalls im Einklang mit dem Stand der jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Vernunftentwicklung (nicht aber über sie hinaus) erfüllen können. Dieser erst aus historischer Erfahrung resultierende Einwand widerlegt aber noch nicht den Ansatz eines Bildungsplaners der Französischen Revolution, dessen Konzept die Voraussetzung dafür war, daß diese ernüchternde Erfahrung überhaupt gemacht werden konnte. Condorcets emphatische Funktionszuschreibung an die Schule als Denkfehler zu qualifizieren, wie Kemper es hier tut, führt insofern in die Irre, als die Kriterien der Kritik nachträglich von außen an den Bildungsplan herangetragen, aber nicht immanent entwickelt werden. Zu einer solch immanenten Kritik gibt Condorcets Bildungsplan bei genauerem Hinsehen indes sehr wohl Anlaß. Sie läßt sich aus zwei Passagen heraus entfalten, die offenbaren, daß bereits das Konzept – und nicht erst die spätere schulische Praxis in einer immer noch unvernünftigen Gesellschaft – die Vernunft unterläuft, die es zu befördern behauptet und damit seine eigene Verheißung der Unwahrheit überführt.

Es ist bereits auf die frappierende und widersprüchlich erscheinende Absicht Condorcets hingewiesen worden, eine »tatsächliche Gleichheit« (20) unter den Bürgern

durch ein hierarchisch klar gegliedertes Schulsystem herstellen zu wollen. Der Widerspruch ließ sich jedoch zunächst dadurch auflösen, daß Condorcet jedem Bürger prinzipiell gleiche Chancen des Zugangs zu höherer Bildung ermöglichen wollte und zudem an die durch diese höhere Bildung gesteigerte Einsicht derjenigen glaubte, die das Privileg eines langen Schulbesuchs genießen konnten. Er begnügt sich jedoch nicht mit der Vorgabe der hierarchischen Struktur, sondern legt zudem aus dem Bedürfnis nach einer wissenschaftlich-rationalen Planung der Gesellschaft heraus auch die Menge der für die jeweiligen Bildungsstufen vorzusehenden Schüler fest. Von den Primärschülern sollen nur 10% in die Sekundärschulen wechseln, von diesen wiederum gut 15% in die Institute, die schließlich noch einmal weitere 8% ihrer Schüler an die Lyzeen weitergeben. Die von Condorcet auf Fortschritt festgelegte Gesellschaft wird damit in ein statisches Modell gegossen. Es bleibt zwar dank der Durchlässigkeit formal offen, wer Zugang zu den höheren Bildungsstufen hat, die Anzahl der Auserwählten wird aber zum Zweck einer stabilen funktionalen und damit auch sozialen Hierarchie von vornherein festgelegt. Entscheidend ist nun, daß Condorcet nicht angibt und in der Logik seines Konzepts auch nicht angeben kann, wie die Selektion beim Übergang in die nächst höhere Bildungsinstitution erfolgen soll, denn weder sieht er Prüfungen vor, noch gibt er Kriterien an, anhand derer die Entscheidung über den Aufstieg eines Schülers gefällt werden soll; er fordert allein, daß »Kinder, deren Befähigung auf einer Unterrichtsstufe am meisten hervorgetreten ist, aufgefordert werden [sollen], die nächste Stufe zu durchlaufen« (54). Ausschlaggebend sind somit allein die »Talente« (20) der Individuen, die sich aber unmöglich in vorherbestimmte Mengenangaben pressen lassen.

Die rationale Planungsphantasie gerät an dieser Stelle in einen nicht mehr aufgelösten Widerspruch zu der ebenso rationalen Forderung nach uneingeschränkter Entfaltung des Individuums. Condorcets konsequente Orientierung an der Wissenschaft hätte hier erfordert, daß er vernünftig legitimierbare Kriterien dafür angibt, warum Schüler X der Übergang in die jeweils höhere Schulform gewährt wird, Schüler Y aber nicht oder zugespitzt: Der radikal individualistisch und liberal denkende Condorcet dekretiert hier indirekt, daß grundsätzlich 90% der Bevölkerung das »Talent« fehlt, sich über das elementare Bildungsniveau zu erheben und damit ihre Freiheit konkret gesellschaftlich zu entfalten. Vielleicht hat er geahnt, daß an dieser Nahtstelle, wo der Individualitätsanspruch des Individuums mit der »[unvermeidlichen] Verteilung der gesellschaftlichen Funktionen« (43) schulisch vermittelt werden muß, sein Konzept brüchig wird. Ansonsten wäre es schwer zu erklären, warum der zum Teil bis ins Detail rational durchstrukturierte Unterrichtsplan gerade diese entscheidende Frage offen läßt. Pragmatisch beantwortet wurde sie gut ein Jahrzehnt später durch das bonapartistische Schulverwaltungssystem mit der Einführung des concours, der spezifisch französischen Form der Aufnahmeprüfung, mit der nach der Primarstufe der Zugang zu allen weiteren Bildungsinstitutionen geregelt wurde und die es den neuen bürgerlichen Eliten ermöglichte, streng selektiv ihre soziale Reproduktion zu sichern. Die bei Condorcet der Wissenschaft, verkörpert durch die Nationale Akademie, vorbehalten und für Vernunft bürgende Kontrolle des Bildungssystems ging in die Hände des zentralistischen Staates über, der in erster Linie die Interessen der Elite verwaltete. Gegen seine erklärten politischen Absichten hat Condorcet mit seinem rigiden Planungs-

modell dem zentralistischen Staat und der von ihm wahrgenommenen Aufgabe der Durchsetzung von Partikularinteressen im Bildungsbereich Vorschub geleistet.

Neben diesem Widerspruch in der institutionellen Konzeption des Schulsystems taucht ein weiterer in Condorcets Bildungsbegriff auf. Er ist markanter als der erstgenannte, weil er vom Autor selbst offengelegt – wenn auch nicht als solcher benannt – wird und weil an ihm die für Condorcets Utopie entscheidende Einheit von Bildung und Vernunft zerbricht. Der Widerspruch erwächst aus einer Erkenntnis, die in dem von Wissenschaftsgläubigkeit und Fortschrittsoptimismus durchzogenen Text zunächst irritiert: »... in dem Maße, wie die Manufakturen sich vervollkommen, teilen sich ihre Arbeitsvorgänge immer weiter auf und tendieren unaufhörlich darauf hin, jedem Individuum nur eine rein mechanische und auf wenige einfache Bewegungen beschränkte Arbeit zuzuweisen; der Mensch führt diese Arbeit zwar besser und schneller aus, aber allein aus Gewohnheit, während sein Geist fast völlig aufhört, tätig zu sein«. Hellsichtig erkennt Condorcet bereits die verheerenden Folgen des in Frankreich noch an seinem Anfang stehenden Industrialisierungsprozesses für die, die diesem Prozeß als Maschinenanhängsel unterworfen sind. Auch ist er sich bewußt, daß damit der technisch sich konkretisierende Fortschritt den humanen Fortschritt für einen Teil der Menschheit verhindert: »So würde die Vervollkommnung der mechanischen Künste für einen Teil des Menschengeschlechts zu einer Ursache des Stumpfsinns werden, sie würde in jeder Nation eine Menschenklasse entstehen lassen, die nicht imstande wäre, sich über die größten Interessen zu erheben«. Es gibt jedoch für Condorcet einen Weg, diese moralisch unhaltbaren und politisch gefährlichen Folgen der gleichwohl von ihm als notwendig hingegenommenen Entwicklung zu verhindern: »... sie [die Vervollkommnung der mechanischen Künste] würde sowohl eine erniedrigende Ungleichheit einführen, als auch zu einer Quelle gefährlicher Unruhen werden, wenn nicht ein umfassender Unterricht den Individuen dieser Klasse ein Hilfsmittel gegen die unausbleibliche Folge der Monotonie ihrer alltäglichen Beschäftigung anböte« (30 f.).

Bis zu einem gewissen Grad nimmt Condorcet in dieser Passage mit seiner Analyse der Industrialisierung und seiner zumindest vagen Ahnung der Klassenkämpfe des 19. Jahrhunderts Marx vorweg, unterscheidet sich aber von diesem insofern, als die inkriminierten Folgen der Mechanisierung ihm »unausweichlich« erscheinen, denn sie steht für die »glückverheißende Revolution in den Gewerben« (36) und ist damit der materielle Garant für den allgemeinen Wohlstand der angestrebten Vernunftgesellschaft. Daß die Mechanisierung weniger das Instrument einer sich notwendig entfaltenden Vernunft, sondern mehr – in der Form von Privateigentum – dasjenige partikularer Profitinteressen war, hat Condorcet entweder nicht erkannt oder zumindest ausgeblendet.

Einer der wenigen Texte, die sich eingehender kritisch mit Condorcet auseinandersetzen, kommt mit Bezug auf die zitierte Passage zu dem Verdikt: »Erziehung als Prinzip massenhafter Aufklärung regrediert somit zum liberalen Kompensationsphänomen« (Markert 1970, S.33). Abgesehen davon, daß es Condorcet, wie eingangs dargestellt, weit eher um Bildung (instruction) als um Erziehung (éducation) ging – was im pädagogischen Diskurs der Revolution einen erheblichen Unterschied ausmachte –, trifft dieses Urteil zu, denn abweichend von seinen ansonsten empha-

tischen Ausführungen zum Unterricht und dessen Bedeutung für die Entfaltung der Vernunft spricht Condorcet hier nur noch von einem »Hilfsmittel« gegen die objektive Misere der abstumpfenden Arbeitsbedingungen, womit Bildung und ihre Institutionen auf eine quasi-therapeutische Funktion für die notwendig beschädigten Individuen reduziert werden.

Es bleibt aber nicht bei dieser kompensatorischen Zweckbestimmung; die durch allwöchentliche Erwachsenenbildung geförderte »Wißbegierde« sei darüber hinaus, gewissermaßen als heilsamer Gegenpol zum verdummenden Broterwerb, auch ein Weg, die »Freude an der Arbeit wach[zu]halten« (31f.). An dieser Stelle zerbricht die Einheit von Condorcets Bildungs- und damit auch Vernunftbegriff, denn entweder treibt die Bildung gleichsam als Agentin einer natürlichen Vernunft diese voran und so die Individuen über die als erniedrigend und damit unvernünftig qualifizierten Verhältnisse hinaus oder aber sie dient der Einpassung in diese unvernünftigen Verhältnisse und damit deren Fortbestand. Gilt der von Condorcet beispielhaft formulierte praktisch-emanzipatorische Gehalt der Bildung nur für eine Minderheit, während er die Mehrheit an ihrer Emanzipation hindern soll, dient er nur noch der Entfaltung einer instrumentell halbierten Vernunft, aber nicht mehr der Humanisierung, die von Condorcet als höchstes Ziel der Bildung angegeben worden war. Entscheidend ist, daß Condorcet hier nicht einfach Bildung idealistisch überhöht und in unvermittelten Widerspruch zur Praxis bringt, sondern daß er den von ihm selbst entfalteteten emanzipatorischen Bildungsbegriff an dieser Stelle ausdrücklich zurücknimmt und ihn als eine Art bloßes Sedativ für den Fortbestand einer unvernünftigen Praxis instrumentalisiert. Damit aber wird die Möglichkeit einer durch Unterricht herbeigeführten vernünftigen Gesellschaft ad absurdum geführt, denn die Bildung kann nicht der Aufhebung von Herrschaft und zugleich der Aufrechterhaltung ihrer krudesten Formen dienen.

Vollends in Ideologie geht der Bildungsbegriff schließlich dort über, wo sein befreiender Charakter noch gegen die objektive Unfreiheit postuliert wird: »... die angebliche Trägheit des Geistes, die nur aus der Unterjochung und Erniedrigung hervorgegangen ist, wird bald verschwinden, wenn freie Menschen bei sich selbst die Mittel finden werden, die letzte und schändlichste ihrer Ketten zu zerbrechen« (32). Daß mit der »schändlichsten Kette« nicht etwa die inhumanen und bildungsfeindlichen Arbeitsbedingungen gemeint sind, sondern die »Trägheit des Geistes«, geht aus einer Anmerkung hervor, in der Condorcet die »grobe Gewohnheit« geißelt, »in Zeiten der Ruhe der Langeweile entfliehen zu wollen, es aber nur durch Sinnesreize, nicht durch Gedanken zu können«, was zu einem »unmäßige[n] Verbrauch von Getränken oder berausenden Drogen« führe (32). Damit wird die von Condorcet als universell gemeinte Freiheit zu einer nur noch subjektiven und auf die geistige Sphäre reduzierten. Zugleich bietet dieser verkürzte Bildungsbegriff die Möglichkeit, Unfreiheit als vom Individuum allein zu verantwortendes, gleichsam sittliches Stigma auszugeben, hinter dem die objektiven Ursachen der Unfreiheit unangreifbar fortbestehen können.

III

Ungeachtet der hier aufgezeigten Widersprüche »bildet das von Condorcet entworfene ›aufgeklärte‹ Grundmodell für ein öffentliches Unterrichtswesen nicht nur für die Zeit der Französischen Revolution, sondern bis auf den heutigen Tag den ursprünglichen Bezugsrahmen für die Schulsysteme der modernen Industrienationen« (Schepp 1979, S. 160). Für diese herausragende Stellung lassen sich zahlreiche Gründe angeben. Zunächst ist Condorcets Plan von der untersten bis zur obersten Stufe des Bildungssystems didaktisch und inhaltlich kohärent durchstrukturiert, sowohl bezogen auf die intellektuelle Entwicklung des Lernenden als auch auf die unterschiedlichen Anforderungen der arbeitsteiligen Gesellschaft. Die für die Gestaltung heutiger Oberstufencurricula maßgebliche Formel »Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung« hat hier ihren Ursprung. Weiterhin kann Condorcets Plan wegen seiner Durchlässigkeit und Kostenfreiheit und der damit ermöglichten Chancengleichheit im Bildungssektor als Vorbild zumindest für die demokratisch motivierten Schulpläne späterer Epochen angesehen werden. In mancher Hinsicht weist Condorcet sogar immer noch über viele der heute gültigen Lehrpläne hinaus, wie z.B. darin, daß er konsequent alle Lerninhalte an der Wissenschaft und am Erwerb dessen orientiert, was heute »Methodenkompetenz« genannt wird. Erwähnt sei schließlich auch das sehr offene und demokratische System der Selbstkontrolle, das sich allein an den Kriterien der Wissenschaft zu orientieren hat und ansonsten keinerlei politischen oder administrativen Vorgaben unterworfen ist.

Seinen Modellcharakter für spätere Pläne und seine meist positive Rezeption dürfte Condorcets Plan jedoch vor allem der Tatsache verdanken, daß es ihm gelang, sein rational kalkuliertes Schulsystem mit einem geschichtsphilosophisch begründeten Fortschrittsoptimismus zu verknüpfen und damit den Anspruch der Pädagogik auf gesellschaftliche Durchsetzung des bürgerlichen Vernunftbegriffs zu legitimieren. Daß dieser Anspruch bis heute unter Berufung auf Condorcet fortbesteht, geht exemplarisch aus folgender Quintessenz hervor: »Condorcet und Lepeletier ... suchten nach einer Schulstruktur, die ihrem für ihre Zeit neuen, demokratischen Gesellschaftsverständnis gerecht wurde und die einzelnen in den Stand setzen sollte, ihre individuellen, rechtlich begründeten Ansprüche auf Freiheit und Gleichheit auszuschnöpfen, um des Bestands und der Fortentwicklung der Gesellschaft und um der Realisierung des individuellen Glücks willen. Diese Anliegen sind nicht obsolet geworden. Und es fragt sich, ob diese Autoren uns nicht auch für unsere gegenwärtigen Aufgaben von ›Humanisierung und Demokratisierung‹ (*Klafki* [Kursivsetzung im Original]) der Schule im Zuge der notwendigen inneren Schulreform Anregung geben können« (Stübiger 1989, S. 113). Offen bleibt bei dieser Rezeption allerdings die Frage, warum die Pädagogik ihre Verwirklichung versäumt hat, also warum sie bisher nicht in der Lage war, Condorcets Forderungen obsolet zu machen. Die Antwort darauf läßt sich zum Teil bei Condorcet selbst finden, der insofern – malgré lui – aufklärender ist als manche, die ihn als Klassiker feiern, um den ihre Praxis charakterisierenden Widerspruch zwischen Norm und Funktion durch das Wiederholen der seit 200 Jahren bestehenden Postulate zu verdecken und die Praxis damit zu idealisieren.

Dieser Widerspruch zwischen gesellschaftlich gesetzter und von der Pädagogik zueigen gemachter Norm und der objektiven Funktion der Pädagogik für das System

der sozialen und ökonomischen Reproduktion tritt in Condorcets Unterrichtsplan bei aller Emphase noch ebenso unverblümt zum Vorschein wie die Tatsache, daß unter diesen Bedingungen eine reale Versöhnung zwischen den Ansprüchen aller Individuen auf freie Entfaltung einerseits und den Integrationsforderungen der Gesellschaft andererseits durch Unterricht letztlich nicht möglich ist. Darin in erster Linie liegt seine Bedeutung für alle spätere Bildungsplanung. In gewisser Weise aufgeklärter als sein aufklärerischer Optimismus es vermuten ließe, führt Condorcet argumentativ überzeugend dreierlei vor Augen. Zunächst, daß das pädagogische Ideal eines über Bildung zu sich selbst als Vernunftwesen kommenden Subjekts und damit die Utopie einer Gesellschaft der Freien und Gleichen sich an einer Praxis brechen muß, in der die Unfreiheit der Mehrheit Bedingung für die Freiheit der Minderheit ist. Weiterhin macht sein Unterrichtsplan deutlich, daß Bildung die Funktion hat, die Praxis, die der pädagogischen Norm einer über vernünftige Individuen zur Vernunft kommenden Gesellschaft widerspricht, auf Dauer zu stellen. Drittens schließlich zeigt er, daß dieser Widerspruch für die zu jener Zeit in Frankreich zur ökonomischen Herrschaft gelangende bürgerliche Gesellschaft konstitutiv ist. Dem relativen historischen Recht, mit dem die technische Rationalität sich wirtschaftlich gegen das Ancien régime durchzusetzen begann, konnte praktisch nur dadurch Geltung verschafft werden, daß das politische Vernunftideal preisgegeben wurde, mit dem die Bourgeoisie als selbsternannte Vertreterin der Menschheit ihre moralische Überlegenheit über den Absolutismus begründete.

Condorcets Bildungsplan ermöglichte es, das politische Aufbrechen dieses Widerspruchs zu verhindern und damit sowohl die politische Legitimation des Staates als Wächter des Bildungswesens und damit der (formalen) Gleichheit, als auch die moralische Legitimation des Bürgertums als des gesellschaftlichen Statthalters der Vernunft zu sichern. Insofern erweist sich Condorcet als dialektischer Klassiker, der eine ungeheure pädagogische Phantasie freisetzte und diese zugleich gegen seine expliziten Absichten als Ideologie entlarvte. Er war einerseits dem später als naiv qualifizierten Fortschrittsoptimismus verpflichtet, wies aber andererseits in der Konsequenz seiner Argumentation über diesen hinaus.

Anmerkungen

- 1 Dt.: Bericht und Entwurf einer Verordnung über die allgemeine Organisation des öffentlichen Unterrichtswesens, mit einer Einleitung von Heinz-Hermann Schepp, Weinheim 1966.
- 2 Jules Ferry, der Begründer des republikanischen Primar- und Sekundarschulwesens in Frankreich, lehnt sich, zumindest was Organisation und Struktur seines Bildungsplanes angeht, stark an Condorcet an, und auch in Deutschland setzt zur Zeit der Bildungsreform eine verstärkte Rezeption der revolutionären Bildungspläne, v.a. desjenigen von Condorcet ein, der in der Gesamtschuldebatte als historisches Vorbild herangezogen wurde (vgl. dazu Drechsel 1969, Langer 1976 und Stübiger 1989).
- 3 Dt.: Entwurf einer historischen Darstellung der Fortschritte des menschlichen Geistes, herausgegeben von Wilhelm Alff, Frankfurt 1976. Die im folgenden in Klammern angeführten Seitenzahlen beziehen sich auf die deutsche Ausgabe.
- 4 Die im folgenden in Klammern angeführten Seitenzahlen beziehen sich auf die in Anm. 1 zitierte deutsche Ausgabe des Bildungsplans.

Literatur

- Condorcet: Bericht und Entwurf einer Verordnung über die allgemeine Organisation des öffentlichen Unterrichtswesens, mit einer Einleitung von Heinz-Hermann Schepp, Weinheim 1966.
- Condorcet: Entwurf einer historischen Darstellung der Fortschritte des menschlichen Geistes, herausgegeben von Wilhelm Alff, Frankfurt 1976.
- Drechsel, Wiltrud Ulrike: Erziehung und Schule in der Französischen Revolution, Frankfurt 1969.
- Harten, Hans-Christian: Pädagogische Eschatologie und Utopie in der Französischen Revolution. In: Ulrich Herrmann/Jürgen Oelkers (Hrsg.), *Französische Revolution und Pädagogik der Moderne*. Zeitschrift für Pädagogik, 24. Beiheft, Weinheim und Basel 1989, S.117–132.
- Hunt, Lynn: *Symbole der Macht – Macht der Symbole*. Die Französische Revolution und der Entwurf einer politischen Kultur, Frankfurt 1989.
- Kemper, Herwart: *Schule und bürgerliche Gesellschaft*. Zur Theorie und Geschichte der Schulreform von der Aufklärung bis zur Gegenwart, Teil I, Weinheim 1990.
- Markert, Werner: *Dialektik des bürgerlichen Bildungsbegriffes*. In: Johannes Beck u.a.: *Erziehung in der Klassengesellschaft*, München 1970, S.17–51.
- Muchembled, Robert: *Société, cultures et mentalités dans la France moderne*, Paris 1990.
- Schepp, Heinz-Hermann: *Antoine de Condorcet (1743–1794)*. In: Hans Scheuerl (Hrsg.): *Klassiker der Pädagogik*. Erster Band. Von Erasmus von Rotterdam bis Herbert Spencer, München 1979, S.159–169.
- Stübiger, Frauke: *Condorcet und Lepeletier – Der Beitrag der Französischen Revolutionspädagogik zur Schulreform heute*. In: *Die Deutsche Schule* 81 (1989), S.103–116.

Michael Franke/Andreas Gruschka

Didaktische Bilder als Bilder der Didaktik

I

Was Unterricht und Didaktik charakterisiert, ist einerseits selbstverständlich und andererseits trotz aller wissenschaftlichen Anstrengungen mysteriös geblieben. Das besondere soziale, inhaltliche und zeitliche Setting, das didaktisches Handeln im Unterricht konstituiert, haben wir alle so intensiv erlebt, daß wir es sofort wiedererkennen, wenn es uns begegnet. Der Unterschied zwischen der Alltagskommunikation, wenn z.B. jemand auf der Straße einen anderen etwas fragt, und der besonderen didaktischen Absicht des Unterrichts wird schnell deutlich: Ein Erwachsener, der ein Kind fragt, wieviel 3 mal 3 seien, will entweder testen, ob das Kind die Lösung kennt, oder will sie ihm beibringen. Es erscheint uns selbstverständlich, daß er eine Frage stellt, auf die er die Antwort schon weiß. Wir müßten sonst annehmen, daß er geistig zurückgeblieben sei oder sich für die philosophischen Grundlagen der Mathematik interessiere.

So treffsicher Laien ein Handeln identifizieren können, das didaktisch geprägt ist, so schwer fällt es den Theoretikern der Didaktik, ihren Gegenstand zu bestimmen. Das gilt für die deskriptive und erst recht für die analytische Dimension der Didaktik. Deutliche Erkenntnisfortschritte sind die Ausnahme geblieben, vor allem haben sie wenig an der Art geändert, in der bis heute Hochschullehrer angehenden Lehrern erklären, was Didaktik sei.

Das hängt unter anderem mit der doppelten und in der Regel unentschiedenen Perspektive der theoretisierenden Didaktiker zusammen: Sie wollen erklären, was im Unterricht immer schon geschieht, und zugleich sagen, was geschehen soll, damit Unterricht gelingt. Mit didaktischer Theorie soll die Vermittlung wirkungsvoller und ansprechender werden. Aber sind die Theorien so aufgebaut, daß sie das wirklich leisten können?

In den bis heute weit verbreiteten Modellen wird den angehenden Lehrern erklärt, wie wichtig z.B. die Berücksichtigung von »anthropogenen Voraussetzungen der Schüler« ist. Nur so sei zu gewährleisten, daß der Unterricht die Schüler weder über- noch unterfordere. Aber was das empirisch sachhaltig bedeutet und wie Lehrer es herausbekommen könnten, damit die Kinder lernen, was sie lernen sollen, darüber schweigt sich die Didaktik weitgehend aus. Mit dem wachsenden Berufswissen, der Erfahrung, was geht und was nicht geht, soll diese Lücke geschlossen werden.

Von der Doppelung der Zugriffsweise auf ihren Gegenstand, nämlich mitzuteilen, was Didaktik als eigenes Feld der Praxis der Erziehung und Bildung ist und was Unterricht dank Didaktik sein soll, leben noch fast alle »Theorien und Modelle der Didaktik«. Doppelung heißt hier nicht, daß ihr Ausgangspunkt und ihr erreichter Zielpunkt wirklich eine Praxis (begriffen als Modelle des Handelns) und eine

Theorie (der Erklärung dieser Praxis) wären. Zunächst geht es in didaktischen Modellen durchweg um etwas anderes, nämlich um die den Anfängern unterstellte Not, sie wüßten nicht, was sie tun sollen, wenn sie erstmals vor einer Klasse stehen. Deswegen sollen sie lernen, nach einem der »didaktischen Modelle« Unterricht zu planen. Sie sollen die Planungsdimensionen des vorgegebenen Modells an konkreten Gegenständen ausformulieren, um mit ihrem »Entwurf« dem Ausbilder zu beweisen, daß sie ihre Probestunde didaktisch sinnvoll geplant haben. Der Stundenentwurf freilich muß noch nicht viel darüber aussagen, mit welchen didaktischen Mitteln der Unterricht tatsächlich gehalten wird. Wenn sich die Aufregung des Referendars vor der Klasse und dem Ausbilder erst einmal gelegt hat, dann geht alles – soweit die Schüler mitspielen – auch ohne die angedienten »didaktischen Modelle«, allerdings deswegen nicht ohne Didaktik. Die Irrelevanz der »Modelle« für die reale Unterrichtspraxis bedeutet nicht, daß in der Praxis keine Modelle der Didaktik wirksam wären. Es handelt sich bei ihnen um höchst variantenreiche, von den einzelnen Lehrern konstruierte Regelsysteme, die ihr Unterrichtshandeln konstituieren. Darüber ist mehr in der belletristischen Literatur zu erfahren als in der didaktischen.

Varianten des konzentrischen Lehrgangsmodells

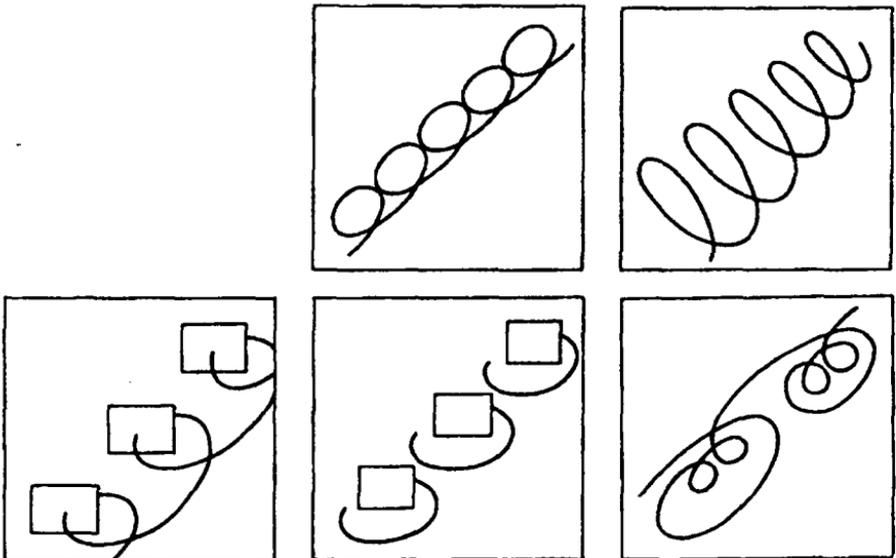


Abb. 1

Die Didaktiker trösten sich über die eigene Wirkungslosigkeit damit, daß ohne klare Ziele, abgegrenzte Inhalte und motivierende Methoden, ohne die Berücksichtigung der Voraussetzungen der Kinder und der Schulklasse kein professioneller Unterricht stattfinden könne. Ein Lehrer, der diese Ingredienzien seines Geschäfts ignorierte, so hoffen sie, brächte keinen Unterricht zustande. Lehrer wie Schüler wissen dagegen,

daß Unterricht auch mit diffusen Zielen, unverständenen Inhalten und schlechten Methoden gehalten werden kann.

Wie wäre darauf in der didaktischen Theorie zu reagieren: mit der Unterscheidung in guten, weil didaktisch geplanten und schlechten, weil didaktisch nicht geplanten Unterricht? Aber wo fände jenseits der Muster von Planungsstunden und der Praxis der begnadeten Vermittler, die gar nicht planen, aber hinreißend motivieren, klar darstellen und wissen, was sie wollen, dann noch Didaktik statt? Auch der schlechte Lehrer handelt didaktisch! Soll man darauf leidenschaftslos reagieren und feststellen, daß Didaktik immer wirksam ist, wenn jemand in pädagogischer Absicht gegenüber anderen auftritt, egal was er tut und bewirkt?

Der Hinweis, daß alles, was in probaten Modellen als Faktoren auftaucht, auch in der Realität von Unterricht irgendwie wirkt, taugt nur zur Beendigung der Diskussion, nicht aber als theoretische Aussage, wenn Didaktik als Theorie irgend etwas erklären soll.

Geht man bei der theoretischen Bestimmung von Didaktik nicht von dem legitimen Anspruch auf didaktische Klempnerei aus, also den methodischen Problemen des ganz und gar handfesten »Beybringens« (wie es bei Jürgen Henningsen einmal hieß) und nicht primär von den Fragen des dafür notwendig werdenden Motivierens von Kindern, ihrer Bewertung und Disziplinierung, so stellt sich die Frage, was denn die Grundlagen des Unterrichts sind, nicht bloß seine Modelle.

II

Die Didaktiker wollen sagen, was wie wem zu vermitteln ist. Sie betreiben dieses Geschäft in dem Maße ohne Skrupel, wie sie ihre Ware unbestimmt lassen, d.h. wie sie letztlich daran desinteressiert sind zu klären, was das ist, was sie vermitteln wollen, und wie Schüler sich den Inhalt aneignen könnten. Statt dessen konstruieren sie ihr eigenes Drittes: den Lerngegenstand in immer neuen Variationen; mittels Lektionen, Lehrwerken, Arbeitsblättern etc. Im Unterricht geht es um konkrete Lerngegenstände; deren Voraussetzungen fallen nur selten auf. Ähnlich steht es – und das ist ärgerlich – um die theoretische Literatur: Statt zu klären, was Didaktik als Theorie der Vermittlung ist, wird die Sache selbst durch Didaktik substituiert, zunächst durch Vorschläge zur Vermittlung der Vermittlungsaufgabe, jene »Theorien und Modelle«. Wenn sich Didaktiker darum bemühen, anderen zu erklären, was Didaktik sei, gilt, daß die zu vermittelnde Sache nicht klar bestimmt sein muß. Wenig Bedeutung hat sodann die Brechung der angedienten Vorstellungen über Didaktik in den Gedanken, die sich die angehenden Pädagogen von Didaktik bereits gemacht haben. Kein Wunder, daß es dann zusätzlich zur Konfusion in der Sache zu Kommunikationsproblemen zwischen Theoretikern und Praktikern kommt. Über die fehlende Klarheit sollen didaktische Hilfskonstruktionen hinweghelfen. Viele Didaktiker erliegen so der Verführung, die theoretische Bestimmung ihres Gegenstandes bereits selbst mit didaktischen Mitteln in Angriff zu nehmen. Statt analytisch genauer zu bezeichnen, wie Lehren stattfindet und wie darauf bezogen Lernen gefördert werden kann, was wie selbstverständlich die Frage danach impliziert, warum beides nicht funktioniert und dennoch Didaktik stattfindet, wird das letztlich Unbegriffene in einer Zeichnung dar-

geboten. Wolfgang Memmert hat einmal ein ganzes Buch mit solchen Zeichnungen gefüllt (1991).

Jedem Referendar sind diese Schemata vertraut, z.B. die didaktischen Spiralen, die anschaulich machen sollen, daß es beim Lehren in Wiederholungen aufwärts geht und dabei der Lernprozeß immer mehr Bildungsstoff auf jeweils höherem Niveau aufgreift. So bebildert die Didaktik das unbegriffene Phänomen eines Bildungsganges. Wie turbulent es dabei zugeht, zeigte in unfreiwillig komischer Art Gerhart Neuner, der Lehrgangsregler der ehemaligen DDR (Abb. 1).

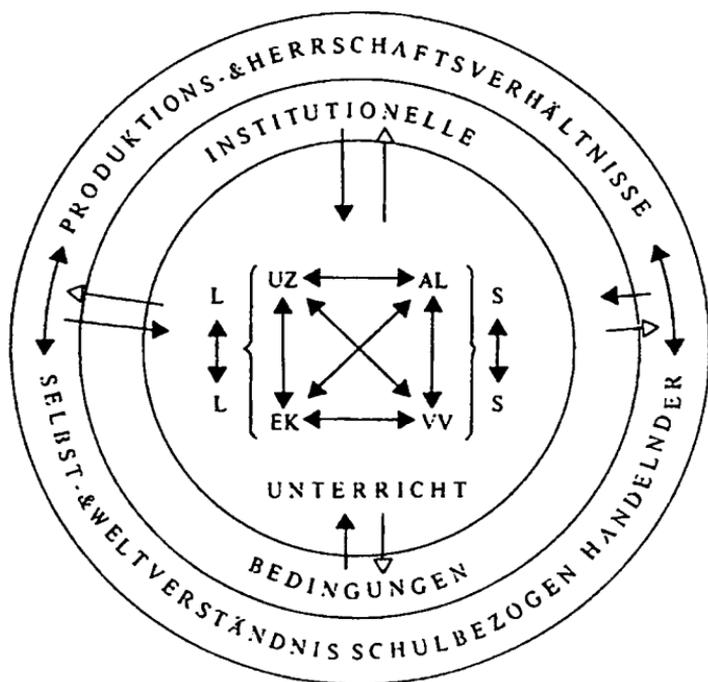
Im Text findet sich keine Erläuterung, mit deren Hilfe sich konkrete Typen realer Bildungsgänge auf die jeweiligen Spiralen beziehen ließen. »Irgendwie« soll das Schaubild irgend etwas assoziativ veranschaulichen.

Konkreter auf die Unterrichtsebene beziehen sich viele der Kästchen mit Kreisen. Mit den entsprechenden Zeichnungen sollen möglichst alle Faktoren des Unterrichts dargestellt werden: innen und außen und miteinander verschränkt. Damit nichts Falsches über die Beziehungen der Faktoren untereinander postuliert wird, stellt man sicherheitshalber fest: Alles hängt mit allem zusammen! Womit jeder Zusammenhang angesprochen und nichts sachhaltig Bestimmtes über den Unterricht ausgesagt wird. Die Zeichnungen sind in der Regel didaktisch wirksam, indem mit ihnen erfolgreich das Verständnis von Unverstandenen vorgegaukelt werden kann. Im Seminar der Universität oder der zweiten Phase der Ausbildung kann man dann je nach Lage eine gute Note bekommen für eine wortreiche, aber leerformelhafte Erklärung der Aspekte und ihres Zusammenhangs, ohne über diesen wirklich etwas aussagen zu müssen, oder für eine Substanz vortäuschende Kritik an fehlplazierten Pfeilen oder unterlassenen Differenzierungen. Zu solchen Scheindebatten reizt etwa das Schema von Wolfgang Schulz (Abb. 2).

Im folgenden soll die wohl denkbar schlichteste Variante dieser Form der didaktischen Veranschaulichung des theoretisch anhaltend Unbekannten untersucht werden, das didaktische Dreieck.

Dieses ist so einfach aufgebaut, wie die Sache es praktisch nie ist, und doch hat es den Charme eines (Ur)Grundmodells. Es kommt mit drei Elementen aus: Schüler, Lehrer, Unterrichtsgegenstand. Es macht kenntlich, daß es Didaktik mit einem Dritten zwischen Schüler und Lehrer zu tun hat. Didaktik läßt sich so in einer geometrischen Form darstellen, die an Schönheit und Geschlossenheit und symbolisch aufgeladenem Gehalt schwer zu überbieten ist: Das Dreieck symbolisiert immerhin auch die Dreieinigkeit Gottes. Von der Erhabenheit dieses Symbols soll wohl etwas auf das didaktische Dreieck abfärben. Aber wie die Trinität löst sich auch das didaktische Dreieck bei kritischer Betrachtung in nichts auf, denn es benennt lediglich die gegenseitige Beziehung der drei Faktoren. Triviale Zusammenhänge werden nur für den bedeutungsvoll, der an der Sache selbst wenig interessiert ist. Umso bemerkenswerter ist es, daß Dreiecke im wissenschaftlichen Diskurs einen anhaltenden Erfolg haben. Generationen von Studenten wurde etwa die Funktionsweise der Kommunikation mit dem Modell eines Kommunikationsdreiecks erklärt: mit Sender, Empfänger und Botschaft, es wurde kodiert und dekodiert, ebenso wie es im Unterricht geschieht.

Jürgen Diederich hat unter den Didaktikern wohl den größten Spaß an den Trivialitäten des Geschäfts. So ist nicht verwunderlich, daß auch er sich darum bemühte,



L = Lehrer als Partner unter-
S = Schüler richtsbezogener
Planung

VV = Vermittlungsvariablen wie Metho-
den, Medien, schulorganisatori-
sche Hilfen

UZ = Unterrichtsziele: Inten-
tionen und Themen

EK = Erfolgskontrolle: Selbstkontrolle
der Schüler und Lehrer

AL = Ausgangslage der Lernenden
und Lehrenden

Abb. 2

mit dem didaktischen Dreieck zu arbeiten, es zu interpretieren, d.h. zu untersuchen, was in der Variation der geometrischen Grundform an möglichen Einsichten über Didaktik steckt (Abb. 3).

Welche Einsichten verdankt Diederich seiner Dreiecks-Variation?

»Das didaktische Dreieck ist eine grafische Darstellung des Sachverhalts, daß es im Unterricht immer um etwas ›Drittes‹ geht. Es gibt außer den Schülern (S) und dem Lehrer (L) den Stoff oder die Sache; ich sage ›Gegenstand‹ (G), weil der Gegenstand auch Beziehungen zwischen Schülern oder S und L sein können (Bild 1a).

Für ›wissenschaftsorientierten Unterricht‹ müßte man statt dessen Bild 1b nehmen und damit ausdrücken, daß der Gegenstand oberhalb dessen, was Lehrer und Schüler tun, angesiedelt, vielleicht ein Kulturgut ist, dem beide mit Ehrfurcht, wenigstens mit Respekt zu begegnen haben.

In Schulkritik geübte Leute, wie es z.B. Schüler sind, würden hingegen Bild 1c

zeichnen, um damit zu sagen, wie die Schüler unter beidem leiden, Lehrern und Gegenständen (zu großem Leid paßt besser Bild 4b).

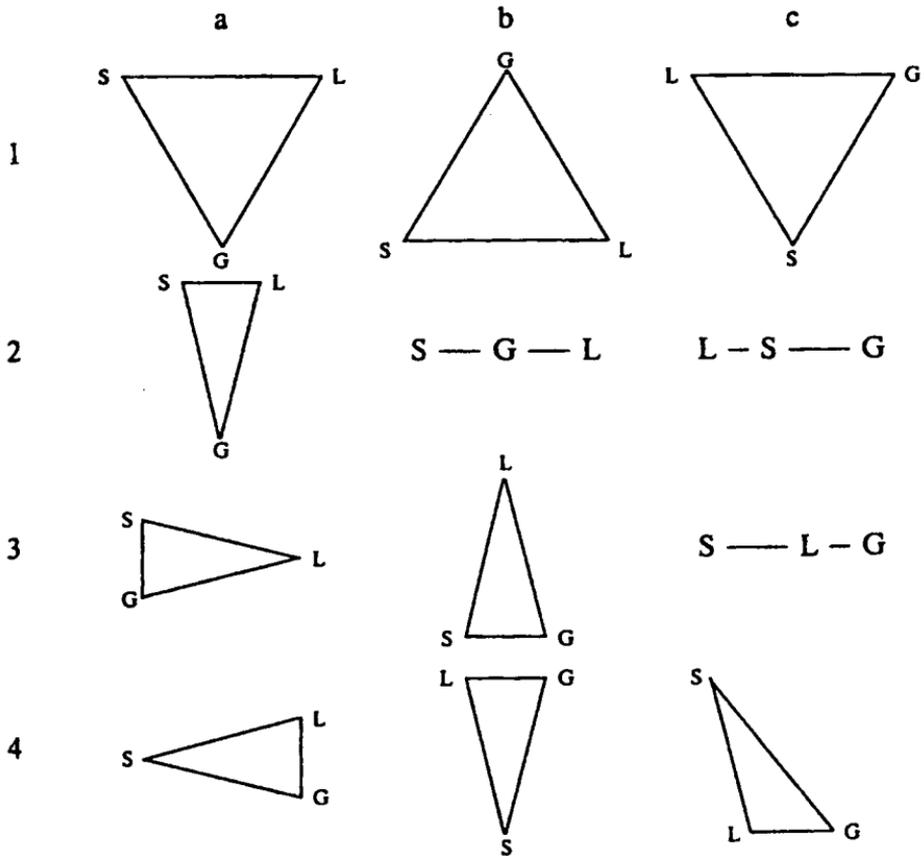


Abb. 3

Im nächsten Schritt nutze ich aus, daß Dreiecke nicht gleichseitig sein müssen. So entsteht Bild 2a: Schüler und Lehrer betrachten einen Gegenstand, ein Bild, einen Film, unterhalten sich über den Gegenstand, gleichberechtigt (wenn man beachtet, daß S und L auf der gleichen Ebene stehen).

Darunter steht zum Vergleich Bild 3a: Die Schüler untersuchen einen Gegenstand, und der Lehrer beobachtet sie dabei, verfolgt den Lernprozeß.

Bild 4a illustriert z.B. eine Vorlesung an der Universität. Der Professor traktiert einen Gegenstand, und die Studenten beobachten ihn dabei. In den letzten beiden Fällen habe ich das Beobachten dadurch ausgedrückt, daß es von der Seite aus geschieht. Es gibt auch den Fall 3b (der Lehrer beaufsichtigt eine Klassenarbeit) oder

den Fall 4b (Schüler oder Studenten staunen, wie Lehrer und Professoren mit Gegenständen zaubern) und den Fall 4c (Studenten amüsieren sich darüber, wie der Professor mit dem Gegenstand ringt).

Dreiecke können auch stumpfwinklig sein, im Extremfall fast in eine Linie übergehen. Daraus entstehen Bilder wie 2b (Schüler und Lehrer streiten über den Gegenstand) oder vorsichtiger (Schüler und Lehrer betrachten den Gegenstand aus gegensätzlicher Perspektive). Manchmal wird daraus 2c: Schüler und Lehrer streiten sich, aber keiner weiß mehr genau, worüber. Häufiger ist eine andere Anomalie, Bild 3c: Der Lehrer verdeckt den Schülern den Gegenstand, er läßt sie nicht an die Sache, die Schüler erfahren etwas über den Gegenstand nur durch den Lehrer.

Mit der Größe der Winkel und der Seiten und der Lage des Dreiecks (relativ zum unteren Rand der Buchseite oder der Tafel) läßt sich ein Großteil der Vielfalt des Unterrichts in jeweils ein Bild bringen (ikonisch), das einen Abschnitt des Unterrichts (analog) darstellt. Man kann dann (digital und symbolisch) gut über die Interpretationen des beobachteten Unterrichts streiten« (Diederich 1988, S. 256 f.).

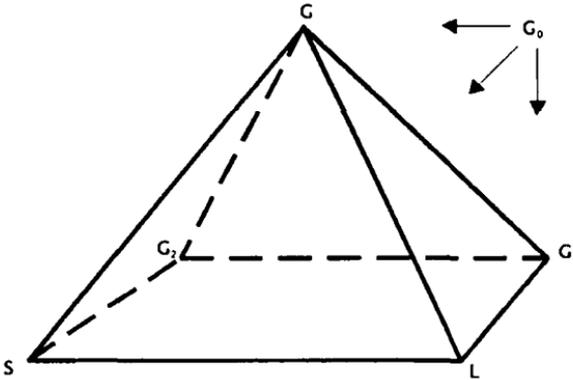
Diederichs Spielerei findet sich am Ende seiner Einführung in »Didaktisches Denken«. Ist dies sein Beitrag zur Förderung der Streitkultur zwischen Wissenschaftspropädeutikern und Schulkritikern? Das Dreieck sagt über Didaktik nur insoweit etwas aus, als es verschiedenen Beobachtern erlauben soll, unterschiedliche Standpunkte einzunehmen und Unterricht u. a. auch als Gewichtung des Verhältnisses von drei Faktoren zu charakterisieren: Lehrer, Schüler, Gegenstand. Es geht darum, ein Bild herzustellen für das Erleben von Didaktik. Das ist – wie immerhin die Darstellung von Anomalien zeigt – dann zwar ein Fortschritt gegenüber den Spiralen und Kreisen in Kästchen, die nicht einmal das leisten. Aber zur Wahrnehmung von Problemen kommt es dabei mehr zufällig, rein bildlich assoziativ. Das kann etwa daran abgelesen werden, daß die Abbildung 4b einmal großes Leid der Schüler zeigt oder die Zauberei des Professors mit seinem Gegenstand. Diese Art der beliebigen Variation verabschiedet zugleich das theoretisch interessante Problem, was denn Didaktik ist, und ersetzt es durch die Spiegelung dessen, was jeweils als Didaktik erscheint. Die Ironisierung der Dreieinigkeit mündet in den wohl ernstzunehmenden Vorschlag, statt nach der Theorie der Didaktik zu suchen, sich mit dem Drehen und Wenden, dem Ziehen und Stauchen der drei Faktoren zu beschäftigen. Das zeige uns immerhin, wie es in dem jeweiligen Augenblick – sei es subjektiv oder objektiv – um Lehrer, Schüler und Lerngegenstand bestellt ist.

III

Bei dem Versuch, uns darüber aufzuklären, warum diese Illustrationen theoretisch völlig unbefriedigend bleiben, haben wir uns überlegt, wie aus dem Unsinn doch noch etwas Erkenntnisträchtiges abgeleitet werden könnte. Wenn die Zeichnungen nichts erklären, so zeigen sie vielleicht, warum das so ist, und das wäre dann mit einer Variante der Abbildung zu illustrieren.

Wir steigern das didaktische Dreieck zu einer didaktischen Pyramide. Sie kann in dem Sinne als Illustration für einen theoretischen Zugriff auf Didaktik verstanden werden, als sie zeigt, warum wir bis heute nur wenig theoretisch Belangvolles zu

sagen wissen, wenn es um Didaktik geht. Die Pyramide illustriert nicht, was nach jener traditionellen Form Didaktik ist und zugleich sein soll, sondern sie erläutert, warum wir in der didaktischen Literatur immer wieder auf die blinde Stelle stoßen.



Die Pyramide zeigt nicht ein, sondern gleich vier Dreiecke. So viele sind erforderlich, wenn man die phänomenale Ebene der drei Faktoren zurückbezieht auf ihre Voraussetzungen:

- ▶ Auf der Vorderansicht befindet sich lediglich als Ausgangspunkt der Reflexion das Diederichsche Dreieck aus Lerngegenstand (G), Schüler (S) und Lehrer (L). Mit dem Dreieck ist die Vorderbühne der Vermittlung bezeichnet. Diese findet theoretisch verstanden nicht nur oder in erster Linie auf dieser direkten Ebene der Konfrontation von Schüler, Lehrer und Gegenstand statt, sondern sie wird jeweils durch Lehrer und Schüler sowie durch die Wissenschaft reflektiert und damit erst konstituiert.
- ▶ Der Lerngegenstand G, jenes ominöse eigenständige Dritte, wird auf der linken Seite der Pyramide durch das aufgenommen, was beim Schüler als Voreinstellung zum Gegenstand vorhanden ist. Er interpretiert den Lerninhalt auch als seine Lernerwartung im Unterricht und er bezieht ihn dabei auf seine bereits vorhandenen Kenntnisse, aber auch Schwierigkeiten mit der Sache. Erst in der Vermittlung von G mit diesen subjektiven Voraussetzungen wird der Gegenstand des Unterrichts zum Gegenstand für den Schüler (G1). Im Verlaufe dieser Aneignung eines Lernobjekts durch ein Subjekt operiert dieses mit einer Unterstellung, für was denn eigentlich G stehe, was der Lehrer als Lerngegenstand mit G letztlich nur repräsentiert (G0). Klar ist das oft nicht, denn der Gegenstand des Unterrichts ist nur das didaktische Medium, nicht das Objekt selbst, das man sich aneignen soll. Dieses sind Kompositionsmerkmale von G1, dem je spezifischen Repräsentanten von G im Lernenden.
- ▶ Auch der Lehrer hat es mit einem Reflex der Vorderbühne zu tun. Auf der rechten Seite der Pyramide konstruiert er seinen eigenen Gegenstand des Unterrichts (G2). Vor allem geht in diesen Gegenstand ein, was sich der Lehrer über den Schüler und die zu lernende Sache denkt, wenn er eine Transformation des Objekts in ein didaktisches Medium versucht: Verfertigt der Lehrer z.B. für seinen Pädagogik- oder Philosophieunterricht einen didaktischen Ausriß von Text-

stellen aus Schopenhauers Schriften, so steht das Schülerarbeitsblatt (G) für die Theorie eines Philosophen (G0) bzw. für das, was sich der Lehrer unter ihr vorstellt (G2). Egal ob der Lehrer eine solche Unterscheidung bewußt vornimmt, ob er sich Rechenschaft darüber ablegt, was er aus der Philosophie Schopenhauers gemacht hat, indem er diese z.B. in einen Zitatenschatz transformiert – in diesen Vorgang sind Vorstellungen über die angemessene Transformation wie über das zu Transformierende eingegangen. G2 enthält schließlich auch Annahmen darüber, wie man G präsentieren muß, damit Schüler es lernen können.

Bevor wir zur vierten, der rückwärtigen Seite der Pyramide wechseln, sei gefragt, was so bereits gezeigt werden kann, nun nicht mehr über subjektiv empfundene Anomalien der Praxis, sondern darüber, wie diese ggf. zustande kommen. Die Konfrontation der drei Seiten läßt etwa fragen: Kann der Schüler verstehen, was der Lehrer mit dem Objekt des Unterrichts G0 angestellt hat, wenn er doch nicht weiß, was G0 oder G ist? Der Schüler soll es ja erst noch lernen! Aber die Beziehung zwischen beiden ist wichtig. Soll er G0 lernen können, muß er wissen, wofür G steht. Man wundert sich, wie auf dieser Basis überhaupt Vermittlung erfolgreich sein kann. Die Schüler lösen das Problem in vielen Fällen dadurch, daß sie mit enormer Energie und Einfühlungsvermögen und aus Angst vor Fehlern und Sanktionen sich in den Kopf des Lehrers hineinschleichen oder -drängen. Sie müssen einen beträchtlichen Teil ihrer Lerneranstrengungen darauf verwenden, herauszufinden, was der Lehrer denn hören will.

Wenn dem Lehrer klar wäre, was er getan hat in seinem Transformationsprozeß von G0 zu G2, böte sich für den Schüler mit dem Blick in den Kopf des Lehrers ein klares Bild. Aber wir müssen davon ausgehen, daß dieses Verhältnis oft unklar bleibt. Der Lehrer weiß z.B. möglicherweise wenig von Schopenhauer, etwa nur das, was er in seinem Lehrerheft zum Schülerheft »Philosophie« gelesen hat, und hat deswegen selbst nicht verstanden, was in dem Textausriß steht, den er den Schülern gegeben hat. Die Schüler müssen deswegen die subjektive Theorie des Lehrers über Schopenhauer herausfinden und diese dann im Textausriß verifizieren. Dafür haben sie sich von dem freizumachen, was ihnen selbst zu Schopenhauer jenseits dieser Beziehung aufgefallen ist. Vor diesem Hintergrund wird das Lernen der Schüler zu einem Stochern im Nebel.

Wäre umgekehrt der Lehrer in der Lage, sich jeweils Klarheit darüber zu verschaffen, welche Vermittlungsversuche der Schüler angestellt hat, damit er lernen kann, wäre Didaktik als Korrektur von Mißverständnissen möglich. Aber jeweils für beide, Lehrer wie Schüler, bleibt das zu Wissende verborgen: Es liegt im Schatten des eigenen Blickwinkels. Der Lehrer sieht G1 genauso wenig wie der Schüler G2. Der Schüler spekuliert darüber, was sich der Lehrer gedacht hat und der Lehrer spekuliert darüber, was der Schüler sich denkt. Empirisch prägnant wird das an der chronischen Differenz zwischen den Theorien der Lehrer über den Gegenstand und die Aneignungsweise der Schüler sowie an den Korrelaten, die es dazu bei den Schülern gibt.

Der Lehrer mag glauben zu wissen, »was geht«, was »besser funktioniert als etwas anderes«, aber was da in der Black box geschieht, kann er in der Regel nicht angemessen fassen, er sieht nur, was aus der Box herauskommt. Lehren wird so anstrengend wie Lernen frustrierend. Denn das, was der Lehrer – in bester Absicht – als Bil-

dungsgang für Schüler entwirft, muß nicht das enthalten, was Schüler als *ihren* Bildungsgang erleben (vgl. ausführlich das empirische Material bei Blankertz 1986). Wie unversöhnlich beide Perspektiven zueinander stehen, macht die ungeheure Aufregung deutlich, die jüngst entstand, als die Veröffentlichung der Habilitationsschrift von Hans Werner Heymann zum Mathematikunterricht an höheren Schulen (1992) angekündigt wurde.

Es bleibt die vierte Ebene, die weder der Schüler überblickt noch der Lehrer. Es wäre die selbstverständliche Ebene didaktischer Theoriebildung, versteht man Didaktik als Theorie des Dritten. Hier geht es um die Aufklärung der dargestellten impliziten Vermittlungsprozesse, um die Rückseite jener Vorderbühne. Das Dreieck ist nun eines der Verhältnisse zwischen G, G1, G2 mit Rückgriff auf G0, das selbst außerhalb der Didaktik zu lokalisieren ist. Wenn Didaktik nicht eine blinde Technik sein soll, die irgendwie funktioniert, egal wie, hätten Didaktiker den Prozessen der Vermittlung von Objekt und Subjekt im Medium dieser Gegenstände nachzuspüren. Man muß etwas darüber wissen, wie jene Beziehungen zustande kommen, was in ihnen fehlerhaft mit Bezug auf die Vermittlungsaufgabe ist, damit man zu einer Theorie der Vermittlung kommen kann. Zugleich wäre damit zu erklären, wie Vermittlung stattfinden und als Aneignung von Welt auch praktisch werden könnte. Erst wenn die Vorderbühne transparente Beziehungen enthielte, indem in G zusammenkommt, was nötig wird zur erfolgreichen Vermittlung von Objekt und Subjekt, wäre Didaktik wirklich, was sie zu sein beansprucht.

IV

Die Fragen, die mit der didaktischen Pyramide aufgeworfen werden können, wären von der Didaktik zu beantworten, wenn sie als wissenschaftliche Teildisziplin ernst genommen werden will. Daß aber mit der Beantwortung der Fragen auch ein instrumentell verfügbares Wissen zur erfolgreichen Vermittlung bereit gestellt werden kann, ist eher unwahrscheinlich: Wie ungemein komplex müßte das Wissen und die Bildung von Lehrern sein, damit sie in ihrem Lerngegenstand sowohl die Sache selbst als auch die der Schüler integrieren könnten! Die Tatsache, daß, obwohl die Didaktik als eigenständige Disziplin schon einige Jahrhunderte wirksam ist, die Schattenseiten des Dreiecks weitgehend unbearbeitet geblieben sind, läßt auch für die theoretische Perspektive wenig Hoffnung übrig. Die mit der Pyramide inaugurierte Theorie der Vermittlung kann somit in erster Linie nur rekonstruktiv sein, sie liefert allein Hinweise auf unbedingt zu stellende Fragen an jeden je konkreten Gegenstand der Vermittlung. Damit ist sie noch nicht Theorie im strengen Sinne. Rezeptwissen könnte auch aus der ausgeführten Theorie nicht entspringen, aber doch ein deutlich komplexeres Wissen über die Logik der Vermittlung, als dies heute der Fall ist. Man könnte sich entlang der Seiten der Pyramide sinnvoll darüber verständigen, warum jenseits der spezifischen, mit dem Bild noch nicht angesprochenen Bedingungen des Massenunterrichts Vermittlung dem Zufall überlassen bleibt.

Die Didaktiker haben sich die aufgeworfenen Fragen selten gestellt. Sie waren vor allem mit dem Kulissenschieben auf der Vorderbühne beschäftigt, mit der rasenden

Innovation von G, ohne vorab sagen zu können, warum diese mehr ist als eine Spekulation auf den Bildungsprozeß der Schüler.

Die empirische Erforschung des Lernens und des Lehrens haben die Didaktiker ohne Widerstand den Lerntheoretikern überlassen, die dann mit ihrem Thema wie Psychologen verfahren: Sie sind letztlich nicht interessiert an der komplexen Aufgabe der Bildung. Das wurde ihnen von den Pädagogen übel angerechnet. Diese konnten die Ergebnisse der Lehr-/Lernforschung leicht als ihrer Fragestellung unangemessen abwehren. Gegen die psychologische Beschränktheit haben die Didaktiker durchweg nicht gesetzt, was sie hätten präsentieren müssen: eine eigenständige, empirisch gehaltvolle Bildungstheorie als Grundlage der Didaktik. Statt dessen pflegten sie früher Betrachtungen zum Bildungssinn der bedeutungsvollen Gegenstände oder sie übten sich in der Versammlung von Postulaten, was Unterricht sein und leisten sollte. Die darin ausgedrückte Distanz gegenüber dem realen Geschäft der Vermittlung hat andere Didaktiker in der Überzeugung gestärkt, es komme letztlich doch auf Rezepte und Unterrichtsmodelle, auf das Handwerk der Vermittlung an. Empirische Bildungstheorie schien ihnen hierfür entbehrlich zu sein.

Um Schule mit den bekannten Ergebnissen halten zu können, war die Reformtätigkeit auf der Vorderseite der Pyramide nützlich. Sie verhalf den Lehrern zur trügerischen Sicherheit, ein probates Berufswissen zu besitzen, und der Schule lieferte sie einen Mechanismus, wie man Massenunterweisung als Bildungsveranstaltung organisieren kann und Bildung zugleich folgenreich beschränkt. Weil und solange noch genügend Schüler dennoch lernen, was sie lernen sollen, besteht im Schulsystem kein objektiver Grund zur Aufregung, dafür aber für die wissenschaftliche Didaktik ein Grund zum Spiel mit Dreiecken oder zum Malen neuer Spiral- oder Kästchen-Kreisvarianten oder zum Mahnen mit Pyramiden.

Literatur

- Blankertz, Herwig (Hrsg.): Lernen und Kompetenzentwicklung in der Sekundarstufe II, Soest 1986
Diederich, Jürgen: Didaktisches Denken, München 1988
Heymann, Hans Werner: Allgemeinbildung und Mathematik. Vorläufiges Manuskript einer Habilitationsschrift, Bielefeld 1992
Memmert, Wolfgang: Didaktik in Grafiken und Tabellen, Bad Heilbrunn 1991
Neuner, Gerhart: Allgemeinbildung, Berlin 1980
Schulz, Wolfgang: Unterrichtsplanung, München 1980

Oskar Klemmert

Liebe als Markt

WIE PARTNERSCHAFTSTRÄUME VERMITTELT WERDEN

I

LOVE IS IN THE AIR

Das geschäftige Treiben um die Sehnsucht nach dem richtigen Partner blüht. Die gewachsene Medienpräsenz kommerzieller Kontaktvermittlung hat längst einen Grad von Aufdringlichkeit erreicht, der selbst an eigentlich desinteressierten Zeitgenossen kaum noch spurlos vorübergeht. Das Marktsegment wächst – in jüngster Zeit vor allem im Bereich des »Teledating«.

Eine ganze Kulturepoche scheint die Ablösung des Monopols gestrenger Heiratsanzeigen durch ein buntes Gemisch von Kontaktgesuchen zurückzuliegen. Nahezu die vollständige Bandbreite von Partnerschaftsformen und -vorstellungen wird in den privaten wie kommerziellen Offerten beim Namen genannt. Nimmt man das breite Spektrum von Partnerschaftsvermittlungsformen als Richtschnur, scheinen die Disziplinierungen einer ehe- und zeugungsgebundenen Sexualität weitgehend der Vergangenheit anzugehören. Die zu Beginn unseres Jahrhunderts von Freud gestellte (freilich schon damals umstrittene) Kulturdiagnose, derzufolge die kulturelle Zwangsmoral der abendländischen Tradition ein freies und auf alle erogene Zonen bezogenes Sexualleben delegitimiert und noch die eheliche Sexuellust als Mittel zum Zeugungszweck herabgewürdigt habe, ist offenbar gründlich überholt.

Schon das immens erweiterte Spektrum an Konsumgütern und Dienstleistungen, die »Lust pur« versprechen, scheint die Sexualisierung der Alltagskultur zu indizieren.

An die gönnerhafte und kokettierende Selbstverständlichkeit, mit der Parfüms und Brillen, Sekt oder Kaugummis eine erotische Signalwirkung zugeschrieben wird, haben wir uns gewöhnt.

Auch daß organisierte Gruppenreisen eine Chance darstellen, intensive Kontakte zum anderen Geschlecht zu knüpfen, wird niemanden verwundern – neu ist allenfalls, daß damit offen geworben wird.

Selbst die Unterhaltungssendungen im Fernsehen zählen inzwischen täglich »Flirtpunkte« zusammen. Für die voyeuristisch veranlagten Freunde der Dramaturgie von Reality-shows kittet der Fernsehmoderator die Beziehungen von getrennt lebenden Paaren. Endlich einmal echte Liebestränen! Das interaktive Digitalfernsehen läßt in nächster Ferne sicher noch neue Spielarten erwarten.

Unabweisbar spiegelt sich der Trend zu öffentlicher Intimität auch in moderaten Frauen-, Familien- und Zeitgeistmagazinen wider.

Mag man die vielgestaltigen neuen Erscheinungsformen einer sexualisierten Medien- und Warenwelt noch als oberflächlichen Wandel der Formen herunterstufen,

bei den zahlreichen Blüten eines ehemals mit »Heiratsvermittlung« treffend überschriebenen Genres drängt sich der unbestimmte Verdacht auf, in ihnen würden tiefere Veränderungen zentraler Bereiche unserer Alltagskultur zum Ausdruck kommen. Auf die öffentliche Liberalisierung der Geschlechterbeziehungen wird in den Facettierungen der Partnerschafts- und Kontaktvermittlung nicht bloß legitimatorisch Bezug genommen, sie wird real vollzogen.

Unübersehbar zugenommen hat ferner jener – männlich dominierte – Typ von privaten oder kommerziellen Anzeigen, die ein spezifisch sexuelles Interesse zusammenführt. Besonders »heiße« Telefonnummern drängen sich uns in Bild- und Printmedien auf. Während der wachsende Markt selbsttätiger Suche nach Sexpartner(inn)en ebenso wie der grassierende Telefonsex als kultursoziologisch interessante »Fortentwicklung« des horizontalen Gewerbes analysiert werden könnten, richtet sich der grundlegende Verdacht, der private Kernbereich der Geschlechterbeziehungen nehme verstärkt marktformige Charakteristika an, auf jene Vermittlungsmedien, die ausschließlich mit dem Ziel der Anbahnung umfassender und dauerhafter Partnerschaften ins Leben gerufen werden. Die wichtigsten Formen sind

- ▶ die privaten oder kommerziellen Partnerschaftsgesuche in den Printmedien;
- ▶ Lokalsender, die zu später Nachtstunde telefonische Partnerschaftsgesuche live weiterschalten;
- ▶ organisierte Gemeinschaftsabende für Singles, an denen das Kennenlernen mit diversen Kennenlernspielchen gewissermaßen sozialpädagogisch gemanagt wird;
- ▶ Teledating, das als voll anonymisiertes Medium die Möglichkeit zum Aufsprechen von Partnerschaftsgesuchen und zur Rückantwort auf eine durch Geheimnummer geschützte Telefonbox bietet;
- ▶ »System-Operatoren«, die durch livegeschaltete Flirtlines die Möglichkeit bieten, zu »Flirten, ohne rot zu werden«;
- ▶ Single-Parties mit Personensteckbriefen am »schwarzen Brett« und am Abend zu tragenden Suchnummern, die gezielte Kontaktaufnahmen lancieren (Sonderparties für Schwule und Lesben);
- ▶ Einzelvermittlung von »blind dates« sowie
- ▶ Einzelberatungen durch »Hellscher« und Astrologen, die uns mit Unterstützung von Computerprogrammen die ersehnte Orientierung in Partnerschaftsfragen bieten.

Der Markt bietet offenbar neue Optionen, unter anfänglicher Eliminierung sinnlicher Wahrnehmungen, ohne verunsichernde Ablehnungsrisiken, ohne komplexe Herausforderungen an unser Reaktionsvermögen einen möglichst gläsernen Menschen mit klaren Absichten zu kontaktieren. Die Frage nach übergreifenden Erklärungsmöglichkeiten für die quantitative und qualitative Verbreiterung von Kontakt- und Partnerschaftsvermittlungsformen legt zwei Antwort-Hypothesen nahe: In der fortschrittlichen Auslegung fügen sich die ausgeweiteten Kontakt- und Partnerschaftsvermittlungsmöglichkeiten in eine allgemeine Liberalisierung und Entkrampfung der Geschlechterbeziehungen ein. Wer früher seinem Schicksal ergeben alleine blieb, nimmt es jetzt auch noch nach der dritten geschiedenen Ehe selbst in die Hand und nutzt dafür die marktformigen Vermittlungshilfen. Eine kulturpessimistische Lesart legt das boomende Vermittlungswesen demgegenüber eher als problematische Folge

eines Rückgangs an naturwüchsig sich entfaltenden Möglichkeiten und Fähigkeiten zur Kontaktaufnahme wie auch der partnerschaftlichen Beziehungsfähigkeit aus.

Wie sich beide Erklärungsmuster zueinander verhalten, wird zu zeigen sein.

II

»NEUE UNÜBERSICHTLICHKEIT« AUCH AUF DEM PARTNERSCHAFTS-MARKT

Angesichts der realen Entwicklungen erscheint die aus den fünfziger Jahren stammende Prognose des kommenden Meistersozialisten Habermas (in: Habermas 1970), man werde sich zunehmend durch rationalisierte Methoden der Heiratsvermittlung von dem Risiko der Eigeninitiative befreien, längst als hinreichend verifiziert, wenn auch als vergleichsweise phantasiearm. Bekanntermaßen sind die Vermittlungsquoten absolut und relativ gestiegen. Nicht nur die Zahl der Scheidungen und der Singles ist immens auf ein Drittel der jeweiligen Gesamtheit gewachsen; in Deutschland wird heute jede siebte Paarbeziehung durch ein Partnerschaftsinstitut gestiftet, in den richtungweisenden USA bereits jede dritte. Die Expansion in den vergangenen Jahren ist darüber hinaus auf einen verstärkten Zulauf der Altersgruppe zwischen 18 und 30 zurückzuführen. Wie die ältere Generation noch aus eigener Erfahrung zu berichten weiß, sind Heiratsanzeigen in den fünfziger Jahren ein vor allem unter Menschen mittleren und höheren Alters (Kriegerwitwen) nicht ungewöhnlicher Weg gewesen. Hier ging es offensichtlich darum, Einsamkeit, Armut und vorzeitige Hilflosigkeit im Alter zu vermeiden. Den Traum von der einmaligen und unvergleichlichen Liebespassion hatten die meisten von ihnen wohl schon gelebt; in jedem Falle bot ihnen die erfahrene Lebenssituation und die Nähe zum Tod nur geringen Spielraum für vage Zukunftsträume.

Mit der Vielfalt der sozialen Gruppierungen und Motivationen sind längst auch die Räume für individuelle Partnerschaftsvorstellungen und -phantasien gewachsen. Einer knapp vierzigjährigen Frau mit Kinderwunsch dürfen wir stärker konturierte und realistischere Partnerschaftsvorstellungen unterstellen als einer Zwanzigjährigen, die von einem Gefühlskonglomerat aus Abenteuerlust, Neugier und unerfüllter Sehnsucht geleitet zum Teledating greift. Ein karriereorientierter Single, der die Schattenseiten seiner Lebensphilosophie zu spüren bekommen hat, sucht mit forderndem Gestus nach dem »passenden Pendant«. Er wird wiederum wenig mit dem an traditionellen Ehevorstellungen ausgerichteten Bildungsbürger gemein haben, der sich aus Furcht vor wiederholter Liebesenttäuschung an ein »seriöses« Partnerschaftsinstitut wendet.

Habermas hatte es in den fünfziger Jahren mit dem Versuch einer kritischen Typologisierung von Heiratsgesuchen noch vergleichsweise einfach. In Erinnerung zu bringen ist nicht nur die Überschaubarkeit des damals noch monopolartig genutzten Printmediums, sondern gerade auch die Analyse der Textinhalte selbst: Habermas zufolge besteht entweder ein krasser Gegensatz zwischen dem Traum von der romantischen Liebe und der wenig romantischen Art des Kennenlernens. (Prototyp: Wenn ich abends bei Kerzenschein in meiner gemütlichen Wohnung sitze, träume ich davon, Dir irgendwo zu begegnen und Dich in meine Arme nehmen zu können ... Nun suche ich auf diesem Wege einen aufrichtigen Mann zum Liebhaben, der es wirklich ernst meint.) Oder die äußere Form findet tatsächlich ihre Entsprechung in

einer nüchternen Suche nach einer materiell sowie in körperlichem und sozialem Erscheinungsbild geeigneten Ergänzung. (Prototyp: Treue häusliche Frau, soundso groß und schwer, galantes Auftreten, mit Eigenkapital sucht treuen, zuverlässigen Mann ohne Bart in gesicherter Position.)

Als dazwischenliegend markierte Habermas die am meisten verbreitete, wohlgekitete Verbindung beider Extremtypen: *eine äußere wie innere Merkmale des Partners marktgerecht stereotypisierende Einmaligkeit*. Die Entsprechung im sozialen Status mutiere zur Vorbedingung für eine passionierte Liebesbegegnung. Wenn man die romantische Liebesbegegnung zwischen unverwechselbaren und unauswechselbaren Personen eben am ehesten dort erwarte, wo die sozialen Indizes übereinstimmen, sei von einer Spannung zwischen der Hoffnung auf eine schicksalhafte Begegnung und dem unwillkommenen Zwang zur Kodifizierung in wenigen Worten kaum noch etwas zu spüren.

Bei einem ersten Blick in die aktuelle Samstagsausgabe einer westfälischen Lokalzeitung drängt sich zunächst eine andersartige Unterscheidung auf, die den Selbst-

rekrutierungsmechanismen der Partnersuchenden entstammt: unter der Rubrik »Heiraten« finden sich ausschließlich Institutsanzeigen, in der Rubrik »Bekanntschaffen« fast ausschließlich private Inserate. Wer es besonders ernst meint mit seiner Bindungsabsicht, wer Treue und Dauerhaftigkeit verbindlich unter Beweis stellen will, zückt den Geldbeutel; und wer den Geldbeutel zücken kann, beweist »Niveau«. Die von den Instituten lediglich in Anspruch genommene Ideologie lautet: Wer mehrere tausend Mark für den richtigen Partner bezahlt, beweist gleichermaßen Seriosität in seinen Absichten und im Lebenswandel. Institute, die per Gebührenniveau nur solche Partner aufnehmen, sind selbst seriös.

Ein zweiter Blick fällt auf Unterschiede in der stilistischen »Verpackung« der mitgeteilten Informationen. Wieder fallen unübersehbare Differenzen zwischen den Institutstexten und privaten Formulierungen auf. Gewiß spiegelt sich in beiden ein Bedürfnis nach positiver Selbstdarstellung wider – es gilt ja in jedem Fall die Erfolgsaussichten zu steigern. Die ebenso fürsorgliche wie kurrente Verknüpfung von sexueller Attraktivität, beruflicher Sicherheit und von grenzenlos devoter Liebesbedürftigkeit erfüllten Du-Botschaften können offenbar nur professionelle Stellvertreter erfinden: »165 cm Zärtlichkeit – Nicki, 25 J., möchte in DEINEN Armen träumen und die Welt um sich vergessen. Sie ist von Beruf Krankenschwester, immer guter Laune und mit ihrer natürlichen Ausstrahlung zieht sie alle Blicke auf sich. Welcher Mann bis Mitte 30, hier aus dem Raum Münster, möchte diese bezaubernde ›Eva‹ in seinen Armen auffangen, um sie nie mehr loszulassen?! – Habe Mut und melde DICH ...«

Die kommerziellen Anzeigen heben sich von den privaten generell durch eine Massierung von Superlativen ab, die möglichst viele ansprechen sollen: »tolle Figur«, »sehr großzügig«, »Sehnsucht nach inniger Partnerschaft«, »strahlend blaue Augen« usw.

Wenn sich in Privatanzeigen positive Selbstdarstellungen finden, dann werden sie stattdessen in eine objektive, fast leidenschaftslos wirkende Form gegossen: »Witwe, 56. J., blond, jünger aussehend, sehr natur- und tierverbunden, mit Niveau und Humor, lebenslustig, vielseitig interessiert, sucht ...«

Die Marketing-Strategie der Zukunft liegt womöglich in einer kruden Synthese aus anbietender Fremddarstellung herkömmlicher kommerzieller Prägung und persönlicher Ansprache aus der Perspektive der ersten Person:

»Hier bin ich, Renate, 42, wo bist Du? Mein Leben ist zwar finanziell gut abgesichert, aber mein Herz ist vorerst noch leer. Den Platz darin habe ich für Dich reserviert. Deshalb bitte ich Dich, mir und meinem Herzen die große Freude zu bereiten, mit uns (!) zu sprechen über Tel. ...«

Richtet man schließlich seine Aufmerksamkeit auf die zentralen Informationen des Textes, lassen sich idealtypische Unterscheidungen finden, die auf private wie institutionelle Anzeigen gleichermaßen bezogen werden können:

► Stereotype, informationsarme und sachlich gehaltene Anzeigen, in denen äußere Personenmerkmale wie Alter, Haarfarbe und Körpergröße in Verbindung mit charakterologischen Passepartouts wie »vorzeigbar«, »nett« und »offen« als Identität ersatz fungieren: »Vorzeigbarer Er, Anf. 30, 180, schlank, sportl., mit Herz und Hirn, sucht nette Sie für eine dauerhafte Partnerschaft.«

- ▶ Der mit origineller Metaphorik Aufmerksamkeit und Sympathie erzeugende, sich aber ansonsten weitgehend bedeckt haltende Humorist: »Fürchterlich-schrecklicher Poltergeist (25) will nicht mehr alleine herumspuken! Welches weibliche Schreckgespenst gruselt mit mir durch die Nächte?«
- ▶ Das feinfühlig Ausmalen einer augenblicklichen, stimmungsvollen Zukunftssehnsucht: »Ich Anja, 18, bin ein lustiges und sehr hübsches Mädels. Ich sehne mich nach einer eigenen Familie, einem netten Mann und Kindern, die Freude machen. Einem Mann, der mich wirklich liebt, würde ich mein ganzes Herz schenken und ihn verwöhnen. Wenn Du auch so einsam bist, ruf bitte sofort an ...«.
- ▶ Das Aufzählen von einigen physischen Merkmalen, Hobbies und Lebensgewohnheiten, ergänzt durch praktische Erwartungen an den Partner: »Natürliche, dunkelhaarige Sie (30/157/50) sucht netten, humorvollen Partner bis 40. Ich mag: Natur, Spaziergänge, Schwimmen, Kino, Essen, Musik, meine beiden Kater, gemütliche Abende zu Hause etc. Du auch? Dann freue ich mich auf Deine Zuschrift (mit Bild?)«.
- ▶ Eine um überdauernde Persönlichkeitseigenschaften zentrierte Darstellung der eigenen wie der gesuchten Person, ergänzt um beziehungstheoretische Reflexionen: »Ich mag freie zwischenmenschliche, philosophisch-psychologische Gespräche ohne Hochgestochenheit und Gewinnenwollen. Innerlich bin ich sensibel, gutmütig und nachdenklich-grüblerisch, kein Intellektueller, kein Bildungsmensch (diese aber nicht mißachtend), ... Einzelgänger und menschen-scheu, aber mit Sehnsucht nach wenigen, doch nahestehenden und wohlwollenden Menschen, besonders nach einer Frau, die ich lassen soll so wie sie ist ...«.

Nicht nur die privaten Partnerschaftsanzeigen, auch die institutionellen belegen in deutlicher Form: der explizite Standesdünkel der fünfziger Jahre ist out. Deutliche Hinweise auf den Geldbeutel sind hüben wie drüben selten geworden und dezent – man nennt lieber den Beruf. Obligatorisch ist das längst nicht mehr. Mit Abstammung – »aus gutem Hause kommend« – will kaum noch jemand für sich werben. Ähnlich verhält es sich mit dem (seltener gewordenen) Bedürfnis, einen »gebildeten« Partner kennenlernen zu wollen. Ob damit zugleich ein Hochschulabschluß gemeint ist, läßt man lieber offen.

Habermas konnte sich noch ironisch auf das in Heiratsanzeigen offenkundig werdende »Leitbild des guten Menschen« beziehen, der eine »gemäß einem sozialisierten humanistischen Bildungsideal allseitig entfaltete Persönlichkeit« sei. Es wird dies nun konkret und pragmatisch sinnvoll gefaßt: Man ist »vielseitig interessiert und offen für alles Schöne im Leben«. Vieles deutet auf eine Entkonventionalisierung der Gesuche im Sinne der eingebürgerten Statusindikatoren hin. Ist darum schon eine größere Konvergenz mit dem »romantischen Liebesideal« zuzugestehen?

III

SICHERHEITSORIENTIERUNG ALS SEELENGELD DER ENTTÄUSCHTEN

Wir leben unbestritten in einer Zeit, in der die Bereitschaft, sich durch professionelle Hilfe unterstützen zu lassen, stetig wächst. Die Unterstützung durch »erfahrene, qualifizierte und seriöse« Partnerschaftsvermittler reiht sich ein in eine länger gewordene

Kolonne von Beratungsinstanzen. Fälle, in denen Kontakt- und Beratungsgespäche mit Partnerschaftsvermittler(inn)en einer Gesprächspsychotherapie nahekommen, sind keine Seltenheit. Im eigentümlichen Gehege innerer Vereinsamung entsteht ein Leidensdruck, ohne den die Flucht nach vorn zum kostspieligen Partnerschaftsinstitut oftmals keine motivationale Grundlage hätte. Das Bedürfnis, sich vor verständnisvollen Ohren auszusprechen, fällt mit der einseharen Notwendigkeit einer Kontaktaufnahme zusammen, die der gezielten Partnersuche durch umfassende und tiefergehende Auskunftsbereitschaft eine rationale Grundlage verschafft. Das flinke Sich-Offenbaren an den Seelenprofi ist der psychotherapeutischen Beratungssituation ganz ähnlich.

Zu unterstellen, die Vereinzelung des Menschen in der Moderne sei schwerer als in traditionellen Gesellschaften auszuhalten, reicht als Erklärung für den Boom nicht aus – dieses Phänomen wäre vielmehr selbst erst zu erklären vor dem Hintergrund hochgezüchteter Ansprüche an Partnerschaft: »Heute noch« sich mit dem Alleinsein abzufinden gilt den Partnersuchenden als überflüssig, ja als Dummheit im Land der unendlichen Möglichkeiten. Sollte das Geld schon länger auf der Straße gelegen haben, inzwischen wartet das Partnerschaftsglück offenbar hinter jeder Ecke. Die Partnerschaftsinstitute florieren im Windschatten der Erlebnisgesellschaft, zugleich werden sie real als Ausweg aus den Schwierigkeiten bei der Partnerfindung gesucht. Die Bescheidenheit wirklicher Beziehungserlebnisse bei gleichzeitigem Anwachsen der Ansprüche auf sie lenkt den Blick auf die Sogwirkung eines modernen Rationalitätsglaubens, der den Mythos Liebe an – und aufzusaugen sich anschickt. Auf die unwägbaren (und allemal unzeitgemäßen) Risiken spontaner Gefühle, auf die »Irrtümer« in frühen Fremdwahrnehmungen, auf die unüberschaubare Pluralisierung von Lebenshaltungen und -formen gibt es nun als Antwort die systematische, kriteriengeleitete Suche nach dem passenden Pendant. Die reflexive Modernisierung der Geschlechterbeziehungen, das »Ich bin Ich« (Ulrich Beck) als offensive Antwort auf die Individualisierung und Destabilisierung von weltanschaulichen Grundhaltungen, Lebenslagen und ständischen Solidaritäten hat die Verbindung von sozialen Indizes mit inneren Eigenschaften (noch) brüchiger werden lassen.

In der Risikogesellschaft gilt es, wenigstens das so nahegehende Risiko, sich für den Falschen »herzugeben«, zu minimieren. Das Partnerschaftsvermittlungswesen stiftet das Gefühl einer größtmöglichen Sicherheit, in einer geschützten Situation Gleichgesinnten zu begegnen. Nicht zufällig also sind bei den Partnerinstituten Gesuche überrepräsentiert, die auf eine dauerhafte und treue Beziehung (mit oder ohne Heirat) zielen.

Daß auch Erfahrungen mit einer größeren Zahl von Partnern die Neigung zur Annoncierung eher verstärken, legt eine weitere Überlegung nahe: In der Retrospektive erscheinen die zurückliegenden Partnerschaftserfahrungen fast notwendig als enttäuschend angesichts der Erfahrung eines Lustempfindens, das schon im anfänglichen Zustand des Verliebtseins Ewigkeit will. Die augenblicklich greifbar naheliegende Verwirklichung einer seit Kindertagen ersehnten symbiotischen Beziehung, die das existenzielle Leiden an der eigenen, Einsamkeit verbürgenden Persönlichkeit aufhebt, duldet keine relativierenden Botschaften, kein »Das geht vorüber«! Schon darum bedeutet den meisten Menschen Reichtum an Beziehungserfahrungen mit dem anderen Geschlecht und Reichtum an Enttäuschungen nahezu dasselbe.

Die zurückbleibenden Enttäuschungen belasten das Vertrauen in die eigenen Intuitionen, sie befördern Skepsis und Zurückhaltung, kurzum eine Haltung, in der ein potentieller Liebeskandidat erst einmal gründlich getestet werden muß.

Wo solche Nüchternheit sich mit Reminiszenzen an zurückliegende Liebestrunkenheiten sogleich wieder beschwingt, gerät manch einer zum Caput mortuum seiner eigenen Tugenden. Beim Abhören der telefonischen Offerten drehte sich jedenfalls dem Autor angesichts stocksteif vom Zettel abgelesener, umfänglicher Forderungskataloge, in denen selbstverständlich Vokabeln wie »Natürlichkeit, Wärme, Pferde-Stehlen, Spontanität, Lachen und Weinen, Offenheit für alles Schöne im Leben etc.« einen zentralen Stellenwert einnehmen, der Magen um.

Die Möglichkeit einer wenigstens in einem wahrscheinlichkeitstheoretischen Sinne erfolgreichen, nicht mehr enttäuschenden Zuordnung durch Partnervermittlung ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Die Fragebögen der meisten Partnerschaftsinstitute erheben recht umfassende Informationen: Es werden in aller Regel neben den gängigen sozialen Statusindikatoren wie Beruf, Ausbildung, Familienstand, Wohnform, Auto usw. auch die Hobbies und der Lebensstil des Partnersuchenden (z. B. unternehmungslustiger Frühaufsteher) sowie Charaktereigenschaften und Werthaltungen der eigenen Person wie des Wunschpartners erfaßt. Das selektive Schöpfen aus einem großen, fünfstelligen »Personenpool« gewährleistet in aller Regel einen hohen Grad an Übereinstimmung zwischen gesuchtem und gefundenem Partnerprofil.

Durchaus denkbar, in Ansätzen bereits entwickelt sind Institutionen, die wissenschaftlich anerkannte Persönlichkeitstests wie das Freiburger Persönlichkeitsinventar, Verfahren und Ergebnisse der Attraktionsforschung (vgl. Mikula/Stoebe 1977) oder das psychoanalytisch geprägte Konzept der Kollusionsmuster (die jeweils paarspezifische unbewußte Balance- und Konfliktbildungen wiedergeben – vgl. Willi 1975) zum Einsatz bringen, um die prognostische Validität der anvisierten partnerschaftlichen Harmonie zu erhöhen. Gerade weil in der modernen Gesellschaft ein grobrastriges Konglomerat aus allgemeinen Statusübereinstimmungen, Freizeitinteressen und Charaktereigenschaften immer weniger auf eine stabile und harmonische Partnerschaft schließen läßt, wäre erst mit der Prognostizierung eines sich mittelfristig einspielenden gemeinsamen Unbewußten eine harmonische Partnerschaft zu »garantieren«. Das Institut der Zukunft, das die schwache und anlehnungsbedürftige Frau an den starken, lebenserfahrenen Mann vermittelt hat, muß sich auch auf die zu erwartende Krise einstellen, in der beide Seiten ihre unterentwickelten Persönlichkeitsanteile entdecken. Die größte Beratungsarbeit würde erst nach längst vollzogenem Kontakt beginnen.

Ein vergleichbarer, von den Sicherheitsorientierten gesetzter Anspruch ließe sich auch an die seltenen Schnittpunkte in astrologischen Transitberechnungen oder Bio-rhythmen herantragen.

Fortentwicklungen für den Markt der sicherheitsorientierten unter den Partnersuchenden werden sich vermutlich auf differenzierte Diagnose- und Beratungssysteme konzentrieren müssen, die äußere Merkmale als Indikatoren für innere nutzt, die Tiefenstrukturen der Persönlichkeit erhellen.

IV

EINSAMKEIT ALS SOZIALE LEBENSFORM

Die gewachsene Zahl der Partnerschaftssuchenden, die trotz oftmals horrender Gebühren (7000 DM sind Standard) den Weg über ein Partnerschaftsinstitut suchen, eine Verbindung von Enttäuschungsängsten und Wissenschaftsgläubigkeit zu unterstellen, ist naheliegend, jedoch nicht zwingend. Glaubt man den Aussagen von Partnerschaftsvermittler(inn)en, so fehlen einem großen Teil der »einsamen Herzen« schlicht Zeit oder Gelegenheit, sich selber um einen Partner zu kümmern. Ob reisende Geschäftsleute, Selbständige (vor allem auf dem Land) oder Schichtarbeiter – ein Partnerschaftsinstitut bietet solchen Bevölkerungsgruppen eine funktional ausdifferenzierte Dienstleistung an wie andere Betriebe auch.

Zu dieser großen Teilgruppe zu rechnen sind auch die alleinerziehenden Mütter, vor allem jüngerer Kinder. Zum geringen zeitlichen und sozialen Bewegungsspielraum tritt bei ihnen ein gravierendes soziales Handicap in der Partnersuche hinzu: der Makel, Kinder fremder Väter zu haben. Das Zeugen eheloser Kinder als solches ist ähnlich wie der Tatbestand einer geschiedenen Ehe indessen kein Tabu mehr, es ist ganz einfach kein Thema. Die Kinder solcher Frauen »suchen den kinderlieben Papa«.

In der hinteren, in Anzeigen der Institute gänzlich ausgeklammerten Front plaziert werden unterdessen (noch) schwerer zu vermittelnde Gesuche mit weniger marktgängigen Charakteristika wie Geh- und Sehbehinderungen, erheblichem Übergewicht, fehlender Ausbildung oder Wohnung in elterlichem Hause. Zur kalten Rationalität des Marktes gehört es im übrigen nur allzu häufig, daß Behinderte und Übergewichtige einen Zuschlag für Schwervermittelbare zahlen müssen.

Vergessen wir schließlich jene Teilgruppe nicht, die keine Not- oder Randlage in den Partnerschaftsmarkt treibt, die in ihm vielmehr eine zusätzliche, prinzipiell gleichwertige Möglichkeit sieht, die Neugier auf nicht ganz alltägliche Kontakte zu befriedigen. Die ungeheure quantitative Ausbreitung des Genres in seinen ohne weiteres erschwinglichen Bereichen wie Kontakttelefonen oder Singleparties wäre kaum denkbar, wäre die Nutzung des Marktes bloße Ultima ratio der verzweifelt Kontaktsuchenden geblieben.

V

AUF DER SUCHE NACH DEM REGELKONFORMEN EINSTIEG IN EINE LIEBESBEZIEHUNG

Eines der größten und erfolgreichsten Deutschen Partnerschaftsinstitute, die »Vier Jahreszeiten, Gesellschaft für Lebensgestaltung« scheint sich einiger Möglichkeiten der Kontaktaufnahme diesseits des Marktes zu erinnern und bietet seinen Kunden neben einem umfänglichen individuellen »Psychogramm« fürsorglich zahlreiche Tips und Hinweise für die flüchtigen Momente im Alltag:

»Wenn sie Ihrer Phantasie freien Lauf lassen, lieber Herr O., werden sie feststellen, daß es ... noch unzählige Situationen gibt, in denen Sie die Frau ihres Lebens treffen können:

Auf dem Postamt, wo Sie sich ein paar Briefmarken kaufen.

Oder am Paßbildautomaten, wenn Sie auf Ihr Photo warten.

Oder vor der Telefonzelle, wenn Sie keine Groschen haben.

Oder auf einer Bank im Park, wenn Sie von Ihrem Traumreiseziel Jamaika träumen ...«.

Wer bereits gezahlt hat, wird mit einer humanen Quintessenz belehrt:

»Sie merken, lieber Herr O., nicht Ihr Geldbeutel wird gefordert, sondern Ihre Phantasie.«

Nur Phantasie? Das Procedere im Kontaktierungsmarkt spielt sich zwischen den Extremen einer völlig risikolosen, externen Zuschauerrolle und einer vollen, vorbehaltlosen Involviertheit ab. Man liest etwas oder hört einen telefonischen Monolog ab, vielleicht folgt eine kleine Korrespondenz oder das ein oder andere Telefonat. Zunächst gibt oder erhält man Informationen, ohne aus der Anonymität heraustreten zu müssen, sodann ebnet man sich gegebenenfalls einen vorab geklärten Weg, der die Anonymität nach außen absichert. Die auch in diesem Vorgang nicht ganz vermeidbaren einseitigen Ablehnungsrisiken treffen offenbar weniger als das nicht erwiderte Lächeln im Café oder die ausgeschlagene Einladung.

Das einstweilige Ausschalten lebendiger sinnlicher und sozialer Eindrücke beläßt den annoncierenden Partner zunächst im Stand einer *Res imago*. Die körperferne sublimere Lust, die durch einen ansprechenden Text, ein sympathisches Foto oder eine sanfte Stimme am Telefon erzeugt werden mag, beläßt unserem Vorstellungsvermögen offenbar spezifische Freiheitsgrade, die den naturwüchsigen sozialen Begegnungen abgehen. Insofern enthält schon die bloße Lektüre oder das Telefonat eine sublimale Teilbefriedigung, die zur Wiederholung anregt, im Grenzfall womöglich »süchtig« machen kann. Das Objekt der Begierde bleibt unbekannt und unerreichbar, dafür aber auch modellierbar und unbedrohlich. Das Sicherheitsbedürfnis nimmt so unmerklich eine andere Richtung: Der emotionale Entlastungseffekt einer sinnlich wie sozial eingeschränkten Präsenz ist wichtiger als das ungewollte Schwenden an zuverlässigen Informationen über den anderen. Die schiere Angst vor persönlicher Ablehnung, davor, in irgendeinem geheimen Ungenügen bloßgestellt zu werden, beherrscht heute die Geschlechterbeziehungen. Die aufgeklärten Strategien der Partnerinstitute setzen deshalb bislang weniger auf die Güte der personenbezogenen Daten als auf suggestive Effekte, die die Suchenden über alle Zweifel und Selbstzweifel hinweg ins Land der Träume bringen.

Freud verdanken wir ein tieferes Verständnis für das Unbehagen in der Kultur als Ausdruck eines prekären Eintauschs von Lebenssicherheit gegen Glücksmöglichkeiten. Der Boom an Partnerschaftsanzeigen unterschiedlicher *Couleur* bezeugt, wie sehr Menschen sich beides zugleich wünschen, aber auch, wie sehr die kaum durchschaubaren Regelwerke des Alltags dagegenarbeiten. Fast immer stellt ein persönlicher Kontaktwunsch eine anfängliche Verletzung herrschender Kommunikationsregeln dar. Die fortdauernde Unterdrückung des Privaten in der ökonomischen Sphäre, ja noch seine Kanalisierung im Bildungsbereich, schließlich die Ungewöhnlichkeit von Kontaktwünschen im öffentlichen Treiben führt eine zunehmende Zahl junger Menschen in organisierte Kennenlernangebote, in denen es per *Offizialbeschuß*

»anders« zugehen soll. Der Markt nimmt diese Tendenz auf und verstärkt sie zugleich. Wer jahrelang die Erfahrung gemacht hat, daß er trotz aller anderslautenden Beteuerungen in der örtlichen Diskothek niemanden erfolgreich »anbaggern« konnte, schöpft durch die Single-Party neue Hoffnung.

VI

SEXUELLE BEFREIUNG ALS HISTORISCHE TATSACHE?

Die Auffassung Freuds, nur durch die Zielhemmung der Sexualtriebe sei das Bedürfnis nach dauerhaften und verlässlichen Liebesbeziehungen zu verwirklichen, spiegelt sich sowohl in den Lebenssituationen wieder, die zur Aufgabe einer Anzeige motivieren, wie im Mainstream der Partnerschaftsanzeigen selbst.

Nur jene Minderheit, die ein eindeutig und mehr oder weniger ausschließlich sexuell ausgerichtetes Interesse äußert, bewegt sich jenseits vom wertkonservativ anmutenden Festhalten an festen Bindungen. Den sportsmen of sex bietet der Kontaktanzeigenmarkt ein Schlupfloch für die Entreglementierung der Triebbedürfnisse. Die Bloßstellung sexueller Tabus (Freuds »Perversionen«) funktioniert hier offenbar als öffentliches Privatissimum, ohne daß die Gesellschaft mit Unterdrückung reagiert. Das Aufstellen besonderer Hindernisse als kulturelle Errungenschaft, die den sexuellen Antrieben erst ihre höhere erotische Befriedigung verschaffe, reduziert sich auf eine konservative Überzeugung, die man teilen oder nicht teilen kann.

Daß Kultur und Triebunterdrückung schlechthin als Synonyme verwendet werden, will da nicht mehr recht einleuchten. In Frage steht im besonderen die These von einer herrschaftsförmig organisierten Gesellschaft, die gezielt zusätzliche, über das zivilisatorisch insgesamt unvermeidbare Maß an Triebunterdrückung hinausgehende Schranken setzt. Wenn zumindest jenseits der notwendigen Arbeit im »Reich der Freiheit« kaum noch machtvolle Instanzen auszumachen sind, denen man die soziale Gehemtheit großer Teile der Gesellschaft ursächlich anlasten kann, liegt es nahe, die fortwirkende Instanz der Triebunterdrückung zentraler denn je in den Menschen selbst anzusiedeln – und zwar weniger im »Über-Ich« als im »Ich«. Die weitgehende Säkularisierung und Pluralisierung moralischer Grundüberzeugungen hat die Festigkeit der verinnerlichten Normen und Normerwartungen soweit reduziert, daß Gewissensängste bzw. Schuldgefühle weit weniger als noch in den fünfziger Jahren durchschlagen dürften.

Marcuse hat theoretisch zu zeigen versucht, auf welche Weise die zunehmende moralische Legitimierung einer sexuellen Instrumentalisierung des Körpers zu einer »Selbstsublimierung der Sexualität« führen könne. Das Wiederaufleben einer prägenital-polymorphen Sexualität sei eine heilsame Regression, die im Dienste einer »Erotisierung der Gesamtpersönlichkeit« (vgl. Marcuse 1969, S. 198 ff.) stünde. Libidinöse Energie würde den sozialen wie geistigen Tätigkeiten zufließen. Mit dem Aufheben der zwanghaften Desexualisierung des gesamten öffentlichen Lebens würde den rüden, tatsächlich moralisch verwerflichen Manifestationen bloßer Sexualität gerade vorgebeugt. Jene Selbstsublimierung würde sich, da sie keine isolierte, vom einzelnen Menschen für sich zu bewältigende Leistung sei, jedoch *nicht* ohne eine Erotisierung der in Gemeinschaftsaufgaben eingelassenen Arbeitsbeziehungen entwickeln.

Marcuse hat vermutlich eine Alltagskultur im Blick gehabt, in der tendenziell jeder soziale Ort und Anlaß Gelegenheit zum persönlichen Kennenlernen sein und spontan einen akzeptierten erotischen Beigeschmack entfalten könne – ganz gleich ob wir gerade eine Rechnung bezahlen, ein Diensttelefonat führen oder uns im Bus gegenüber sitzen.

VII

MEDIEN ALS VORBILDER UND SCHUTZMÄCHTE

Die herrschende, von den Medien sinnfällig gemachte Ideologie des anything goes in den Geschlechterbeziehungen ermöglicht eher Dauerberichterstattungen von der Sex-Front als offenes Reden über wenig (re-)präsentationsfähige Beziehungs- und Sexualerfahrungen (oder gar ungewollte Askese). Die Sexualisierung der Medien mag ein unterschwellig befremdendes, ja zuweilen lächerliches Moment haben – im Ganzen wird ihr doch noch so viel dokumentatorischer Charakter zugeschrieben, daß der mutmaßliche Abbildcharakter der Medienwelt auf die wirklichen sozialen Orientierungen und Reaktionsweisen zurückschlägt, obschon weitgehend nur Projektionsflächen für unausgelebte Phantasien geschaffen werden. Günther Anders hat die Beziehung von Medien und Wirklichkeit pointierend mit der von Phantom und Matrize verglichen.

Immer stärker dominiert so die Angst, in Liebesangelegenheiten den Zug der Zeit zu verpassen, die Angst vor dem Alleinsein. Die wahrgenommene Differenz zwischen einer angeblich schon zum Modellfall gewordenen Direktheit und sexuellen Liberalität und der eigenen Lebensweise führt oftmals zu einem verunsichernden Gefühl der Modernitätsrückständigkeit, das rhetorisch überspielt und aktiv (eben auch durch Partnerschaftsanzeigen) bekämpft werden muß. Wer tatsächlich mutig biographisches Neuland betritt, versteht sich gesellschaftlich eher schon wieder als Nachzügler – was ihn zugleich entlastet.

Der von den Medien genutzte Common sense, es habe in den Kernbereichen der Gesellschaft im Gefolge der Achtundsechziger-Bewegung eine schleichende Revolutionierung der Geschlechterbeziehungen längst stattgefunden, und dies verpflichte ein zeitgemäßes Medium, sich dem Strom der Zeit einzufügen oder sich an dessen Spitze zu setzen, mag die Medien befreit haben – nicht aber die Gesellschaft.

Daß das Leiden an Ungeborgenheit und sozialer Kälte für die Medien kaum ein Thema ist, braucht nicht zu verwundern. Der Single existiert dort allenfalls als Überzeugungstäter. Viele Frauenzeitschriften und sogenannte Zeitgeistmagazine hofieren das neue Ideal der emanzipierten Karrierefrau: Sie steht dazu, alleine zu sein, denn echte Partnerschaft bedeutet ihr Abhängigkeit und Aufopferung. Selbstverständlich »nimmt« sie sich einmal einen Mann, wenn es ihr gerade danach ist oder der Karriereförderung dient. Für Sentimentalitäten bleibt kein Platz. Sie kopiert damit eigentlich nur den althergebrachten Typus des erfolgreichen, harten und im Zweifelsfall rücksichtslosen Karrieremanns. Insofern sie als heimliche Identifikationsfigur der Mehrheit sehr wohl verletzbar gebliebener Frauen Entlastung verschafft, mutiert sie zum Inbegriff der modernen Frau, der man es gleich tun möchte, ohne dazu recht in der Lage zu sein.

Das Nachformenwollen der Geschlechterbeziehungen nach medial vermittelten Bildern schafft eine Phantasiekulisse, die mit dem Erleben in konkreten Interaktionen vermittelt werden muß. Durch die vorschnellen Schließungsprozesse wird die mit dem latenten Wissen um die unvermeidlichen Korrekturen der anfänglichen Fremdwahrnehmungen einhergehende Furcht vor »Irtümmern« einstweilen gebannt. Die Stärke der jeweils assimilierten Bilder ermöglicht orientierungsstiftende Typologisierungen (und kohärente Idealisierungen), die das Eintreten in eine neue Beziehung scheinbar einfacher machen. Dafür ist ein Preis bleibender Verunsicherung an anderer Stelle zu zahlen: Man weiß nicht mehr recht, wieviel Nähe und Vertrautheit eigentlich noch als wenig oder wie wenig schon als viel zu gelten hat. Die überschüssigen Phantasien sitzen oft schon von Beginn an auf einer äußeren Statik, deren Stabilität den allmählichen Gleichgewichtsbildungen Bewegungsspielraum nimmt.

Das nach wie vor verbreitete Unbehagen an der Entkopplung von Liebe, Partnerschaft und Sexualität wird oft nicht mehr zum Ausdruck gebracht. Auch (jüngere) Paare, die schon eine ganze Weile zusammen sind, nehmen oft auf die scheinbar verallgemeinerten Normen der Promiskuität und Zukunftsoffenheit Rücksicht und navigieren so voller Unbehagen in eine Grauzone zwischen Intimität und Fremdheit.

VIII

DURCHBLICKE IM DSCHUNDEL DER LIEBESANGELEGENHEITEN

Vielleicht kennt der ein oder andere die nach dem Kennenlernen eines beeindruckenden Menschen immer wieder auftretende angenehme Unfähigkeit, dessen schieres Aussehen (die gleichsam leblose Gesichtsphysiognomie betreffend) vor seinem inneren Auge in Erinnerung zu bringen. Unser fotografisches Gedächtnis liefert vielmehr zahlreiche für sich selbst stehende Momente des mimisch-gestischen Ausdrucks, ohne daß sie schon auf etwas Identisches reduziert werden könnten. Ganz ähnlich verhält es sich mit individuellen Eigenheiten der Stimme und des sprachlichen Ausdrucks. Erst die Intensität solcher Bewußtes wie Unbewußtes einschließenden Wahrnehmungen offenbart anfängliche Einblicke in das innere Wesen einer Person, die einem wie auch immer gefaßten Katalog an Statusmerkmalen und Einstellungsmustern äußerlich bleiben. Ein tiefergehendes Sicherheitsbedürfnis muß durch den Zustand bewegter Verunsicherung hindurchgehen, aus dem nur ein allmähliches, erlebnisgebundenes Sich-Orientieren wieder herausführt. Die Überraschungseffekte, die sich in den Anfängen intimer Kommunikation einstellen, belegen, wie wenig das Unwesen der Alltagskommunikation im bürgerlichen Verkehr der intuitiven Wahrnehmungsfähigkeit der Menschen zugänglich bleibt. Was mit den ersten Blicken hinter die Kulissen den Anschein von differenter Einzigartigkeit gewinnt, ist uns prinzipiell aus allen wirklich vergleichbaren, real eher seltenen Begegnungen schon vertraut: das lange seelische Nachspiel von »Kleinigkeiten«, überhaupt der Kanon an unangemessen scheinenden Ängsten und Verletzbarkeiten, die Bescheidenheit der wirklichen Lebenskreise, das Leiden an der Vereinzelung, chronisch unbewältigte Persönlichkeitskonflikte, kaschierte erotische Interessen, Gefühle der Randständigkeit usw. Ohne Zweifel wird heute angesichts der verringerten materiellen Lebensnot – nicht nur innerhalb von Partnerschaften – den »Psychothemen« ein vergleichsweise

großer Raum gegeben. Die verbreitete Ideologie, die kulturelle Hegemonie der Nachkriegsgeneration habe in Deutschland enttabuisierte und unverzerrte Kommunikationsformen etabliert, unterdrückt die Wahrnehmung jener kruden, wohl tatsächlich neuartigen Koexistenz von Simulantum und neuer Gesprächsfähigkeit. Das Überraschungsmoment intim zu nennender Kommunikation rührt also gerade nicht bloß daher, daß man unter Bedingungen größerer Anonymität das ein oder andere ausklammert. Erst die strategische Beherrschung normgerechter Selbstdarstellung, die umfassende und authentische Mitteilung zu sein vorgibt, führt zu verzerrter, Verwirrung stiftender Kommunikation.

Der Partnerschaftsmarkt mag unzweifelhaft viele glückende Beziehungen gestiftet haben. Die Hoffnung, über vorab grob geklärte Gemeinsamkeiten in den Werthaltungen und Lebensneigungen einen tragfähigen Leitfaden fortknüpfen zu können, muß dafür ebensowenig realistisch sein wie die Hoffnung, ohne kränkende persönliche Ablehnungsrisiken ans Ziel zu kommen.

Daß die Vervielfältigung der Kontakthanbungsmöglichkeiten sich in erster Linie über marktformig geschaffene Medien vollzieht, hat mit einem Zuwachs an Handlungsrationalität nur wenig zu tun. Vielleicht macht derjenige einen adäquaten Gebrauch von den neuen Vermittlungsmedien, der nicht auf das von Zerschmelzung bedrohte Eis irgendeines Kriterienkanons oder praktischen Fahrplans sich einzulassen bereit ist und weiß, auf die Verbesserung seines Gespürs für die Feinmechanik der Geschlechterbeziehungen angewiesen zu sein.

Solange einer avancierten Form von Vernunft Ehe die Aura der romantischen Liebespassion gegeben wird, kann nicht Schritt für Schritt Verfügbares in Unverfügbares verwandelt werden. Die von den Kulturpessimisten ausgemachte Rückbildung von Kontakt- und Liebesfähigkeiten findet in der fröhlichen Liberalisierung des Partnerschaftsmarkts ihre zeitgemäße Form und Ausdruck.

Das romantische Liebesideal hat keineswegs ausgedient. In den Anzeigen der Institute wird es geradezu ausgebeutet. Die aktiv betriebene Liberalisierung der Geschlechterbeziehungen verstärkt zugleich scheinbar paradox ein Blindwerden für die Schleichwege zur romantischen Liebesbeziehung. Als gehandeltes Kronjuwel wird sie ersehnt wie sechs Richtige im Lotto.

Literatur

Freud, Sigmund: Kulturtheoretische Schriften. Frankfurt/M. 1974.

Habermas, Jürgen: Illusionen auf dem Heiratsmarkt. In: Arbeit, Erkenntnis, Fortschritt. Amsterdam 1970.

Marcuse, Herbert: Triebstruktur und Gesellschaft. Frankfurt/M. 1969.

Mikula, Gerold/Stroebe, Wolfgang: Sympathie, Freundschaft, Ehe. Bern 1977.

Willi, Jürg: Die Zweierbeziehung. Spannungsursachen. Störungsmuster. Klärungsprozesse. Lösungsmodelle. Hamburg 1975.

Peter Moritz

Mißlungene Aufklärung

DIE DOPPELTE UMKEHR EINES KONZERNS

I

Zu Beginn des Jahres 1995 startete die Deutsche Shell AG eine dreißig Millionen Mark teure Kampagne, mit der sie »einen Beitrag zu etwas mehr Menschlichkeit« zu leisten beabsichtigte. In einer schmucken und farbenfroh aufgemachten Broschüre ergreift der Konzern Partei für die sozial Schwachen, für Rollstuhlfahrer, Kinder und alte Menschen. Er wirbt nicht für sein Produkt, das Benzin.¹ Dahinter mag die Auffassung stehen, daß der Autofahrer sowieso tanke, es komme auf die besondere Bindung an die Marke an, die zu diesem Zweck in der Bevölkerung noch einmal anders attribuiert werden müsse. Der Mineralölkonzern präsentiert sich auf dieser Stufe des Marketings als fortschrittliches Unternehmen, das augenscheinlich über den Tellerand des eigenen Profits hinaus auf die sozialen Belange schaut.

Die Shell AG verbindet eigene Interessen mit dem Schicksal von Bevölkerungsteilen, die nicht unmittelbar zur Zielgruppe der Konzernprodukte gehören – ein Konzept, das ebenso ungewöhnlich wie avanciert anmutet, da das Engagement zunächst darin besteht, Fragmente des alltäglichen mißlingenden Lebens für das eigene Image zu präsentieren. Eine von der Deutschen Werbewirtschaft initiierte Kampagne gegen Obdachlosigkeit, Egoismus, Armut und Gleichgültigkeit demonstriert beispielhaft die neue Qualität dieser Art zu werben. Das Plakat zeigt einen Aktentaschenträger im Nadelstreifen, der an einer mit Lumpen bekleideten Frau vorbeihuscht, die auf der Erde kauert, vor sich eine halbe Flasche Kakao. In fetten Lettern steht quer über dem Plakat »Mahlzeit«, weiter unten befindet sich der Slogan: »Armut in Deutschland. Nicht wegsehen. Handeln!« Nach Auffassung der Initiatoren sei das Ziel der Kampagne zwar »nicht der moralische Fingerzeig«, gleichwohl solle die Darstellung »jeden auffordern, aktiv zu werden, wenn schlicht Nächstenliebe dies erfordert«². Das abgebildete und im buchstäblichen Sinne des Wortes vergrößerte Leid soll die Sensibilisierung für Randgruppen fördern, soll einen Lernprozeß in der Bevölkerung initiieren, der die gute soziale Tat mit dem Namen der Deutschen Werbewirtschaft verbindet. Anscheinend müssen Menschen erst auf das Elend, auf Bettler, Rollstuhlfahrer und geschundene Kinder plakativ aufmerksam gemacht werden, bevor der ändernde Eingriff erfolgen kann. Eine absurde Situation, die darin gipfelte, daß die Passanten beim Weihnachtseinkauf an einem armen, bettelnden Menschen vorbeikommen, der vor einem überdimensionalen Plakat hockt, auf dem wiederum ein Bettler abgebildet ist, der vor der entsprechenden Plakatierung sitzt. Die Verdoppelung der Ausgangssituation ließe den Irrsinn von Aufklärung hervortreten, sofern die Passanten den realen Bettler vor seiner übergroßen, fiktiven Projektion übersähen.

II

»WIR WOLLEN ETWAS ÄNDERN«

Der Vorsitzende der Deutschen Shell AG spricht den Leser im Vorwort der genannten Broschüre unvermittelt an: »Sicher werden auch Ihnen schnell ein paar Dinge einfallen, die Sie in Ihrer Umgebung gern ändern würden. Dinge, die Sie jeden Tag ärgern oder traurig machen. Perspektivlose Jugendliche etwa oder die Gefährdung von Kindern im Straßenverkehr, unfreundliche Mitmenschen ...«. Die Tatsache, daß jeder solche und ähnliche Erfahrungen alltäglich sammeln kann, steigert die auf Identifikation abzielende Wirkung der Anrede. Das Motto der Kampagne appelliert an den Gemeinsinn: »Wir wollen etwas ändern« signalisiert eine flexible Einstellung und ein auf die Zukunft der Gesellschaft gerichtetes Engagement. Der Slogan »Wir kümmern uns um mehr als Autos« unterstreicht diese Haltung. Shell stellt nicht die Technik, sondern den Menschen in den Vordergrund. Dementsprechend wirbt die Broschüre weder für Autos noch für Kraftstoff oder andere konzerneigene Produkte. Der das Vorwort persönlich unterzeichnende Konzernchef erläutert die Absicht: »Und damit Sie merken, wie wichtig uns unser Vorhaben und die in dieser Broschüre zusammengefaßten Gedanken und Ideen sind, haben wir auch unseren Werbeslogan geändert. Es ist kein Slogan im eigentlichen Sinne mehr, sondern eher ein Bekenntnis, das die Haltung unseres Unternehmens auf den Punkt bringen soll.«³ Die Formulierung »im eigentlichen Sinne« spielt auf die Ambivalenz an, die hinter dem Vorhaben steht. Auf der einen Seite soll der Slogan die neue Firmenphilosophie symbolisieren, daß die Produktwerbung einem höheren Ziel gewichen sei; auf der anderen Seite buhlt der Vorsitzende – wie unter guten Freunden – mit der Überschrift »Ein offenes Wort zum Schluß« um Verständnis dafür, daß »das soziale Engagement eines Unternehmens selten selbstlos ist«. »Wir wollen nicht bestreiten«, räumt er ein, »daß hinter dieser Aktion auch eigennützige Interessen stehen, die Kampagne somit zugleich ›Werbung‹ für die Shell ist.« Das in Anführungsstriche gesetzte Wort »Werbung« dokumentiert den Zwiespalt zwischen eigennütziger Promotion und selbstlosem gesellschaftlichem Engagement. Der Text deutet diese Zerrissenheit an, ohne sie weiter zu beleuchten.

Der missionarische Eifer rückt Shell in ein positives Licht: ein Unternehmen, das augenscheinlich altruistisch seine ökonomischen Interessen zurückstellt. Der Konzern lädt die Leser ein, sich den humanen Motiven anzuschließen. Das Medium für die Durchsetzung seiner Interessen ist die Aufklärung darüber, was gesellschaftlich zu ändern sei: Unternehmen wie Leser lernen gemeinsam die Notwendigkeit, sich sozial zu engagieren. Shell begründet sein Engagement damit, daß »der Staat, die Kirchen und die sozialen Einrichtungen nicht überall sein können«. Die Erinnerung, daß man »zu den wenigen Unternehmen gehört, die sich bereits seit Jahrzehnten in dieser Form engagieren«, grenzt Shell positiv von anderen Konzernen ab.

Der Text versucht, den Leser auf seine Seite zu ziehen. Shell deklariert, daß selbst ein so »großes Unternehmen«, trotz aller »Erfahrung auf dem sozialen Sektor«, nicht ohne Unterstützung auskomme: »Wir brauchen Sie und Ihre Hilfe.« Der Appell schließt an das Motto »Wir wollen etwas ändern« an und sucht den Leser für die Kampagne zu gewinnen. Er mündet in die Behauptung: »Wirklich etwas verändern kann nur der einzelne, also Sie.« Der Nachsatz »also Sie« gewährt durch die direkte

Anrede nicht nur den persönlichen Bezug der abstrakten Formulierung, daß nur der einzelne etwas verändern könne. Das Anhängsel unterstreicht auch die Umkehrung der geläufigen Floskel, daß der einzelne ja doch nichts ausrichten könne. Die nachgestellte Anrede federt zugleich eine denkbare, mehr oder weniger bewußte Abneigung des einen oder anderen ab, sogleich aktiv werden zu müssen. Die alternative Formulierung: »Nur Sie können wirklich etwas verändern«, vielleicht mit dem Zusatz: »Also los jetzt!«, könnte den Leser vor den Kopf stoßen. Eine derartige Wirkung stünde gegen das Konzerninteresse, den Leser als Verbündeten zu gewinnen. Die Absicht, ihn in den Lernprozeß einzubinden, tritt deutlich durch das kursiv gesetzte Personalpronomen in dem Motto »Wir wollen etwas ändern« hervor. Die Präsentation in der ersten Person Plural signalisiert Stärke und Macht durch Gemeinsamkeit; zugleich tritt das Unternehmen aus der Anonymität heraus. Der Appell an den einzelnen erweist sich propagandistisch als effektiv, da er die Bedeutung des angesprochenen Individuums erhöht und die Verbrüderung des Konzerns mit den Randgruppen dieser Gesellschaft suggeriert. »Wir wissen«, fährt Shell im Anzeigentext fort, »daß die meisten Probleme zu groß sind, um von uns aus der Welt geschafft zu werden. Aber wir hoffen, daß wir mit Ihrer Hilfe hier und da wenigstens ein bißchen dazu beitragen können.« Angesichts der umfangreichen gesellschaftlichen Aufgabe gibt sich der große Konzern klein – eine Attitüde, die die gewünschte Nähe zum Kunden unterstreicht.

Die Shell AG zeigt, daß sie mit gutem Beispiel vorangeht: »Wir haben das Jahr 1995 zum ›Jahr der Freundlichkeit‹ erklärt. Warum? Weil wir und unsere Tankstellenpartner finden, daß ein freundliches ›Guten Tag‹ und ein Lächeln am Anfang unserer großen Ziele stehen müssen. ... Wir hoffen, daß wir mit Ihrer Hilfe hier und da ein bißchen dazu beitragen können.« Die rasche Verbindung vom Lächeln zur gesellschaftlichen Wandlung wirkt zwar etwas abrupt, Broschüre und Anzeigenkampagne klären aber über die »großen Ziele« auf. Die doppelseitige Aufforderung zum sozialen Engagement lautet im Titel plakativ: »Einsamkeit ist eine weitverbreitete Erscheinung unserer Zeit. Das wollen wir ändern.« Der Texthintergrund ist in dunkelgrünen und blau-schwarzen Tönen gehalten, die der Kälte entsprechen, die das Bild vermittelt: Der Leser trifft auf ein traurig dreinschauendes kleines Mädchen, das aus dem Fenster eines spärlich beleuchteten Raumes ins Dunkle hinauslugt. Es hält sein Stofftier in den Händen. Die Szene mutet herzerreißend an. Empörung und Betroffenheit mögen den Leser überwältigen. Sofern er im Kleingedruckten weiterliest, erfährt er unter dem Titel »Shell möchte alte Menschen und Kinder zusammenbringen« mehr über die Zusammenhänge: »Die Ursache für soziale Probleme in unserer Gesellschaft ist häufig nicht Geld-, sondern Zeitmangel. Die meisten sind viel zu sehr beschäftigt, um sich um andere zu kümmern. Sogar für die eigene Familie ist oft keine Zeit mehr.« Abhilfe zu schaffen, verkündet Shell, »ist ganz einfach: Alte Menschen, die viel Zeit und keine Aufgabe mehr haben, werden mit Kindern zusammengebracht, deren Eltern wenig Zeit haben. Zu tun gibt es genug: Die Senioren können babysitten, Kinder bei den Hausaufgaben unterstützen, ihnen vorlesen, mit ihnen spielen und vieles mehr. Auf diese Weise wird allen geholfen: Die alten Menschen bekommen einen neuen Lebensinhalt, und die Kinder sind nicht länger auf sich allein gestellt.«

Die einfache Lösung, die der Broschürentext verspricht, gipfelt darin, daß Shell den geneigten Leser an eine Adresse verweist, an »Seniorenbüros, die heute schon in 43 Städten, Kreisen und Gemeinden in ganz Deutschland existieren. Mehr darüber erfahren Sie beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ...« Neben der unverbindlichen Empfehlung, freundlicher zueinander zu sein, fällt Shell bezeichnenderweise nichts anderes ein, als den Leser ausgerechnet an den zu verweisen, der im Vorwort implizit für nicht hinreichend kompetent erachtet wurde: den Staat. Diese Inkonsequenz liegt in der Sache selbst, schließlich kann ein Mineralölkonzern nicht ohne weiteres Aufgaben übernehmen, die von politischer Seite her anzugehen sind. Der Widerspruch wird zunächst nicht evident, weil die plakative, bunte Aufmachung ihn überdeckt: Der in freundlich-nette, glatt formulierte Sätze und Wendungen verpackte pädagogische Impetus versucht den Leser im Plauderton in einen Diskurs zu verwickeln, an dessen Ende ohne große Wandlung die soziale, philanthropie Gesellschaft stehen soll.

Als ob der Konzern am Ende in Anbetracht der hehren sozialen Vorsätze ein Stück weit seine Identität preisgeben zu müssen glaubt, versichert die Broschüre dem Leser, »daß die Shell selbstverständlich bleibt, was sie ist: ein leistungsstarkes, innovatives Wirtschaftsunternehmen, das ... nicht zuletzt seinen Aktionären verpflichtet ist«. Ehrlich fügt der Vorsitzende hinzu: »Insofern wird es unser oberstes Bestreben sein, auch in Zukunft geschäftlich erfolgreich zu sein und angemessene Gewinne zu erzielen.« Shell möchte weg vom Image eines profitgierigen Großkonzerns, verknüpft deshalb die Werbung für sich selbst mit der für mehr Humanität. Ein Kunstgriff soll am Ende den Widerspruch legitimieren: Shell müsse Gewinne erzielen, denn »nur so können wir auf sozialem Gebiet tätig werden«.

III

»BRENT SPAR« UND GREENPEACE

Im Frühsommer brachte ein Ereignis die Routine durcheinander, mit der die Shell AG ihre Imagekampagne schaltete. Der Konzern veranlaßte die Entsorgung der firmeneigenen Lager- und Verladeeinrichtung »Brent Spar« aus Kostengründen nicht an Land, sondern weit weg im Atlantik, wo sie versenkt werden sollte. Die Aktion hätte wieder einmal ungestört und unbeachtet von der Öffentlichkeit abgewickelt werden können, wenn nicht Greenpeace auf den Plan getreten wäre. Die Intervention der Umweltschützer erwies sich als Störfeuer gegen den Glanz der Kampagne.

Wie Shell bedient sich auch Greenpeace der Medien, um die eigenen Interessen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Das vermeintliche Fehlverhalten, die Plattform nicht an Land zu entsorgen, schien aus Sicht von Greenpeace bei entsprechender Organisation besonders geeignet, sich zu einem Medienspektakel ausweiten zu lassen: Der Transport der »Brent Spar« von der Nordsee in den Atlantik sollte mehrere Wochen umfassen. Der Faktor Zeit spielt für Greenpeace eine wesentliche Rolle. Je ausgedehnter und abenteuerlicher eine Aktion, desto mehr Öffentlichkeit, die im Falle von Greenpeace dank der enormen Publicity zu einem erhöhten Spendenaufkommen führt.

Greenpeace mobilisierte Presse und Fernsehen. Der Entwurf und die Verbreitung

zweier Plakate demonstrierte den Charakter der gegen Shell gerichteten Aktivitäten: Unter dem Motto »Shell hat jetzt ein neues Zeichen« leuchtet dem Betrachter eine gelb-rote Muschel entgegen, aus der tiefschwarzes Öl tropft. Unter dem Slogan steht zu lesen: »Wir versenken Ölplattformen im Meer, belasten die Umwelt, verseuchen Lebensräume, gefährden das Ökosystem und ignorieren Alternativen.« Die nachfolgende Klarstellung adaptiert ironisch den Shell-Slogan und dreht den Spieß um: »Greenpeace: Das werden wir ändern«.

Parallel zur Plakataktion kaperten Greenpeace-Aktivisten in spektakulärer Weise die Plattform. Greenpeace-Schlauchboote trotzten den starken Wasserkanonaden der Shell-Sicherheitsarmada, die unterdessen Mitglieder der Greenpeace-Crew arretierte.

Das Kalkül von Greenpeace ging auf. Via Satellit war in jedem Dorf zu sehen: Der mächtige Ölmulti zeigt sein wahres Gesicht, das die freundlichen Werbesprüche zu Hause als inhaltsloses Geplapper entlarvt. Die Dramaturgie auf hoher See fügte sich in das Arrangement der TV-Nachrichten, die an exponierter Stelle über das Ereignis berichteten, das sich, jeden Abend häppchenweise serviert, zu einer spannenden Fortsetzungsgeschichte zu entwickeln begann. Die reißerischen Bilder aus der Nordsee erweckten für den Moment den Eindruck, daß die Rettung der ökologisch bedrohten Welt von der Umkehr der Plattform abhinge. Das Böse schien ausgemacht, alle Unbill der Industriegesellschaft auf den mächtigen Konzern projiziert. Der rasche Wechsel zur einige hundert Meter entfernten Konkurrenz, den viele Autofahrer vollzogen, sollte die richtige moralische Einstellung verbürgen, mit der sich für viele die Beruhigung verband, etwas für die Umwelt getan zu haben. Der einzelne konnte seinen Einsatz zum substantiellen Umweltschutz aufwerten.

Wie Shell beabsichtigt auch Greenpeace, das eigene Image mit gesellschaftlichem Engagement zu verknüpfen. Während Shell aber ein allgemeines soziales Interesse vorgibt, um die Bindung an die Marke zu erhöhen, wirbt Greenpeace um das Verständnis für eine ökologisch bedrohte Umwelt, ohne den Verkauf einer Ware im Hinterkopf zu haben. Der Kampf um die »Brent Spar« brachte Greenpeace zwar eine Menge Sympathie und zahlreiche neue Mitglieder. Gleichwohl verloren die Hintergründe, Fakten und weiteren Zusammenhänge hinter den reißerischen Bildern aus der Nordsee an Bedeutung. Die Show stand im Vordergrund. Die von Greenpeace behaupteten – und wie sich später herausstellte: falschen – Angaben über die Giftstoffe in der »Brent Spar« spielten keine Rolle. Die sachliche Auseinandersetzung trat hinter den zum Exempel statuierten Kampf zurück, der das Image der Umweltorganisation emporschnellen ließ – zum Nachteil des Ölkonzerns.

IV

DIE UMKEHR: »WIR WERDEN UNS ÄNDERN«

Die Shell AG befand sich in einem Dilemma: Auf der einen Seite drohten die anhaltenden Proteste sowie die schlechte Presse den Gewinn zu schmälern und Brandbomben auf Shell-Stationen die Mitarbeiter zu gefährden. Auf der anderen Seite befürchtete der Konzern, sich vom ramponierten Image so bald nicht erholen zu können. Der Umkehr der Plattform folgte die Umkehr der Corporate Identity. In einer großangelegten, eilends geschalteten Anzeigenkampagne machte Shell aus »Wir wollen etwas

Wir werden uns ändern.

Sie haben alle von der Entscheidung der Shell U. K. gehört, bei der britischen Regierung den Antrag zu stellen, die Lager- und Verladeplattform „Brent Spar“ an Land zu entsorgen. Die Deutsche Shell Aktiengesellschaft, unsere Mitarbeiter und unsere Tankstellen- und Vertriebspartner haben diese Entscheidung mit Erleichterung aufgenommen.

Aber wir haben auch daraus gelernt. Denn obwohl die ursprüngliche Entscheidung der Shell U. K. in völliger Übereinstimmung mit den einschlägigen britischen Gesetzen und insbesondere mit den internationalen Konventionen von Paris und Oslo zum Schutz der Meere stand, war die geplante Tiefsee-Entsorgung nicht durchsetzbar. Sie war es deswegen nicht, weil zahlreiche Regierungen der Nordsee-Anrainerstaaten den ursprünglich

genehmigten Entsorgungsweg nicht mehr mittragen wollten. Das hat uns gezeigt, daß die Übereinstimmung einer Entscheidung mit Gesetzen und internationalen Bestimmungen allein nicht ausreicht. Hinzukommen muß die notwendige Akzeptanz in der Gesellschaft.

Wir haben gelernt, daß die Öffentlichkeit unsere Argumente nicht nachvollziehen konnte. Aber nicht nur das. Uns ist auch bewußt geworden, daß wir auf Sie, unsere Kunden, mehr und genauer hören müssen.

Damit haben wir auch gelernt, daß für bestimmte Entscheidungen Ihr Einverständnis genauso wichtig ist wie die Meinung von Experten oder die Genehmigung durch Behörden. Tatsachen, denen in

Zukunft sicher nicht nur wir, sondern auch andere Unternehmen bei wichtigen Entscheidungen gerecht werden müssen.

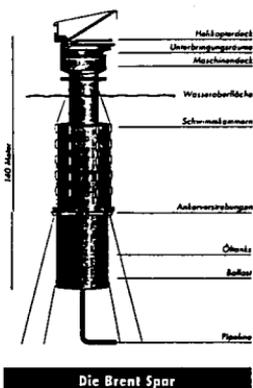
Wir sind daran erinnert worden, daß wir als Unternehmen unsere Größe und Stärke letzten Endes Ihnen, unseren Kunden, verdanken.

Und wir sind daran erinnert worden, daß – wie bei uns rund um die „Brent Spar“ geschehen – viele gute Leute aus ihrer Sicht das Vernünftigste und Beste tun können und daß dies dennoch zu einer Gesamtentscheidung führen kann, die die Gesellschaft nicht akzeptiert.

Aus den Ergebnissen der letzten Tage werden wir mit Sicherheit Konsequenzen ziehen und nach Wegen suchen, unterschiedliche gesellschaftliche Strömungen und Entwicklungen über die Landesgrenzen hinaus wahrzunehmen und entsprechend zu berücksichtigen.

Auch wenn das Lernen manchmal schmerzt – nur wer lernt, hat Zukunft. Und natürlich wollen wir Zukunft haben. Wir wollen erreichen, daß Sie uns wieder akzeptieren. Und wir wünschen uns, daß das, worauf wir stolz sind, von Ihnen wieder anerkannt wird: unsere Glaubwürdigkeit und Integrität.

Wir werden daran arbeiten.



Peter Duncan
Peter Duncan, Vorstandsvorsitzender



ändern« flugs »Wir werden uns ändern«. Das Personalpronomen behielt der Konzern bei, es sollte sich diesmal auf ihn selbst beziehen. Eigentümlich an der fortgesetzten Aktion mutet an, daß Shell die Kampagne nicht abbricht, in der Hoffnung, daß Gras über die Sache wächst, die Gemüter sich von selbst beruhigen und irgendein anderes Ereignis zum Medienspektakel avanciert.⁴ Vermutlich hätten die einige Wochen nach dem »Brent Spar«-Drama eingeleiteten französischen Atomtests auf Mururoa und die hier parallel laufenden Aktionen von Greenpeace Shells Problem von selbst gelöst. Die Deutsche Shell AG entschied sich anders, vielleicht auch vor dem Hintergrund, daß das Ereignis die Mitarbeiter, die die Umkehr »mit Erleichterung aufgenommen haben«, im Gegensatz zur Londoner Konzernspitze peinlich berührte und das Bedürfnis bestand, ein gutes Gewissen nach außen hin zu demonstrieren. Auf diese Weise, mögen die Verantwortlichen gedacht haben, wäre der Weg wieder frei, Imagewerbung mit dem Appell an soziale Verantwortung glaubwürdig zu verbinden. Für diese Stufe des Marketings hatte Shell das Vertrauen der Bevölkerung vorerst verspielt.⁵

Der Konzern greift den Skandal auf, um ihn in seine Imagekampagne einzubinden. Der Titel klingt verheißungsvoll, er drängt Shell in die Rolle des Bekennenden und Beichtenden. Der Leser erwartet gespannt, wie Shell sich zu ändern beabsichtigt. Zu Beginn hebt der Konzern hervor, daß die Entscheidung, die »Brent Spar« zu versenken, nicht nur auf zahlreichen Gutachten fundiere und mit ökologischen Grundsätzen harmoniere, sondern daß sie auch »in völliger Übereinstimmung mit den britischen Gesetzen und insbesondere mit den internationalen Konventionen von Paris und Oslo zum Schutz der Meere stand«. Das konzessive »Obwohl«, das diese Worte einleitet, mündet schließlich in die Erklärung, warum »die geplante Tiefsee-Entsorgung nicht durchsetzbar« war: Es fehlte an der »notwendigen Akzeptanz in der Gesellschaft«. Der Konzern bringt damit zum Ausdruck, daß er zwar zur ursprünglichen, nach ökologischen und rationalen Kriterien getroffenen Entscheidung *nach wie vor* steht. Diese bewußte Entscheidung wiege jedoch nicht so schwer, daß sie den Willen »unserer Kunden, denen wir unsere Größe und Stärke letzten Endes verdanken«, zu übertreffen vermöchte. Auf der einen Seite versucht der Shell-Konzern sich integer zu geben und über das Geschehene aufzuklären. Auf der anderen Seite entschuldigt er sich für eine Entscheidung, zu der er *nach wie vor* steht und die er nur zurücknimmt, weil »die Öffentlichkeit unsere Argumente nicht nachvollziehen konnte«. Die Absicht, das eigene Image und den Umsatz zu retten, konterkariert den Anspruch, gelernt zu haben: Gipfelt der Lernprozeß darin, daß »für bestimmte Entscheidungen« das »Einverständnis der Öffentlichkeit« – sei es auch noch so uninformiert und irrational – »genauso wichtig ist wie die Meinung von Experten«, wird jede rationale, die Umstände erhellende Diskussion im Keim erstickt.

Die Aufklärung über die irrationalen Anteile des Protestes könnte die als Folie der Kampagne fungierende umschmeichelte Souveränität des Kunden in Zweifel ziehen. Der Konzern stellt das eigene Verhalten zur Disposition, um das seiner Klientel prinzipiell nicht in Frage stellen zu müssen. Er fügt sich damit der öffentlich zugeschriebenen Rolle des Delinquenten. Die Beteuerung, man habe gelernt, impliziert eine selbstreflexive Besinnung, die lauten könnte: Wir haben von Euch eine Lektion erhalten, ihr lieben Kunden, wir wollen ja lernen! Inhaltlich deutet das Bekenntnis an, daß erst die Reaktion der Boykotteure den Konzern zur Einsicht getrieben habe.

Die eigentliche Botschaft lautet: Seht, wir nehmen Euch ernst, jetzt könnt Ihr auch wieder bei uns tanken!

Das Hin- und Herlavieren zwischen Trotz und Devotion steigert sich am Textende zu peinlich anmutenden Floskeln: »Auch wenn das Lernen manchmal schmerzt – nur wer lernt, hat Zukunft. Und natürlich wollen wir Zukunft haben. Wir wollen erreichen, daß Sie uns wieder akzeptieren. Und wir wünschen uns, daß das, worauf wir stolz sind, von Ihnen wieder anerkannt wird: unsere Glaubwürdigkeit und Integrität. Wir werden daran arbeiten.« Besonders der letzte Satz hebt den Willen hervor, sich zu ändern. Shell ist »stolz« auf seine Glaubwürdigkeit, die es unbedingt zurückzugewinnen gelte. Die logische Inkonsistenz jedoch, daß der eingeschlagene Kurs der eigenen Überzeugung widerspricht, bleibt im Raum. Die Ambivalenz dokumentiert sich nicht nur in der zwischen Rechthaben und Bekenntnis pendelnden Argumentation, sondern auch in der Wortwahl und -zusammenstellung: Lernen wird mit Schmerz gekoppelt, ohne Lernen, ohne Schmerz keine Zukunft, die Shell nur habe, sofern sie an der eigenen Integrität hart arbeite. Diese wäre jedoch nur zurückzugewinnen gewesen, wenn sich der Konzern seiner eigentlichen Überzeugung gemäß verhalten hätte, daß die Entscheidung, die Plattform zu versenken, die bessere Lösung gewesen wäre. Statt auf die »notwendige Akzeptanz« zu pochen, wäre es ehrlicher gewesen, nicht die Umkehr zu betreiben, sondern den Kunden sinngemäß zu sagen: Ihr irrt euch, wir bleiben dabei. Wenn Ihr das nicht versteht und meint, woanders tanken zu müssen, tut uns das leid!

Eine glaubwürdige Variante wäre möglich gewesen. Sie hätte den Vorteil, sich nicht in Widersprüche zu verwickeln und die Integrität des Konzerns weiter zu beschädigen.

Eine solche Variante könnte auszugsweise lauten:

Wir haben zwar zahlreiche Gutachten und Expertenmeinungen eingeholt, die alle zu dem Ergebnis gekommen sind, daß eine Versenkung der Plattform ökologisch vertretbar ist. Wir haben es aber versäumt, Ihnen, liebe Kunden, dieses Ergebnis transparent zu machen und der Bevölkerung plausibel nahezubringen, daß ein derartiger Müll wie die »Brent Spar« unter dem Aspekt des Umweltschutzes immer eine scheußliche Sache ist, mit der jedoch unter den gegebenen Möglichkeiten am besten wie von uns vorgeschlagen umzugehen ist.

Diese Variante hätte einen Lernprozeß in Gang setzen können, der den im Anzeigentext formulierten Konflikt ernst genommen hätte. Shell hätte zwar nach wie vor zu seiner ursprünglichen Entscheidung gestanden, zugleich aber eingeräumt, ein Versäumnis begangen zu haben, das nicht die technologische Seite oder den Aspekt des Umweltschutzes betrifft, sondern in einem Defizit an öffentlicher Aufklärung über den Sachverhalt besteht.

Die von Shell gewählte Variante hingegen prolongiert den Widerspruch. Der Titel »Wir werden uns ändern« suggeriert einen Lernprozeß in der Sache selbst, der sich im Text nicht niederschlägt. Die Behauptung »Wir haben gelernt« ist strenggenommen unsinnig, sie besteht lediglich in dem Zugeständnis, daß es unter Umständen besser ist, eine schlechtere Lösung durchzusetzen. Shells Konzept, das Image durch die öffentliche Organisation von Lernprozessen aufzumöbeln, diese jedoch dort, wo sie glaubwürdig werden müßten, nicht ernstzunehmen, konterkariert den eigenen Anspruch.

Anmerkungen

- 1 Die Konkurrenz (Esso: »Pack den Tiger in den Tank!«) sucht ihr Image jetzt durch den gezielten Dienst am Kunden (»Höschenwindeln nach Geschäftsschluß«) zu mobilisieren.
- 2 SPIEGEL 35/95.
- 3 Deutsche Shell AG (Hg.): Wir wollen etwas ändern, Broschüre zur gleichlautenden Kampagne, Hamburg im Frühjahr 1995.
- 4 Die Hinrichtung des nigerianischen Dichters Ken Saro-Wiwa, der gegen den ökologischen Raubbau von Shell und anderen Mineralölkonzernen im Niger-Delta kämpfte, erregte in der hiesigen Bevölkerung nicht annähernd die Empörung, die einige Monate zuvor angesichts einer die Nordseestrände verschmutzenden »Brent Spar« die Gemüter erhitzte. Afrika ist weit weg, und Greenpeace trat diesmal nicht in Aktion. Spektakuläre, Shell kompromittierende Bilder blieben aus, der Konzern sparte sich eine das ramponierte Image stützende Kampagne.
- 5 Für diese Hypothese spricht, daß Shell nach dem Debakel zunächst wieder auf die bewährte Öko-Schiene setzte und Anzeigen schaltete, die den Konzern in einem sauberen Licht erscheinen lassen. Auf ganzseitigen Anzeigen erschien im August in allen namhaften Zeitungen: »Ab September: Shell bringt Diesel mit weniger Schwefel. Ab Oktober an allen Shell-Stationen.« Im Oktober folgte schließlich: »Besser für die Umwelt: Das neue Shell Schmierstoff-Konzept senkt den Kraftstoffverbrauch.«

Rainer Bremer

Landesspartage

FALL 1

In einem großen Bundesland wurde unter dem Titel »Die Einführung neuer Technologien in den Unterricht an Beruflichen Schulen ...« ein Modellversuch durchgeführt und finanziert. Als die Bewilligung vorlag, der Versuch also offiziell das Prädikat »förderungswürdig« erhielt, passierte bei der Finanzierung nach der Modalität der Bundesbeteiligung an Projekten, die laut Verfassung Länder-Kultushoheits-Angelegenheiten sind und nach dem Muster: »aus Deinen DM x mache ich DM $x+x$ « funktionieren, der übliche Betrug eines Landes, das sich verpflichtet hat, x aufzuwenden, um vom Bund $+x$ zu bekommen: Um das eigene x geringer zu halten als das $+x$ des Bundes, kürzte das Land seine schuldigen Aufwendungen. Die Modellversuchsschulen erhielten nicht in vollem Umfang jene Mittel, die für die Versuchsdurchführung bewilligt und von der fördernden Seite zur vollen Hälfte angewiesen waren.

Nun kann man aber den vom Land als Wegezoll für den Eingang der Bundesmittel einbehaltenen Anteil y (x mein = x dein - y mein) zur Schließung jener Finanzierungslücke, die eben durch die Verpflichtung, x aufzubringen, entstanden ist, schlecht gleichmäßig von den nun einmal wirklich zu erbringenden Leistungen abziehen; die Existenz von Tarifverträgen verhindert, daß eine für den Versuch eingestellte Arbeitskraft, offiziell nach A 13 besoldet, A 13- y erhält. Die Personalmittel sind feste Größen, die Sachmittel hingegen manipulierbar. Die wirkliche Finanzierung des Versuchs wich auf den probaten Weg aus, die Investitions- und Sachmittel zu kürzen, ihre Ausgabe stattdessen »darzustellen«.

Die für die Durchführung des Modellversuchs unverzichtbaren Computer wurden von der Liste der Investitionen gestrichen, die das Land sich zu finanzieren verpflichtet hatte. Der Modellversuch »Die Einführung neuer Technologien in den Unterricht ...« wurde dann halt ohne die neuen Technologien durchgeführt.

Er war trotzdem erfolgreich. – In einer deutschen Schule ist alles möglich, auch ein Modellversuch, dem der Gegenstand des Versuchs abhanden gekommen ist.

Sie haben einfach etwas anderes gemacht, sicherlich auch zum Wohle des Unterrichts.

FALL 2

600000 DM Personalkosten sind (nach eigener überschlägiger Rechnung) im 2. Haushaltshalbjahr 199x dafür verplant worden, daß Lehrer, die ohnehin auf der Ausgabenliste stehen, an Curriculumentwicklungen mitwirken. In diese Kosten gehen die Bereithaltung einer »verwaltungstechnischen« Infrastruktur mit Schreib- bzw. Sekretariatskräften sowie eines wissenschaftlichen Overheads und der Mehrauf-

wand ein, der durch die anderweitige Beschäftigung von Unterrichtsbeamten als für Unterricht entsteht. Im Rahmen ihrer Tätigkeit als Curriculumentwickler treffen sich im ganzen Land stationierte Lehrer 14tägig an einem zentralen Ort zur Zusammenarbeit, deren Früchte ein externer wissenschaftlicher Berater befördern und begutachten soll. Plötzlich aber sehen speziell ausgebildete Spartechniker die Möglichkeit, jenseits aller beschlossenen Festlegungen der Curriculararbeit, Reisekosten von 75000 DM für den laufenden Etat zu retten. Eine praktisch mit Arbeitsbeginn im 2. Halbjahr aufgenommene Entwicklungsarbeit wird per Haushaltssperre gestoppt, weil Geld für Dienstreisen nicht mehr ausgegeben werden darf. Der Apparat liegt brach, die Lehrer müssen zu Hause bleiben. Die Sperrung der Reisekosten machte wegen Unwiderruflichkeit des Planungsvorgangs 600000 zunichte, um 75000 zu sparen: 87,5 % werden verschwendet, um 12,5 % im Haben zu halten.

WAS MACHT DAS SCHON?

Jedes Land, das kameralistische Prinzipien der Haushaltsführung überwunden hat, plant seine Ausgaben mittels Budgets für alles und deshalb wohl auch für nichts. Staatliche Stellen müssen Haushaltspläne aufstellen, die zusammengeführt eine lange, aber simple Liste von zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben im Hoheitsgebiet ergeben. Zu den Einnahmen zählen fatalerweise auch Kredite, deren Tilgung und Verzinsung auf der Sollseite zu Buche schlagen. Immerhin, man hat mittelfristig Einnahmen, die ebenso wie die Ausgaben kalkuliert und nach gegenseitiger Aufrechnung weder eine »schwarze« noch eine »rote«, sondern eine schlichte Null ergeben müssen. Andernfalls muß man sich mehr pumpen (der gegenteilige Fall ist auf Länderebene nicht bekannt). Man kann auch versuchen, aus seinen gepumpten Pfunden mehr zu machen als sie laut Vertragslage hergäben, dazu muß man jemanden anderen dann innerhalb geschäftsüblicher Regeln »über den Tisch ziehen«, wie im Fall 1 den Bund.

Trotzdem muß die Addition prospektiver positiver (Haben) und negativer Zahlen (Soll) Null ergeben. Andernfalls darf ein solcher Haushalt nicht jene Gesetzeskraft erlangen, die ihm vorgeschrieben ist, damit auch nur eine Aus- oder Einnahme (!) getätigt werden kann. Das Haushaltsrecht, unter Legitimationspflichten von Verfassungsrang gestellt, führt jedesmal Etatberechnungen an den Rand der Idiotie, weil die Ausgaben vielleicht feststehen mögen, nicht aber die Einnahmen – es braucht das Gesetz im voraus, um etwas ausgeben zu können; um die parlamentarische Genehmigung zu bekommen, muß dem bewilligenden Parlament eine Rechnung vorgelegt werden, die seriös erst zum Abschluß des Haushaltsjahres angestellt werden könnte.

Das ganze Zahlenwerk taugt nichts, das wissen seine Autoren, aber sie können dagegen nichts machen. Die Prozedur steht fest, Korrekturen mit dem Ziel geringerer Ausgaben müssen im laufenden Geschäftsjahr per Haushaltssperre erzwungen (das Haushaltsgesetz suspendiert) oder es müssen per Nachtragshaushalt höhere Ausgaben (das Haushaltsgesetz ebenfalls suspendierend) genehmigt werden. In beiden Fällen ist die Planung Makulatur, der Gesetzescharakter konterkariert den Geist der Verfassung, der eine Sicherung davor verlangt, daß politische Mehrheiten, im Vier- oder Fünfjahresrhythmus gewählt, ohne jährliche parlamentarische Kontrolle allein mit Geld Politik machen können.

Notverordnungen haben in der Weimarer Demokratie zu berüchtigten Effekten geführt. Die ökonomische Impotenz von Regierung und Parlament öffnete der Diktatur die Einfallstore. Das ist überwunden, politisch muß man heute nicht befürchten, daß machtlüsterne Fraktiönchen die Pleite der staatstragenden Mehrheit zum Staatsstreich nutzen. Es ist nichts Dramatisches dabei, wenn heutzutage Regierungen sich um die gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung ihrer finanziellen Möglichkeiten herumdrücken.

Haushaltsgesetze sind eine Farce, das kann man in jeder Zeitung nachlesen, die überhaupt noch die parlamentarische Arbeit ernst nimmt, indem sie über sie berichtet. Notverordnungen aber gibt es nach wie vor, sie heißen nur anders, man nennt sie Haushaltssperren. Nichts Besorgniserregendes, möchte man angesichts der politisch ansonsten ruhigen Zeiten meinen.

Für die im Verhältnis zur Weimarer Zeit definitiv harmlose Haushaltskrise von heute ist im Gegenzug ein Preis höchsten ökonomischen Schwachsinn zu entrichten. Die »technische« Handhabung des Instruments »Haushaltssperre« zur Verhinderung von sich zum Haushaltsjahresende abzeichnenden Defiziten bereits im September führt in den Irrsinn einer buchstäblichen Befolgung von Gesetzen und verstößt umso drastischer gegen deren Geist.

Das Harmlose von Politikern, die anstelle von Notverordnungen mit Haushaltssperren ihre Unterwerfung unter den Souverän dokumentieren, relativiert die Unfähigkeit, sich zu ihrer Politik zu bekennen. Sie prahlen mit eingesparten 12,5%, die vergeudeten 87,5% verschweigen sie. Sicher, wer möchte nicht im günstigsten Lichte sich darstellen. Das Problem besteht aber nicht in der Verlogenheit, die es bedeutet, von 12,5% Einsparung zu schwafeln, während 87,5% abgeschrieben werden müssen, sondern darin, daß sie gar nicht wissen, was sie da mit dem Geld gemacht haben – weder tut es ihnen um die verpaßten Chancen ihrer Politik leid noch um das Geld, das sie zum Fenster rauswerfen. Sie haben von beidem keine Ahnung, weder vom Nutzen ihrer Politik noch von deren Kosten.

Solche Leute kann eine Geldwirtschaft nicht lange ertragen, sollte man meinen.

Verblüffend ist freilich, daß die Verschwendung funktioniert, in zweifacher Hinsicht bleibt das Versagen der Pumpgenies erstaunlich folgenlos. Einmal erträgt die Geldwirtschaft offensichtlich diese Verschwendung, laut Lehrbuchweisheit müssen staatliche Ausgaben sogar unproduktiv sein, weil sie sonst dem »Privatsektor« profitablere Geschäfte als die ureigenen vorenthielten – dafür darf nach der herrschenden Ideologie der Staat Steuern erheben, immerhin. Aber zum anderen, jenseits der Elastizität der Geldwirtschaft, müßte die – aus welchen Finanzquellen auch immer gespeiste – ökonomische Idiotie der geschilderten Fälle eine sachliche Konsequenz haben, nämlich eine Spiegelung des ökonomischen Versagens in der Dysfunktion dessen, was eigentlich der Mittelaufwand bezwecken sollte. Mal eben so einen Modellversuch seiner Substanz zu berauben oder 600 000 DM aus dem Fenster zu werfen, um 75 000 DM einzubehalten, müßte das »Zielsystem« in eine Krise stürzen, zumindest im jeweiligen Einzelfall zu dramatischen Störungen führen.

Nichts dergleichen war Folge der Sparmaßnahmen. Dies muß mit der Pädagogik selbst zu tun haben. Womöglich ist sie noch elastischer als die überdrehte Geldwirtschaft. Entweder ist das pädagogische Geschäft vor jedem Bankrott gefeit, weil es

eine den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten längst entzogene Sphäre edelster Versöhnung zwischen arbeitendem Erzieher und lernendem Zögling sich schaffen konnte.

Oder die Aufgabe der Bildung wird so gründlich verfehlt, daß das System jede zusätzliche Investition krisenlos schluckt, als hätte es sie halt nie gegeben. Möglicherweise ist das System, auf das Maßnahmen zur Stärkung von Bildung und Erziehung sich richten, mit Bildung und Erziehung eigentlich gar nicht befaßt, vielmehr ein Parallelsystem zu jenem schimärischen, das Politiker für so real halten, daß sie dafür sogar noch zusätzlich Geld ausgeben wollen. Daß es im realen System zwar um Geld, aber nicht um Bildung und Erziehung geht, würde erklären, wieso noch mehr Geld darin einfach spurlos verschwinden kann. Den Zweck, den es optimieren soll, gibt es gar nicht, weshalb eine noch so unsinnige haushaltstechnische Suboptimierung nicht weiter auffällt.

Einladung zur Jubiläumstagung des Instituts für Pädagogik und Gesellschaft

Im September 1996 findet aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Instituts für Pädagogik und Gesellschaft, das diese Zeitschrift herausgibt, in Münster eine wissenschaftliche Konferenz statt. Schon wiederholt hat das Institut mit Freunden über die Grundlagen seiner Arbeit beraten und die Ergebnisse dieser Tagungen in Flugschriften dokumentiert. Zu diesem Zweck sind wir bislang immer – die Praxis der Reformpädagogik imitierend – aufs Land gezogen und haben in Heimvolkshochschulen (Rastede, Stapelfeld, Lingen) getagt. Vom 20.9. (Nachmittag) bis zum 22.9.1996 (Mittag) werden wir nun in Münsters Universität einen der »Festsäle« beziehen – ohne damit die Rückkehr in den akademischen Betrieb ankündigen zu wollen.

Aus dem Kreis des Instituts werden

- ▶ Rainer Bremer über das Verhältnis von Kritischer Theorie und bürgerlicher Ökonomie und
- ▶ Wolfgang Denecke über das Verhältnis von Kritischer und ästhetischer Theorie sprechen.

Als unsere Gäste werden sich

- ▶ Gerhard Schweppenhäuser einer Analyse der bürgerlichen Kälte aus der Perspektive seiner Studien zur Moralphilosophie Adornos und
- ▶ Christoph Türcke den Problemen der Konstitution der Didaktik als Theorie in der Auseinandersetzung mit den bisherigen Studien des Instituts widmen.

Mehr steht nicht auf dem Programm, da wir uns wie bei den bisherigen Tagungen jeweils einen halben Tag für die Diskussion Zeit nehmen wollen. Und vielleicht werden wir auch ein wenig feiern, denn in diesen Zeiten sind »10 Jahre Institut für Pädagogik und Gesellschaft« wohl ein Grund dazu.

Wer von unseren Leserinnen und Lesern mit uns arbeiten oder auch nur am Samstag abend mit uns feiern möchte, ist herzlich eingeladen. Sie sollten dann, damit wir besser planen können, mit einer Postkarte Ihr Kommen rechtzeitig (bis Ende Juni) ankündigen, auch damit wir uns, sollten Sie aus der Ferne anreisen, um Ihr Wohl in Münster kümmern können.

A.G.

Heinz-Joachim Heydorns Schriften zur Pädagogik sind wieder erhältlich!

Zur als unverzichtbar erachteten Lektüre zählen im Kreis der Mitarbeiter des Instituts für Pädagogik und Gesellschaft die Arbeiten der »kritischen Bildungstheorie«. Mit großer Freude haben wir vor zwei Jahren als dritten Band der Schriftenreihe des Instituts eine Sammlung der bildungshistorischen Studien von Gernot Koneffke vorlegen dürfen. Auch diskutieren wir auf unseren Tagungen gern mit unseren Freunden und Kollegen aus Darmstadt, dem einzigen universitären Ort in dieser Republik, an dem es bis heute eine breitere Tradition kritischer Bildungstheorie gibt. Hinzuweisen ist nun auf die vier Bände mit bildungstheoretischen und pädagogischen Schriften, die im Rahmen der geplanten neunbändigen Werkausgabe von Heinz-Joachim Heydorn im Topos-Verlag im Lichtensteinischen Vaduz erschienen sind (nur geschlossen zu beziehen für 350 Franken).

Heydorns Hauptwerk, das großartige Buch »Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft«, ist längst vergriffen, sowohl in der Erstausgabe der Europäischen Verlagsanstalt (1970) als auch in der Syndikat-Edition (1980). Nun liegt es wieder in der kostbar edierten Werkausgabe als Band 3 vor. Hinzu kommen in den Bänden 1, 2 und 4 chronologisch geordnet die vielen anderen wichtigen Texte Heydorns, darunter seine auch als selbständige Texte gut zu lesenden Einleitungen in historische Editionen, seine »Neufassung des Bildungsbegriffs« und eine Fülle von bildungspolitischen Interventionen.

Auch für diejenigen, die die dreibändige Syndikat-Ausgabe besitzen, bieten die Topos-Bände eine Fülle von Überraschungen. Die Herausgeber haben den Nachlaß gesichtet und – soweit uns bekannt – 26 entweder bislang unveröffentlichte oder noch nicht gesammelt edierte Texte Heydorns der Ausgabe hinzugefügt. Im zweiten Band finden sich hochinteressante politische Trouvaillen zu den Auseinandersetzungen um die Bildungsreform (z. B. »Antwort auf eine Kritik« als »Linker Defaitist« von 1968) und im ersten Band mehrheitlich wohl bislang unbekannte Texte, vor allem Reden, aus der Rekonstruktionsphase der Bundesrepublik, in denen Heydorn z. B. zu erklären versucht, welches »Aufgaben sozialistischer Erziehung« wären.

Wer schreibt heute engagiert und kritisch zu diesem Thema? Angesichts der heute grassierenden Vernebelung der Krisenerscheinungen in der öffentlichen Erziehung durch Reformrhetorik mit Hilfe aufgewärmter Postulatepädagogik (wie sie etwa in der Denkschrift der Rau-Kommission zu studieren ist) wirken die bei Heydorn nachzulesenden Eingriffe wie ein klärendes Gewitter. Den Vergeßlichen und den historisch Kenntnislosen unter den heute für die Schulen Verantwortlichen wäre die Lektüre der Arbeiten Heydorns dringend zu empfehlen. Für die Studierenden ist zu wünschen, daß sich der Verlag bald zu einer preiswerten Studienausgabe entschliesse.

A.G.